

5 Tote Opfer bei Flugzeugkollision über Biberach

Wunder Schallkammer

Polizisten erwölde

Wunder Schallkammer

Wunder Schallkammer

Wunder Schallkammer

Wunder Schallkammer

Wunder Schallkammer

Wunder Schallkammer

Wunder Schallkammer

Mittwoch, 29. Juni 1983 - D ***
Pflanzblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Mrk, Dänemark 2,00 Dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 80 P, Italien 1800 L, Luxemburg 80,00 Lux, Niederlande 2,00 fl, Norwegen 7,50 Nkr, Österreich 13,25 S, Portugal 80 Esc, Schweden 8,50 Skr, Schweiz 1,60 Sfr, Spanien 110 Ptas, Kanarische Inseln 150 Ptas

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

مكتبة الأحرار

Nr. 148 - 26. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Azel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 - 10 11

Niederlande 2,00 fl, Norwegen 7,50 Nkr, Österreich 13,25 S, Portugal 80 Esc, Schweden 8,50 Skr, Schweiz 1,60 Sfr, Spanien 110 Ptas, Kanarische Inseln 150 Ptas

TAGESZEITUNG

POLITIK

Die Krefelder Krawalle bestätigen nach Zimmermanns Meinung, daß Vermummung und passive Bewaffnung verboten werden müssen. Für die FDP lehnt Frau Adam-Schwetzer dies ab. Die CSU fordert Schnoor's Rücktritt.

Italien: Craxi und Spadolini erheben Anspruch auf Führung einer neu aufgestellten Fünfkollegium. Ergebnisse: CD 32,9 Prozent, KPD 22,9, Sozialisten 11,4, Neofaschisten (MSI) 6,8, Republikaner 5,1, Sozialdemokraten 4,1, Liberale 2,9, Kursverluste bei der Börse (durchschnittlich zehn Prozent) und Nachgeben der Lira. Der mutmaßliche Terrorist Toni Negri kam für die Radikalen ins Parlament.

Warschauer Pakt und Comecon tagen in Moskau, vermutlich mit West-Nachrüstung und Polen als Hauptthemen. Neue Drohungen von Ustinow; Rumänien Ceausescu kritisiert Warschauer-Pakt-Manöver, die am Mittwoch an der Grenze zu Polen beginnen, als "unnötige Schaustellung".

Gewalttaten: In Frankfurt wurde eine Bombe am Schulungszentrum des Flughafens entschärft. Hundert Demonstranten griffen mit Brandsteinen und Steinen die Startbahn-Unternehmung an. - In Dragahn

ZITAT DES TAGES

„Jeder wird bitter enttäuscht werden, der nicht begreift, daß die zeremoniellen Unterschriften und Abkommensratifikationen sowjetischer Führer nur dann ernsthaft respektiert werden, wenn sie wissen, daß die Gegenseite ausreichende militärische Macht besitzt.“

Der jugoslawische Dissident Milovan Djilas. FOTO: SUTONSTUDIO X

WIRTSCHAFT

Prime Rate: Gerüchte an den US-Finanzmärkten rechnen mit Anhebung auf elf Prozent (von 10,5). - Bundesbank-Vizepräsident Schlesinger hält den Einfluß der Zinsen auf die Konjunktur für „oft sehr überschätzt“.

Leistungsbilanz: Überschuss von 1,4 Milliarden DM im Mai nach 0,3 Milliarden im Vormonat. Handelsbilanzüberschuss: 3,6 Milliarden.

Ungleichgewicht im innerdeutschen Handel: Ausfuhr in die DDR im Wert von 3,24 Milliarden DM (35 Prozent mehr als im Vorjahr), Einfuhr 2,73 Milliarden DM in den ersten fünf Monaten 1983.

Arabien-Handel sinkt: Der deutsche Export in die arabischen Staaten ging um 12,8 Prozent auf 5,85 Milliarden DM zurück; der Import um 47,2 Prozent auf 2,35 Milliarden DM.

KULTUR

WDR-Chefredakteur Th. M. Loch will nach Vorwürfen wegen früherer Zugehörigkeit zur Waffen-SS zurücktreten.

Moskau: Der britische Beitrag „Charlots of Fire“, der die Flucht eines sowjetischen Kapitäns behandelt, wurde für die

SPORT

Leichtathletik: 54 Athleten aus der Bundesrepublik wurden für die ersten Weltmeisterschaften in Helsinki nominiert. Wegen zu schwacher Leistungen fehlen Sprinterinnen, Weitspringer und Kugelstößer.

AUS ALLER WELT

Ambruch: Zum zweiten Mal ist der Kindesentführer Hagen Roll in Hamburg aus der Haft ausgebrochen.

Absturz: Der bekannte Ballonfahrer Max Andersson ist mit einem Begleiter bei Bad Kissingen abgestürzt; beide starben.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Kommentar von Peter Dittmar über die Bonner Filmförderung: Kunst oder Kasse? S. 2
- Britischer Strafvolkmar: Hinter viktorianischen Gefängnismauern tickt eine Bombe S. 3
- Belgrad: Entwicklungsländer und Industrieländer ringen um ein Ergebnis S. 4
- EG-Friedenspolitik: Erwartungen der Europäer an Bonn waren zu hoch S. 5
- Personen und Lesertage: an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 6
- Präsidentenmitglied des Clubs von Wimbledon im Viertelfinale: Virginia Wade S. 7
- Ein Mondrian-Bild wurde in London für sechs Millionen DM versteigert.
- Polen will die Besetzung seiner Berner Botschaft 1982 verfilmen lassen.
- Wetter: In den Alpen fiel Schnee ab 2000 Meter Höhe. Vom Norden her Bewölkungsverdichtung; Tageshöchsttemperaturen 15 bis 20 Grad.
- Einzelhandel: Ein flexibler Ladenschluß wird von immer mehr Händlern gewünscht. S. 9
- Fernsehen: ZDF-Sendung „Beethoven“ beschließt sich unter der Tabellensucht S. 16
- Achtes Weltwunder: Eine Festung in der Karibik unter Unesco-Obhut gestellt. S. 17
- Biberach: Nach der Katastrophe fordern Bürger Maßnahmen gegen „Tieflegerei“ S. 18

Polizeiführung beging schwere Fehler bei Krefelder Krawallen

Aufzeichnungen der Sicherheitsbehörden / Union fordert Rücktritt Schnoor

MANFRED SCHELL, Bonn
Die schweren Krawalle während des Besuchs von US-Vizepräsident Bush in Krefeld haben Auswirkungen auf die Diskussion um die Neufassung des Demonstrationsstrafrechts. Auf Auffassung von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bestätigten die Vorgänge in Krefeld die Notwendigkeit eines Verbots der Vermummung und der „passiven“ Bewaffnung. Außerdem müsse der Polizei eine „Distanzwaffe“ an die Hand gegeben werden. Der Bundesinnenminister will seine Position ungeachtet anhaltender Widerstände der FDP im Bundestag durchsetzen. Er bringt, das sich voranschreit heute mit den Ereignissen in Krefeld befaßt.

Um 10.40 Uhr wird dann registriert. Demonstranten gehen mit Farbbremsen und Steinen gegen Polizeibeamte vor. Es gibt verletzte Polizeibeamte. Die Überraschung der Polizei über diese Angriffe kommt in der angelegten Formulierung zum Ausdruck: „Es wird ein unerwartet früher Beginn von Störungen registriert.“

Im Zusammenhang mit den Vorfällen in Krefeld fordert die CDU/CSU den Rücktritt des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor (SPD), der nach den Worten des CSU-Landesgruppenvorsitzenden Waigel bei der Vorbereitung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen versagt habe. Bundesinnenminister Zimmermann meint, daß die Sicherheitsbehörden einen gravierenden Fehler begangen hätten, als sie die bereits am Abend zuvor eingesetzten Störkräfte nicht im entsprechenden Umfang festgenommen haben. Außerdem seien von 23 Festgenommenen am nächsten Morgen bereits wieder 21 frei gewesen.

Bericht über neue Gewerkschaft in Polen dementiert

DW, Bonn/Warschau

Vatikanische Kreise sind der Darstellung entgegengetreten, Papst Johannes Paul II. und die polnische Regierung hätten Einigung über eine neue Gewerkschaft in Polen erzielt. Eine entsprechende Meldung der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS wurde als „jeder Grundlage entbehrend“ eingestuft.

CSU wartet auf Kanzler-Angebot für Presseamt

IZ, Schloß Bonn

Die CSU-Landesgruppe im Bundestag hat auf ihrer Klausurtagung auf Schloß Bonn ihre Forderung bekräftigt, mit einem stellvertretenden Regierungssprecher in Bonn vertreten zu sein. Es erwartet am Rande der heutigen Kabinetsitzung ein erstes klärendes Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl über dieses Thema. Landesgruppenführer Theo Waigel wies gestern Erklärungen von Regierungssprecher Peter Bönisch, daß dieser Plan „Quatsch“ sei, scharf zurück: „Ich bin nicht bereit, diesen Ton weiter hinzunehmen!“ Derartige Qualifizierungen gehörten nicht zu den Obliegenheiten eines Regierungssprechers. Die CSU habe keinen Anlaß, von ihrer grundsätzlichen Forderung abzugehen, nachdem die FDP als kleiner Koalitionspartner im Presseamt weit überproportional repräsentiert sei. Waigel: „Wir erwarten ein entsprechendes Angebot des Bundeskanzlers.“

Kohl betont Verantwortung für Nachwuchs

p. p. Göttingen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich auf der Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Göttingen zur Förderung einer „Leistungselite“ in der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Dem ohne eine Leistungs- und Verantwortungsseite und ohne die Bereitschaft, sie zu fördern, könne es Fortschritt nicht geben. Kreativität und Originalität seien neben Begabung und Fleiß die entscheidenden Voraussetzungen wissenschaftlicher Leistungen. Der Kanzler kündigte deshalb auch an, daß sich der Bund in seiner Mitverantwortung in der Frage der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung wieder in der Pflicht sehe, wenn nicht in absehbarer Zeit durch die Länder eine sachlich und verfassungspolitisch zufriedenstellende Lösung erreicht werde.

Erhebliche Zweifel wurden auch an der Version von CBS angestellt, daß die katholische Kirche als „sozialer Partner“ in der Gewerkschaften in Polen erhalten, die vor allem Landwirtschaft und Kleinbetriebe fördern solle. Es wurde aber bestätigt, daß seit mehreren Monaten innerhalb der gemischten Kommission von Staat und Kirche in Warschau Verhandlungen über einen „Fonds“ geführt würden. Die westeuropäischen Bischöfskonferenzen wollten diesen Fonds mit fünf Milliarden Mark ausstatten, um Subventionen und Anschaffungskredite zu finanzieren. Auch in Kreisen der Deutschen Bischofskonferenz wurde bezweifelt, daß in dieser heiklen Frage bereits ein Einvernehmen mit der polnischen Führung erzielt worden sei. Ohne eine Zustimmung Moskaus, so wird vermutet, werde dieses Projekt nicht zu verwirklichen sein.

In seinem Grundgesetzreferat hatte der CSU-Vorsitzende Strauß die CSU-Bundestagsabgeordneten ermahnt, nun in der Regierungsverantwortung nicht die heiligen Kühe aus der Oppositionszeit zu schlachten. Ausdrückliche Zustimmung fand die Arbeit von Bundesinnenminister Zimmermann, der in Bonn „ein reifes Programm“ (Waigel) absolviert habe.

Auch der DFG-Präsident Eugen Seibold warnte - in der Frage der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung - den Staat vor einem zu langen „Nachdenken“. Denn es gehe hierbei in erster Linie „um 2000 junge Menschen, erst dann um Kompetenzen und Prozesse“. Der Deutschen Forschungsgemeinschaft standen im vergangenen Jahr rund 893,7 Millionen Mark von Bund, Ländern und privaten Stiftungen zur Verfügung.

Arbed-Hilfe könnte Etat noch ändern

HEINZ HECK, Bonn

Der heute vom Kabinett zu verabschiedende Sparhaushalt 1984 weist mit 1,8 Prozent eine der niedrigsten Steigerungen in der Geschichte der Bundesrepublik auf. Die Ausgaben von 257,7 Milliarden Mark werden in Höhe von 37,3 Milliarden durch Neuverschuldung gedeckt, die restlichen 220,4 Milliarden werden durch Einnahmen aus den Steuern und Gebühren (Artikel 115) geboten Grenzen der Investitionsausgaben (rund 35 Milliarden). Von 1985 an soll dieses in den vergangenen Jahren vernachlässigte Verfassungsgebot wieder beachtet werden.

Entwurf des Bundeshaushalts 1984

Einzelplan	Soll 1983	Entwurf 1984	Veränderung gegen Vorjahr
	- in Mio. DM -		in %
01 Bundespräsidentialamt	15,7	17,2	+9,6
02 Bundesrat	385,2	382,8	-0,6
03 Bundesrat	10,2	10,4	+2,0
04 Bundeskanzleramt	428,5	426,1	-0,6
05 Auswärtiges Amt	2 315,2	2 307,0	-0,4
06 Inneres	3 558,9	3 575,0	+0,4
07 Justiz	366,2	374,2	+2,2
08 Finanzen	3 853,5	3 843,2	-0,3
09 Wirtschaft	4 205,5	4 687,2	+11,5
10 Ernährung, Landwirtschaft	5 948,9	6 128,5	+3,0
11 Arbeit und Soziales	58 887,9	60 257,7	+2,3
12 Verkehr	24 849,7	24 680,9	-0,7
13 Post und Fernmeldewesen	12,2	9,9	-18,9
14 Verteidigung	46 738,9	46 027,0	-1,5
15 Jugend, Familie, Gesundheit	17 246,4	16 585,3	-3,8
19 Bundesverfassungsgericht	12,3	12,5	+1,6
20 Bundesrechnungshof	42,6	40,4	-5,2
23 Wirtschaft, Zusammenarbeit	6 267,2	6 455,1	+3,0
25 Raumordnung, Bauwesen	4 828,5	5 326,5	+10,4
27 Innerdeutsche Beziehungen	458,3	585,2	+29,5
30 Forschung und Technologie	6 918,8	7 126,4	+3,0
31 Bildung und Wissenschaft	4 602,8	3 924,1	-14,7
32 Bundeswehr	30 733,3	32 704,9	+6,4
33 Versorgung	10 522,8	10 340,5	-1,7
35 Verteidigungskosten	15 449,9	1 657,8	-89,5
36 Zivile Verteidigung	798,5	807,6	+1,1
60 Allgemeine Finanzverwaltung	17 843,7	17 502,8	-1,9
Gesamtsumme	253 203,0	257 750,0	+1,8

Ausgaben und Einnahmen

	Soll 1983	Entwurf 1984	1985	Finanzplan 1986	1987
Ausgaben	253,21	257,75	265,0	273,0	281,0
Steigerung in % gegenüber Vorjahr	3,5	1,8	2,8	3,0	2,9
Einnahmen					
Steuereinnahmen	187,97	200,78	213,9	228,4	242,3
Verwaltungseinnahmen	23,93	19,38	17,8	16,6	15,8
Mehrwertsteuern	0,40	0,27	0,4	0,4	0,4
Nettorenditeaufnahme	40,91	37,34	32,9	27,6	22,5

DER KOMMENTAR

Geist und Geld

PETER PHILLIPS

Jahrelang sind die Begriffe „Elite“ und „Leistung“ als Folge einer falschen Bildungsbildungsreform verteuert worden. Wenn sich jetzt der Bundeskanzler öffentlich zur Förderung von Eliten bekennet, die sich durch Leistung legitimieren müssen, dann manifestiert sich darin ein Stück geistiger Wende in der Bundesrepublik Deutschland.

Dieser Anteil wird erst nach 1991 auf jährlich vier Prozent und mehr ansteigen. Die Beschränkungen können jedoch bewirken, daß sogar diese niedrigen Quoten noch zu hoch gegriffen sind. Fehlt jedoch der Nachwuchs mit seinen frischen Ideen, so drohen an den Hochschulen die Denkstrukturen zu verknöchern.

Italiens Christdemokraten ziehen Bilanz der Verluste

Moralischer Sieg Spadolinis / Craxi in Schlüsselposition

FRIEDRICH MEICHNER, Rom
Die Christdemokraten sind die eindeutigen Verlierer der italienischen Parlamentswahlen vom vergangenen Sonntag und Montag. Mit einem Stimmenanteil von 32,9 (-5,4) Prozent in der Abgeordnetenkammer und 32,4 (-6,9) Prozent im Senat haben sie den absoluten Tiefstand in ihrer bisherigen Parteigeschichte erreicht. Sie verloren 37 ihrer 362 Kammermandate und 18 ihrer 138 Sitze im Senat. 1983 hatten sie zwar proportional einen noch schwereren Rückschlag - um 8,5 Prozentpunkte - hinnehmen müssen, waren aber mit 40 Prozent Stimmenanteil weit vor allen anderen Parteien die unumstrittene Führungskraft im Lande geblieben.

kanische Partei, die im Gegensatz zu den Christdemokraten, Sozialisten und Sozialdemokraten in den letzten Jahren nie in irgendeinen Skandal verwickelt war, konnte ihren Stimmenanteil bei den Kammerwahlen von drei auf 5,1 Prozent steigern.

Der christdemokratische Parteivorstand will heute eine erste Bilanz der verlorenen Wahlschlicht ziehen. Zuverlässigen Informationen zufolge will Parteisekretär De Mita seinen Rücktritt anbieten. Auf der Verliererseite der Wahlrechnung stehen neben den Christdemokraten auch die Kommunisten. Sie haben allerdings weit weniger Stimmen und Mandate eingebüßt als ihre Konkurrenzpartei. Ihr Stimmenanteil ging bei den Kammerwahlen um 0,5, bei den Senatswahlen um 0,7 Prozentpunkte zurück. Die KP verlor drei Kammer- und zwei Senatsitze. Die christdemokratischen Stimmenverluste kamen hauptsächlich den kleineren laizistischen Parteien und den Sozialisten zugute, denjenigen Parteien also, die in der vergangenen Legislaturperiode mit der Democrazia Cristiana in der Regierung zusammengearbeitet hatten.

Die Wahlteilnahme lag bei den Kammerwahlen mit 88 Prozent um 1,6 Prozentpunkte niedriger als 1979, bei den Senatswahlen mit 88,7 Prozent um zwei Prozentpunkte unter den letzten Wahlen.

• Fortsetzung Seite 8

„Kohl verhilft dem Kreml zu realistischerer Sicht“

Luns: Sowjets haben mehr als 360 SS-20-Atomraketen

M. SCHELL, dpa, Wilhelmshaven
Die Sowjetunion besitzt nach Angaben von NATO-Generalsekretär Joseph Luns inzwischen „mehr als 360 SS-20-Raketen“ mit je drei atomaren Sprengköpfen. Beim Besuch der neuen Fregate „Rheinland-Pfalz“ der Bundesmarine in Wilhelmshaven sagte Luns, die Produktion dieser Raketen halte unvermindert an. Monatlich würden zwei bis drei SS 20 fertiggestellt, erklärte er. Ziel Moskaus sei es, Europa durch ein militärisches Übergewicht politisch zu erpressen und von den USA abzukoppeln.

Der NATO-Generalsekretär hob die „Festigkeit“ des deutschen Regierungschefs in der Sicherheitspolitik hervor und sagte im Hinblick auf dessen Moskau-Besuch, Bundeskanzler Helmut Kohl werde vielleicht der Führung im Kreml zu einer realistischeren Einschätzung der Gesamtlage verhelfen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Waldpfennig

Von Peter Gillies

Der sterbende Wald wird sich nur mäßig davon beeindrucken lassen, ob die Forschungsstätte zur Erforschung seines Absterbens in Karlsruhe oder in München sitzt. Auch die Einführung eines „Waldpfennigs“ oder anderer Sonderabgaben, wie die SPD sie jetzt vorschlägt, stellen keine zwingende Rettungsmaßnahme der grünen Umwelt dar.

Zuvor ist festzustellen, daß es bereits heute zu viele Steuern, Abgaben und Töpfchen für allerlei gibt. Diese Last muß gesenkt werden – im Interesse der Arbeitsplätze und auch im Interesse der Umwelt. Denn noch stets verschmachtet eine schrumpfende und schlecht organisierte Wirtschaft die Umwelt weit mehr als eine hochrentable (wie ein Blick über die Ostgrenzen zeigt).

Von einer neuen Bürokratie, gespeist mit neuen Steuern, eine Problemlösung zu erwarten, ist jeder Erfahrung nach eitel. Derzeit wird von den Stromverbrauchern ein „Kohlepfennig“ erhoben. Mit dem Milliardenaufkommen dieses „Pfennigs“ soll die Verstromung von Kohle gesichert werden, ein Waldpfennig strebte genau das Gegenteil an.

Nur eine marktwirtschaftliche Lösung verspricht Erfolg. In der ersten Phase muß der Staat streng und sich verschärfende Daten für „saubere“ Produktionen setzen, ohne die Arbeitsplätze schlagartig zu gefährden. Als dann muß er sicherstellen, daß umweltfreundliche Bürger und Unternehmen belohnt und Verschmutzer bestraft werden. Eine pauschale Abgabe zerstört diesen entscheidenden Anreiz, birgt zudem die Gefahr, daß sich alle in einer Scheinsicherheit wähnen, wenn sie nur den Malus entrichtet haben.

Die großen Probleme – vom Krebs bis zum Wald – lassen sich nicht per Überweisung auf Sonderkonten lösen. Auch bliebe alles nur Stückwerk, würde man die aus Ost und West „importierten“ Winde negieren. Es gilt, sich den Mechanismus zunutze zu machen, daß Saubermännern Vorteile winken, Umweltsünder aber draufzahlen. Eine pauschalierte Töpfchenwirtschaft rettet den Wald nicht.

Knast-Kriterien

Von Joachim Neander

In diesen Tagen sitzen in Wiesbaden die Justizminister aus Bund und Ländern beisammen. Ihr wichtigstes Konferenzthema sind die hoffnungslos, ja teilweise skandalös überfüllten Justizvollzugsanstalten. Auch die Abschaffung der Kurzeitstrafen hat dem nicht wehren können.

Ein Kultur- und Rechtsstaat kann auf dramatisch wachsende Kriminalität nicht nur einfach mit dem Bau immer neuer und größerer Gefängnisse und durch die Anwerbung immer neuer Polizisten, Staatsanwälte, Richter und Vollzugsbeamter reagieren. Die Vorschläge, die den Ministern vorliegen, zielen also in eine andere Richtung.

Bewährung soll es danach nicht mehr nur für Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, sondern bis zu zwei Jahren geben. Die Bewährung für verhängte Strafen soll nicht mehr nach jeder neuen Straftat, sondern nur noch bei schwereren Delikten widerrufen werden. Andere Sanktionen (wie etwa Strafarbeit) sollen die Haft ersetzen. Kurzum: Man will weniger Leute einsperren als bisher.

Vielleicht werden so ein paar Zellen frei. Aber ohne gleich in einen tiefen rechtsphilosophischen Diskurs einzusteigen, muß erlaubt sein, auf ein sehr merkwürdiges Phänomen hinzuweisen: Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft, im Bereich von Natur und Umwelt das Schädliche vom Unschädlichen, das Böse vom Guten zu unterscheiden und (in Grenzen) daraus Konsequenzen zu ziehen, wachsen weltweit Tag für Tag. Die Grenzen werden enger und genauer.

Beim Menschen selbst verläuft die Sache offenbar umgekehrt. Die Grenzen verwischen sich. Es kommt nicht so sehr darauf an, Schädlich ist am Ende nur mehr, was man im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wirksam bestrafen kann. Die Möglichkeit der Sanktion wird zum Kriterium. Fragt sich, ob da nicht das Rechts- und Sozialsystem der Menschen noch schneller kaputtgeht als das Ökosystem der Wälder.

Mit Hammer und Sichel

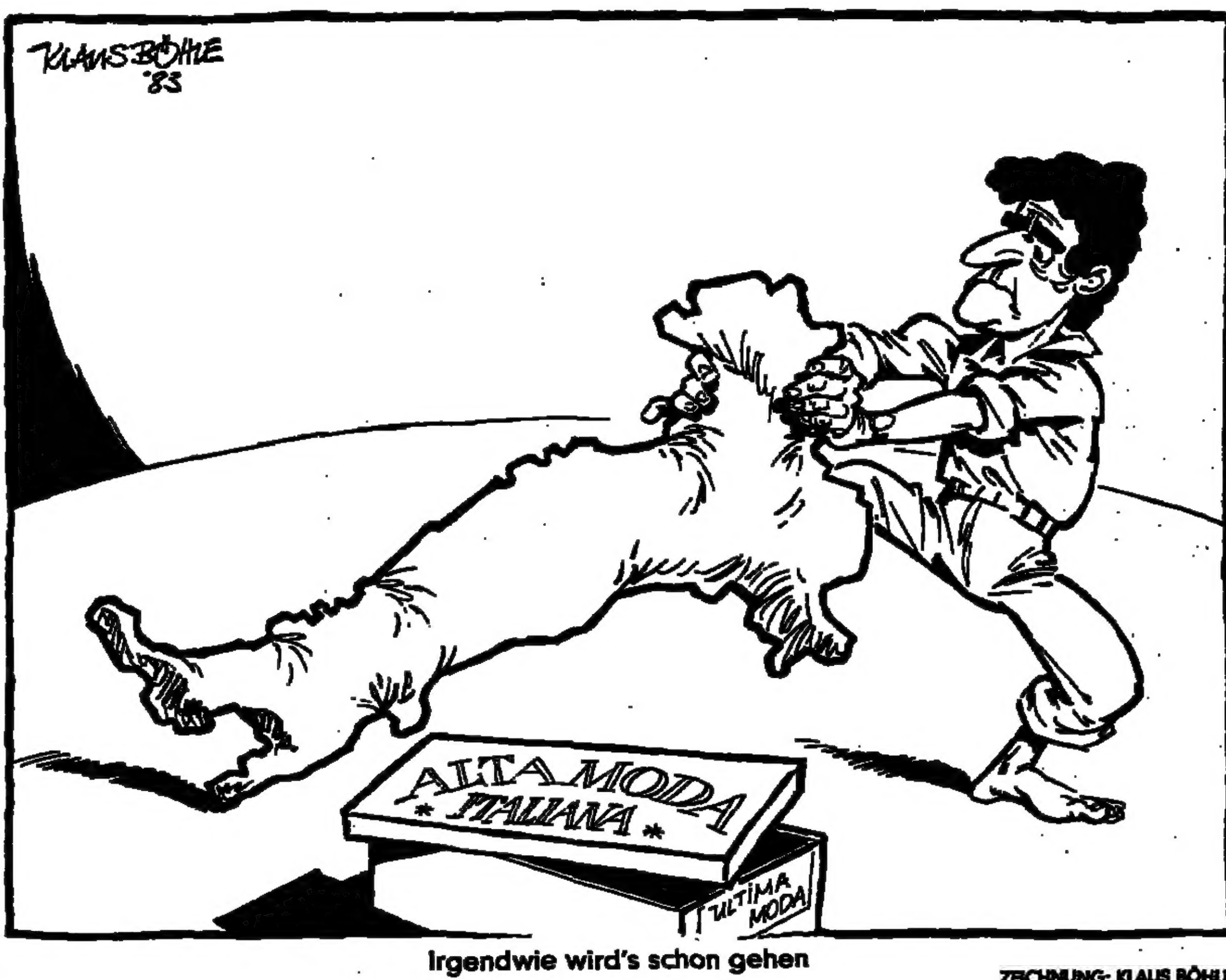
Von Herbert Kremp

Der Chefredakteur des WDR, Theo M. Loch, gehört nicht zu denjenigen, die aus ihrer Vergangenheit etwas verschwiegen. Als er in den Westdeutschen Rundfunk eintrat, gab er auf dem üblichen Vordruck die Erklärung ab, daß er in finanziell geordneten Verhältnissen lebe und Kriegsdienst in der Waffen-SS von 1940 bis 1945 geleistet habe.

Die Erklärung liegt seit dem 1. 11. 1969 bei den Personalakten. Intendant von Sell kann daher nicht im Ernst behaupten, er habe bei seinem Vorschlag an den Verwaltungsrat, Loch zum Chefredakteur zu berufen, „nichts gewußt“ (laut dpa). Auch der Verwaltungsrat kann das nicht behaupten. Denn das würde heißen, daß die Räte und der Intendant sich vor einer wichtigen Berufung nicht die Zeit nehmen, die betreffende Personalakte genau zu studieren. Was tun die Herren eigentlich?

Als Theo M. Loch zu den Fahnen elite, war er 18 Jahre alt. Man konnte sich zur Waffen-SS freiwillig melden, viele wurden jedoch zu dieser Truppe eingezogen. Am Ende des Krieges war Loch Obersturmführer, was dem Wehrmachtssoldaten den Oberleutnants entsprach. Nach dem Willen der Sieger wurde Loch, der auch der NSDAP angehörte, einem Spruchkammerverfahren unterworfen und als „Mittläufer“ (Gruppe 4) eingestuft. Er ist also, wie der chemische Begriff aus der damaligen Zeit heißt, „entnazifiziert“.

Dies sind Zusammenhänge, die heute vielen nicht mehr bekannt sind. Sie haben, das kann Theo M. Loch von sich sagen, nichts mit Schuld, sondern mit deutscher Geschichte, mit deutschem Schicksal zu tun. Loch hat nichts verschwiegen, nicht getuschelt, nicht verwischt. Nun entdeckt ihn die Linke als „nicht sauber“ in ihrem Sinne und freut sich, wieder einem das Hakenkreuz aufkleben zu können. Sie weiß schon, wen sie sich herausucht: Da hat einer mehr als dreißig Jahre für den Aufbau und die Erhaltung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Ordnung gearbeitet. Ein engagierter Liberal-Konservativer. Über den muß man mit Hammer und Sichel herfallen.



Denkzettel auf italienisch

Von Friedrich Meichsner

Überraschung war die erste allgemeine Reaktion. Niemand in Italien hatte dieses Wahlergebnis erwartet. Der Überraschung folgte weithin Genugtuung. Endlich, so war gestern morgen allenhalben zwischen Brenner und Sizilien zu hören, habe die Democrazia Cristiana die Quittung erhalten für ihre Arroganz der Macht und für die vornehmliche von ihr zu verantwortende Mißwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte. Überraschung und Genugtuung machten dann freilich sehr schnell der Sorge Platz: Wie soll es jetzt im Lande weitergehen?

Das ist die Ausgangslage für die beginnende 9. Legislaturperiode: Nach ihrer schweren Niederlage trennen die Christdemokraten nur mehr wenige Prozentpunkte von ihrem „ewigen“ Verfolger, der oppositionellen KP. Dies, obwohl die Kommunisten selbst in der Wahlmacht einige Federn lassen mußten. Demoralisierung und vielleicht auch eine Führungskrise sind bei der DC als Folgen der Demütigung zu erwarten. Da der Wähler keine andere Partei – weder in der alten Regierungskoalition, noch in der Opposition – ein klares Nachfolgemandat gegeben hat, scheint die Regierung des Landes problematischer denn je geworden zu sein. Immerhin ist es ja ein Faktum, daß fast ein Drittel der Wählerschaft grundsätzlichen „System“-Protest bekundet hat – sei es durchs Fernbleiben von der Wahl, sei es durch Abgabe weißer oder mit Protestparolen beschriebener Stimmzettel, sei es durch die Unterstützung von Parteien (Neofaschisten, Radikale, Volkspartei), deren erklärtes Ziel der Umsturz der bestehenden republikanischen Ordnung ist.

Das parlamentarische Kräfteverhältnis läßt nur eine Regierungslösung zu: Die Reaktivierung der alten Fünf-Parteien-Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen. Weder für die Linke alternative noch für eine Koalition der Mitte ohne Sozialisten existiert im neuen Parlament eine Basis. Die alte Allianz hat zwar aufgrund der christdemokratischen Stimmeneinbußen prozentual einiges Terrain verloren – bei den Senatswahlen 3,2 Prozentpunkte, bei den Kammerwahlen 0,4 Prozentpunkte –, konnte jedoch insgesamt ihren Sitzanteil fast unverändert in die neue Legislaturperiode hinüberretten. Sie mußte im Senat nur zwei, in der Kammer drei Sitze abgeben. Diese Zahlen besagen freilich wenig. Was nach Wahlkampf und Wahlergebnis viel stärker zu Buche schlagen dürfte, ist die innere Zerrissenheit dieses Lagers, die schon die vergangene Legislaturperiode bestimmt und zu deren vorzeitigen Abbruch geführt hatte. Diese Zerrissenheit hat ebenso personelle wie programmatische Aspekte.

Personell geht es in erster Linie um die Besetzung des Ministerpräsidentenpostens. Anspruch auf die Führungsperson in der neuen Regierung melden sowohl der Sozialist Ciriaco De Mita als auch der Republikaner Spadolini an – beide unter Hinweis auf den Wahlerfolg ihrer Parteien. Die Democrazia Cristiana, die trotz des erheblichen Rückschlags die stärkste Einzelpartei und innerhalb der alten Koalition sogar mit Abstand stärkste Kraft bleibt, steht damit unter dem Druck, zusätzlich zu ihrer Demütigung durch den Wähler auch noch die Demütigung durch ihre Koalitionspartner hinnehmen zu sollen. Wird sie das können, ohne innerlich daran zu zerbrechen?



Macht sich Hoffnungen auf das Amt des Regierungschefs: Sozialistenführer Bettino Craxi
FOTO: EDUARDO PORNACIARI/STUDIO X

Nicht geringere Probleme stellt das Regierungsprogramm. Fast alle Regierungen der letzten Jahre sind letztlich an den wirtschafts- und sozialpolitischen Kontroversen zwischen den Verfechtern der „Austerität“ und den – vornehmlich sozialistischen – Verteidigern des Wohlfahrtsstaates gescheitert. Die Sozialisten werden jetzt vermutlich, auf ihren, wenn auch geringen Stimmzuwachs pochend, eine schmerzhaft Anti-Inflationskurve mit entscheidender ablehnen als bisher. Geben die Christdemokraten dem nach, riskieren sie nicht nur die Abkoppelung Italiens von Europa, sondern als Partei auch die Enttäuschung derjenigen Wähler, die ihr nicht zuletzt wegen des soliden Wirtschaftsprogramms noch die Treue gehalten haben.

Wie soll es unter diesen Umständen weitergehen? Unbeantwortet lastet die Frage nach den Juniwahlen auf Italien. Daß es am Ende irgendwie weitergehen wird, lehrt die Erfahrung – gerade in Italien, wo man sich schließlich immer wieder zu arrangieren versteht. Ein Silberstreif, der eine bessere Zukunft verheißen könnte, ist allerdings nicht zu sehen. Der Horizont ist eher noch düsterer geworden, als er vor der vorzeitigen Parlamentsauflösung war.

Neben dem aktuellen Problem der Regierungsbildung hat das Wahlergebnis einmal mehr das Grundproblem Italiens deutlich gemacht: Das Fehlen einer staatlichen Alternative. Eine Demokratie, die unfähig ist, sich durch Auswechslung der Führung zu regenerieren, verliert ihre Vitalität und – wie der bei diesen Wahlen besonders stark hervorgetretene „System“-Protest zeigt – allmählich auch die tragende Basis im Volk. In den letzten Jahren war die schwache Hoffnung aufgekommen, daß die Regeneration vielleicht innerhalb der Regierungsmehrheit selbst, vor allem innerhalb der DC, erfolgen könne. Diese Hoffnung ist bisher, wie das Wahlergebnis zeigt, enttäuscht worden. Sie doch noch zu erfüllen, ist die geschlagene Democrazia Cristiana heute dringender aufgerufen denn je.

IM GESPRÄCH Katharina Focke

Eine Frau für Europa

Von Ulrich Lücke

Mit seiner Entscheidung vom Montagabend hat der SPD-Parteivorstand Neuland betreten: Noch nie in der Geschichte der SPD konnte eine Frau den Listenplatz eins für eine Wahl, zumindest auf der Ebene von Landtagswahlen, erreichen. Katharina Focke hat es geschafft. Sie wird die deutsche Sozialdemokratin 1984 zur zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments führen.

Die 60jährige gebürtige Bonnerin ist genau genommen eine gebürtige Europäerin. Der Name ihres Vaters Ernst Friedländer steht genauso für „Europa“ wie der Name ihres verstorbenen Mannes Ernst-Günter, der lange Zeit Generalsekretär der Europa-Union war. Katharina Focke ist seit Kindertagen mit dem europäischen Einigungsgedanken vertraut, sie selbst wurde darüber zur engagierten Europäerin. Ihre Promotionsarbeit beschäftigte sich unter dem Titel „Über das Wesen des Übernationalen“ mit dieser Idee. In den 60er Jahren war sie Geschäftsführerin des Bildungswerkes Europäische Politik. Als Europa-Botschafterin des ersten Kabinetts Brandt/Scheel schaffte sie es, Fragen der Europäischen Gemeinschaft als festen Tagesordnungspunkt auf den wöchentlichen Kabinettsitzungen zu verankern.

Doch die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Bewegung auslösen, die Regierungen nicht zustande bringen. In der ersten Straßburger Legislaturperiode galt ihr Hauptanliegen die „Solidarität“, vor allem im Bereich der Entwicklungshilfe. Ihr Bericht über den Hunger in der Welt, eines der großen Straßburger Themen, fand internationales Echo.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.



Die erste Frau auf Platz Eins: Katharina Focke
FOTO: DPA

Im Frühjahr brachte die SPD-Spitze den früheren Finanzminister Hans Matthöfer für die Spitzenkandidatur ins Gespräch und die deutsche Gruppe der Sozialdemokraten in Straßburg damit in Aufruf. Denn Matthöfer hat sich in seiner Ministerzeit eher auf Kosten als zugunsten Europas profiliert.

Auf dem Umweg über die SPD-Bezirks wurde die Gegenkandidatin, Hannelore Knebel, für die SPD-Spitze nominiert. Hannelore Knebel, die in der SPD-Bezirksgruppe für die Spitzenkandidatur ins Gespräch und die deutsche Gruppe der Sozialdemokraten in Straßburg damit in Aufruf.

Vielleicht hat sich Willy Brandt auch daran erinnert, daß er seine europäische Spitzenkandidatur 1978 davon abhängig gemacht hatte, daß auf den ersten 40 Listenplätzen zehn Frauen Platz finden. Die Sozialdemokraten haben jetzt jedenfalls eine Frau für Europa an der Spitze und, was sie mit den anderen deutschen Parteien wieder eint: Sie kommt aus dem Europa-Parlament, genauso wie Egon Klempner für die Christdemokraten und Martin Bangemann für die Liberalen. Doch diese Spitzenkandidaten sind noch nicht nominiert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE GUARDIAN

Die Londoner Zeitung enthält sich mit dem politischen Gewaltschritt Katharina Fockes.

Walesas Lage ist prekär. Für das polnische Volk, den Westen und vor allem den Krim ist jede einzelne seiner Bewegungen Inspiration oder Irritation. Vielleicht werden nationale Verwundung und verhältnismäßig freie Gewerkschaften leichter erreicht, wenn Mister Solidarnosc, der ehemalige Kampfrichter, doch falls General Jaruzelski ein eindeutiges Veto darüber erhält, wer Polens mögliche neue Gewerkschaft führt, dann ist ihre Freiheit nicht viel wert.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

Die Beschäftigung, die man in Straßburg findet, muß nicht mit der Beschäftigung korrespondieren, die man in der „Baracke“ erlangt. Die Nominierung Katharina Fockes lag zunächst jedenfalls keinesfalls im Sinne des Parteipräsidenten.

LA STAMPA

Die Turiner Zeitung warnt vor Scheitern der Spitzenkandidatur Katharina Fockes.

Normalerweise erklären sich alle nach jeder Wahl zum Gewinner. Diesmal wäre es gedanklos, nur daran zu denken, Mitparteien, Sozialisten und Kommunisten begingen einen schweren Irrtum, wenn sie sich auf die Freude über das Unglück von DC-Chef De Mita beschränken würden. Die Wähler haben mit Sicherheit die Christdemokraten getroffen, aber sie haben auch alle anderen gewarnt. Das Unbehagen über die Art, wie Italien regiert wird, wächst und tritt sich aus. Der Erfolg von Almirante (er ist Vorsitzender der Neofaschisten) hat gewiß nichts mit den Feiern zum hundertsten Geburtstag Mussolinis zu tun, aber wer innerhalb des Fünf-Parteien-Bündnisses absolut am meisten Erfolg gehabt hat, war nicht zufällig Giovanni Spadolini. Das hat gewiß mit seiner sympathischen Art zu tun und mit seiner Fähigkeit zum Vermitteln. Aber seine Republikaner sind auch die Partei, die am wenigsten in Skandale verwickelt war.

Sie reden von Kunst, weil sie keine Kasse machen

Warum gewisse Filmemacher gegen neue Richtlinien für die Filmförderung kämpfen / Von Peter Dittmar

Beim Geld hört der Humor auf. Bund und Länder haben die deutschen Filmemacher noch nie gehabt. Mit dem Geld ist es dagegen besser bestellt. Schließlich haben sie sich allesamt inzwischen ein schönes Plätzchen an der munteren Spandauer Quelle der staatlichen Filmförderung gesichert. Darüber in die Jahre gekommen, verhalten sie sich nun wie die einst von ihnen als Alt-Branchen verärgerten Produzenten: wie jene auf ihre Wald- und Wiesen-Filme sind die ältlichen gewordenen Jungfilmer auf ihre Linkskuscheln abonniert. Und wie die alten Produzenten damals zeternten, wenn sie ein Stück vom Finanzkuchen an die Newcomer abgeben sollten, so rücken heute die Kluge, Schlöndorff, Sanders etc. sofort „solidarisch“ zusammen, wenn es gilt, Neulinge von ihrer Förderquelle fernzuhalten.

Natürlich reden sie bei alledem nicht vom Geld, sie reden von Kunst. Das macht in Deutschland noch immer Eindruck. Besonders bei der SPD, deren Parteigänger sie waren, bevor sie weiter nach links abwanderten, oder deren Parteigänger sie noch sind. Denn diese Partei hat ein recht verkrampftes Verhältnis zur Kultur. Die Spitze schämt sich nämlich dessen, daß die Basis einem Kulturverständnis huldigt, das von „Intellektuellen“ abschätzig als „kleinbürgerlich“ definiert wird. Also neigt die Führung dazu, diese Unsicherheit durch Überkompensation auszugleichen. Das wiederum verstehen die Linkskuscheln auszunutzen, indem sie mit der Parole „Der Geist steht links“ der Partei eine Partnerschaft vorspielen, die sich auszahlt. Die Filmförderung hat davon profitiert, der deutsche Film allerdings nicht.

Von der FDP war in diesem Spiel keine Schiedsrichterfunktion zu erwarten. Denn ein braver Liberaler läßt sich mit dem Wort „liberal“ allemal ins Bockshorn jagen, auch wenn die Vokabel längst ihres eigentlichen Sinnes entkleidet und zum Synonym für Urteilslosigkeit oder Entscheidungssucht geworden ist.

CDU und CSU haben solche

Schwierigkeiten nicht, wenngleich auch sie sich gelegentlich den Aberglauben von der stets linken Kultur und damit von der angeblichen Kulturfeindlichkeit der bürgerlichen Parteien einreden lassen. Aber es gibt genug Männer in beiden Parteien, die wissen, daß Kultur und Politik einander bedingen. Vor allem aber leiden sie nicht wie die Linksparteien, für die eine Kulturrevolution gewöhnlich als Revolutionärsersatz herhalten muß, unter dem Trauma, daß sich geistiger Fortschritt im Verleugern allgemeinen verbindlicher Ordnungs- und Moralvorstellungen zu manifestieren habe.

Die Prinzipienfestigkeit eines Politikers, für den das religiöse Empfinden der Mehrheit der Bevölkerung ein schutzwürdiges Gut ist, muß darum jene Salon-Provokateure irritieren, weil sie ihr Mandamentum als Scharlatane entlarvt sehen. Besonders muß sie aber empören, wenn der Bundesinnenminister darauf hinweist, daß der Film für „viele“ da sei und daß die neuen Richtlinien der

Der Kanzler-Bungalow - eine Hypothek für die Hausfrau

Ein Haus zu beziehen, in dem der seit fast 20 Jahren angewachsene Einrichtungsfundus der Bundeskanzlerin steht - das ist die Situation im Kanzler-Bungalow fertig?

Von E. NITSCHKE

„Es muß alles funktionieren - und es funktioniert.“ Das sagt, ich neige nicht zur Schandhaftigkeit, Frau Hannelore Kohl empfangt den angekündigten Besucher im Kanzler-Bungalow neben einem neuen Möbel in Eingangshalle, das beide Aussagen bestätigt.

Es ist ein hohes Stehpult aus farbigen Plexiglasplatten, drehbar im Oberteil auf rechthöckigem Sockel aus demselben Material. Unter dem durchsichtigen Klappdeckel das einzige Inventarstück im Gästeteil des Kanzlerhauses, das nicht Eigentum des Staates, sondern der Familie Kohl ist: ein schwarzledernes Gästebuch. Jeder, der von Amts wegen hier seine Aufwartung macht, begreift ohne protokollläre Einweisung, was er hier zu tun hat, und zwar ohne großen Aufenthalt durch Hinsetzen und möglicherweise dann

Sich so etwas inmitten eines Einrichtungsfundus auszudenken, der seit 1964 mit dem Erstbezug des gerade fertig gewordenen Hauses durch den Bundeskanzler Ludwig

wieder einige Neuanschaffungen notwendig machte. Bundeskanzler Helmut Schmidt ließ korrekterweise die große Orgel stehen, die ihm in seiner Eigenschaft als Regierungschef, nicht als Amateurgarant, von einer Herstellerfirma geschenkt worden war. Frau Kohl: Ich spiele Orgel, das Instrument ist auch schon zweimal eingesetzt worden, wenn Gäste da waren, aber dann saß natürlich jemand anderer vor den Tasten.

Kein Wort von Frau Kohl darüber, daß der Gestaltungsfreiraum in den Repräsentationsräumen weiter dadurch eingeengt wird, daß Potentaten vieler Länder der den jeweiligen Kanzlern Gastgeschenke mitbringen, die tunlich konserviert werden. Da gibt es Schönes und nicht ganz so Schönes in staubdichten gläsernen Museumschränken. Frau Kohl hat erstmals Ordnung und System in die Kollektion gebracht. Vor jedem Artikel nennt jetzt ein sauber geschriebenes Schildchen Herkunft und Bedeutung. Kommt einmal jemand wieder aus den betroffenen Ländern, empfängt er hier Signale der Wertschätzung.

Das alles muß sich mit den Bildern an den Wänden vertragen: Heckel, Schmidt-Rottorf, Corinth, mit Lampen aus zwei Jahrzehnten, mit Teppichen und Tischchen, nach deren aktueller Position sich der Architekt des Hauses, Professor Sepp Ruf aus München, zu Lebzeiten regelmäßig telefonisch zu erkundigen pflegte. Ein schwieriges Haus.

„Heute, in veränderten Zeiten, muß der Bungalow mit seinen insgesamt rund 1000 Quadratmetern Fläche im privaten und im Repräsentationsstil anders gehütet werden. Die Zimmer im Wohntrakt, die ursprünglich als Bügelraum, Ausweich- bzw. Personalzimmer bezeichnet wurden, sind jetzt für die im Haus stationierten Sicherheitsbeamten reserviert, an deren plötzliches Auftauchen vor den deckenhohen Glasfronten zum Park man sich gewöhnen muß.“

Durch das Speisezimmer, für dessen langen, kahlen Tisch Frau Kohl erst einmal einen „Tischläufer“ anschaffte, hinüber in den „Privatteil“. Hier stehen die aus Ludwigshafen mitgebrachten Möbel, gleich vorn im ehemaligen „Frühstückszimmer“ die bequemen, gemütlichen und umfangreichen Sessel mit dem keilförmigen Rücken, die der französische Architekt von vorhergehenden Rheinischen verhandelt wollte, war unersetzlich.

Frau Kohl denkt darüber pragmatisch: „Es schützt vor Wind, wenn man draußen sitzt.“ Sie hält sowieso nichts von Gefammern. Dieses Haus steht da und hat akzeptiert zu werden, und sie akzeptiert es. „Es hat schon Tradition, die weitergeführt werden muß.“

Im Vorübergehen macht sie einen Wandschrank auf, da stehen zwei sonst nicht mehr unterzubringende private Stühle drin. Die Zimmer sind alle winzig, bisher hat das noch jeder frühere Bewohner beklagt. Mit 21,22 Quadratmetern ist das Schlafzimmer „groß“, Frau Kohls Arbeitsraum mißt nur 10,7 Quadratmeter. Aber: Früher schickte hier die persönliche Note unter, dann nach Architekteneinsatz gehörte jedes Detail zum „Programm“, mußte, wie sie damals sagte, Frau Louise Erhard ihr „geliebtes altes Lesesofa“ regelrecht hier reinschmuggeln. Jetzt aber gilt es, was dem Architekten nicht einfallen war, neben der selten benutzten Großküche für die ohnehin im Ernstfall von „auswärts“ bezogenen offiziellen Essen eine richtige Familienküche. Frau Kohl hat sie von zu Hause mitgebracht, obwohl dabei in Ludwigshafen der Haushalt weiterläuft. Ein Sohn geht dort noch zur Schule, der andere dient bei der Bundeswehr. In der Küche gibt es eine Ecke mit tief über den Tisch gezogener Hängelampe. Hier wird übrigens, wie in vielen deutschen Familien, wo der Mann morgens eilig zur Arbeit muß, gefrühstückt.

Draußen vor der Eingangsschiebetür, die nur von innen zu öffnen ist, wartet schon der Wagen mit dem Fahrer. Frau Kohl hat ein Büro im Adenauer-Haus, erledigt Post, schreibt bedrängten Petitionen, telefoniert (immer gleich durch, ohne Sekretärin), trifft alle Vorbereitungen für Repräsentationstermine. „Ich fühle mich besser, wenn ich weiß, was wann abläuft.“ Ihr Tag ist voll. Nur deswegen, weil das bisher jede Frau eines Bundeskanzlers machte, eine fest umrissene soziale Aufgabe zu übernehmen, möchte Frau Kohl das nicht tun. Schirmherrschaften, dazu kann man wohl auch ihre weitgehend unbekannte Mitarbeit in und mit der Hingeschickten-Nachschorge in Val d'Aoste rechnen, möchte sie gern auf das Maß beschränken, das wirklich hundertprozentigen Einsatz für das Ziel gewährleistet. Und dann nennt sie noch eine Aufgabe, die bei aller Privatheit auch staatspolitischen Inhalt hat: „Man muß auch dafür sorgen, daß der Mann sich wohl fühlt.“



Nur ein Teil des Kanzler-Bungalows ist „privat“. Hannelore Kohl in ihrem Wohnzimmer.

Erhard immer mehr angereichert wurde und zur Hypothek für eine Hausfrau werden kann, die hier Repräsentationspflichten zu erfüllen hat, ist ein Spaß, den sich Frau Hannelore Kohl leistet. Im übrigen gilt, was sie jetzt sagt: „Es ist wichtig, daß kein Geld für Einrichtung mehr ausgegeben wird, die Sachen, die da sind, werden benutzt!“

Gehen wir also herum, um das zu sehen. Die Hausverwaltung hat ein lautes Gedächtnis und korrigiert die verbreitete Meinung, es sei kaum mehr etwas von der Einrichtung da, die einst für Erhard angekauft wurde, da steht also noch eine ganze Menge. Kanzler Kurt Georg Kiesinger, der Ende 1966 wiederzukehren in das von ihm so genannte „scheußliche Gemäuer“ drang, schaffte Polstermöbel an, die der ursprünglichen Intention des Architekten zuwiderliefen - ein Hauch Stuttgarter Gemütlichkeit in strengen Formen aus Stahl und Glas. Die gibt es also auch noch. Dann stehen da jene lehnenden und doch gigantischen weißen Lederesseln, die Frau Kohl im Keller des Palais Schaumborg entdeckte und zum Bungalow bringen ließ, und die aus der „Ara Willy Brandt“ stammen.

Brandt, der sich nach seiner Kanzlerwahl weigerte, in den Bungalow zu ziehen, weil der nicht für eine Familie mit Kindern gebaut war, überließ das Domizil Staatsgästen zur Herberge, was

Warum wurde gleich von Anfang an solch ein Wesen darum und daraus gemacht? Konrad Adenauer brauchte kein Haus, als er Regierungschef wurde, er blieb in seiner Rhöndorfer Villa, die heute Museum ist. Erhard holte Repp-Ruf, der ihm schon sein Haus am Tegernsee gebaut hatte. Mit heute kaum mehr verständlicher Publicity ging man ans Werk. Die Kosten sollten sich auf über zwei Millionen Mark belaufen, unter Protesten wurde dann reduziert, der sogenannte „Swimming-pool“ im zweiten Atrium, Zentrum des privaten Teils des Hauses, schlug als angeblicher Luxus Riesenschilling, obwohl dabei in Ludwigshafen her um ein besseres Planschbecken handelt.

Im Februar 1964 dementierte Erhard im offiziellen „Bulletin“ der Bundesregierung die Behauptung der SPD, er habe Teppiche im Wert von 100 000 Mark für seine Dienstvilla einkaufen lassen. Fortan gehörte es zum guten Ton, die spartanische Strenge des Dienstalters unter Beweis zu stellen. Bei einer Begehung des fertig eingerichteten Hauses durch die eintreffenden Bonner Journalisten im November 1964 wurde die Presse aufgefordert, die Qualität des Kanzler-Bettes selbst zu testen. Es handelte sich um eine lange Liege von Metterbreite, die anerkennend als „hart“ befunden und dann so beschrieben wurde. Das „Prinzip Of-



Sechs Tage und Nächte saßen Häftlinge auf dem Dach des Albany-Gefängnisses. Sie protestierten gegen schlechte Haftbedingungen.

Hinter Gefängnismauern tickt eine Bombe

Rücktritt des Gefängnisdirektors, Meuterei der Inhaftierten, Millionenbeschäden und Verleumdung: Das sind fast schon alltägliche Meldungen in Großbritannien. Der Grund: Graue Gefängnisse, überbelegte Zellen und viktorianisch strenger Strafvollzug.

Von FRITZ WIRTH

Der Aufstand im D-Fügel von „Wormwood Scrubs“ dauerte zwölf Minuten. Zwei Gefangene wurden durch die Fenster der Aufseherkabine. Die Wärter sahen sich im Nu umgeben von einer Schar von Häftlingen. Sie waren bewaffnet mit Stuhlbeinen und Bettvorhängen. Sie hatten die Türen ihrer Zellen aus den Angeln gehoben und schoben sie als Schutzschilde vor sich her. Die umzingelten Wärter versuchten sich mit Holznägeln einen Weg freizuschlagen. Durch das gesamte Gefängnis schallten die Alarmsignale. Die Gefangenen in den Zellen trommelten gegen Türen und Blechschilde.

Am Ende siegte das Gesetz. Es war ein teurer Sieg. 25 Aufseher wurden verletzt und nur sechs Gefangene. Ian Dunbar, der 49-jährige Direktor von „Wormwood Scrubs“, nach der Beschäftigung des Schlichters. „Es ist ein Wunder, daß es so glimpflich abgelaufen ist. Es war der Aufstand eines harten Kerne junger militanter Gefangener. Sie protestierten gegen die Haftbedingungen.“

Der Aufstand war, daß just in der gleichen Minute, da im D-Fügel von „Wormwood Scrubs“ der Aufstand begann, Ian Dunbar mit seinem direkten Vorgesetzten im britischen Innenministerium telefonierte. Thema des Gesprächs: die unmöglichen Haftbedingungen in „Wormwood Scrubs“.

Was hier vor 14 Tagen geschah, ist kein Einzelfall. Drei Wochen vorher zerstörten Häftlinge das Inventar des Albany-Gefängnisses auf der Isle of Wight, deckten das Dach ab und ließen sich für sechs Tage und Nächte auf dem Dachstuhl nieder. Der Schaden wird auf eine Million Pfund geschätzt, rund vier Millionen D-Mark. In „Wormwood Scrubs“ wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres vier Gefangene durch Gefangene registriert, um auf diese Weise bessere Haftbedingungen zu erpressen. Das alles aber ist nicht zu vergleichen mit dem Aufstand des 31. August 1980 in „Wormwood Scrubs“. Damals wurden 53 Gefangene und 11 Aufseher ins Krankenhaus eingeliefert. Vier Jahre vorher hatte es in Hull die bisher größten Gefängnisunruhen der britischen Kriminalgeschichte gegeben: Sachschaden: acht Millionen D-Mark. Die Signale sind unübersehbar:

Es rumort hinter britischen Gefängnismauern. Colin Steel, Sprecher der 18 000 britischen Gefängniswärter, befürchtet die unmittelbare Explosion: „Eine Reihe unserer Gefängnisse sind tickende Zeitbomben.“ John McCarthy, bis zum letzten Jahresende Gouverneur von „Wormwood Scrubs“, sandte vor zwei Jahren einen Hilferuf an die „Times“ und nannte in einem ausbezeichnenden Leserbrief seine Anstalt einen „Straf-Müllhaufen“.

Sein Hilferuf blieb ohne Echo. Vor sechs Monaten trat er aus Protest gegen die „Unmenschlichkeit des britischen Strafvollzugs“ von seinem Amt zurück. Sein Nachfolger Ian Dunbar brachte nur wenige Wochen in „Wormwood Scrubs“, um zum gleichen Urteil wie sein Vorgänger zu kommen: „Das schlimmste Gefängnis, das ich je gesehen habe. Eine Haft-Müllgrube.“ Es ist ein tägliches Wunder, daß es überhaupt noch funktioniert.

William Brister, Chefinspektor der britischen Gefängnisse, stellte am 16. März dieses Jahres in einem Report über das Londoner Gefängnis in Brixton fest: „Die Haftbedingungen in dieser Anstalt liegen unter dem europäischen Minimalstandard.“ Und die angesehene britische Wochenzeitschrift „Economist“ urteilt: „Wenn das Ausmaß des zivilisierten Verhaltens einer Nation daran gemessen werden soll, wie es seine Gefangenen behandelt, dann sind wir eine unzüchtige Nation.“

Kein Land in Westeuropa hat gemessen an der Zahl der Einwohner, mehr Menschen hinter Gittern als die Briten. In den 127 Gefängnissen in England, Wales und Nordirland sitzen heute 45 200 Gefangene ein, unter ihnen 621 Mörder, 87 nordirische Terroristen und 1741 „Lifers“ (Lebenslängliche).

Der große Aufstand wird prophezeit

In diesen Gefängnissen herrscht Wohnungsnot. Ihr Fassungsvermögen liegt bei 30 000 Gefangenen. Tausende von Zellen sind überbelegt. Drei Häftlinge auf zwölf Quadratmeter Wohnraum. Was noch schlimmer ist: Die meisten dieser Gefängnisse sind anachronistische Relikte des unerbittlichen viktorianischen Strafvollzugs, als Haft nichts anderes als Vergeltung der Gesellschaft an den Straftätigen war. 40 der 127 Gefängnisse stammen aus dem letzten Jahrhundert. Seit Jahrzehnten ist in Großbritannien kein neues Gefängnis mehr gebaut worden. Die 45 200 Gefangenen kosten den Staat jährlich 490 Millionen Pfund (rund zwei Milliarden D-Mark). Mehr Geld ist für die „misfits“ der britischen Gesellschaft nicht da.

Die „Hochburg“ unter diesen massiven viktorianischen Haftanstalten ist „Wormwood Scrubs“, gebaut im Jahre 1874 für

950 Häftlinge. In den letzten Jahren wurden teilweise 1600 Gefangene in die Zellen gepfercht. Roy Hattersley, Schatzminister der Labour Party: „Die Häftlinge in viktorianischen Tagen wurden besser behandelt als diese Insassen. Dies ist kein Gefängnis, dies ist eine Brutstätte für neue Verbrecher.“

Es ist das größte Gefängnis im Lande. In den vier verschiedenen Flügeln sitzen Untersuchungs-Häftlinge, Geistesranke, Triebtäter und Mörder.

Gefängnisse aus dem letzten Jahrhundert

In „Wormwood Scrubs“ landen nahezu alle, die im Londoner „Old Bailey“ ihr Urteil hören, also alle Mörder und Lebenslänglichen. Die Kray-Brüder, die in den sechziger Jahren die Londoner Unterwelt regierten, der sowjetische Spion George Blake, der 1966 über die Mauern von „Wormwood Scrubs“ sprang und später in Moskau wieder auftauchte, der irische Terrorist Tuite, bei dem eine Mordliste gefunden wurde, die die Spitzen des britischen Establishments eliminieren sollte, und der „Yorkshire Ripper“, der 13 Frauen umbrachte. In „Wormwood Scrubs“ werden sie zumeist für drei Jahre gesichert, katalogisiert und dann auf die passenden Anstalten im Lande verteilt.

Sie alle gehören zur A-Kategorie in „Wormwood Scrubs“. 250 von ihnen gibt es zur Stunde im D-Fügel, 250 von ihnen sind „Lifers“. Das Paradox: Ihnen geht es relativ gut. Sie leben in Einzelzellen. In keinem britischen Gefängnis lebt es sich besser als in den nordirischen. Sie sind die saubersten und bestausgerüsteten im Lande. Das haben vor zwei Jahren die IRA-Terroristen mit ihren Hungerstreiks und ihrem jahrelangen bizarren Schmutz-Aufstand bewirkt, als sie ihre Gefängniswände mit den eigenen Exkrementen beschmiereten.

Das Grundübel der Misere bleibt die Überfüllung. Die Massenbevölkerung der Gefängnisse hat nichts damit zu tun, daß England krimineller ist als andere Länder. Das Grundübel ist: Englische Justizmühlen mahlen so langsam, daß Tausende von Untersuchungs-Häftlingen bis zu zwei Jahren auf ihr Urteil warten müssen. Und das zweite Übel: Es herrscht eine Straf-inflation in diesem Land und jeder weiß, wie es dazu kam. Die Inflation begann an jenem Tag, als die britischen Posträuber für 30 Jahre in den Knast geworfen wurden.

Dieses Urteil wurde zum Maß folgender Verbrechen-Beurteilungen. Der ehemalige Innenminister Whitelaw hat die Richter wiederholt aufgefordert, ihr Strafmaß zu reduzieren und plädierte statt dessen für den „kurzen, harten Strafschok“. Seine Bitte blieb ohne Echo. Der Zeitränder tickt weiter.

Fernsehen kann durchschnittlich 2 Stunden pro Woche angeschaut werden. „Banging up“, also das große Einschließen, ist am Abend um neun Uhr.

„Wormwood Scrubs“, das ist ein allgemein akzeptiertes Urteil der britischen Knastgemeinschaft, ist der schlimmste Haft-Müllhaufen im Lande. Ein Einzelfall aber ist es nicht. In Brixton - Baujahr 1819 - sitzen 800 Gefangene ein, ohne sanitäre Anlagen in den Zellen. In „Strangeways“ bei Manchester - Baujahr 1869 - beginnt für die 1600 Insassen wie in „Wormwood Scrubs“ der Tag mit dem „slopping out“.

Der Eimer als Toilette ist ein Relikt aus viktorianischen Tagen. Die britischen Gefängnisbehörden wissen es. Sie haben Pläne für die Modernisierung ihrer Gefängnisse in den Schubladen. Sie werden jedoch kaum in den nächsten zwei Jahrzehnten verwirklicht werden. „Der Plastikimer wird bis zum Jahre 2000 Standardausrüstung in unseren Zellen bleiben“, prophezeit der Assistant Governor von „Wormwood Scrubs“.

Hundert von Verwaltern, Ausgefärbten und Beobachtern dieser Haft-Slums haben seit Jahren den großen Aufstand prophezeit, gegen den alle bisherigen Zwischenfälle verblissen. Besonders aktiv sind seit Jahren bereits hinter den Kulissen die irischen Terroristen. Beim Aufstand im Albany-Gefängnis waren vier nordirische und ein arabischer Terrorist die Drahtzieher. Sie gehen protestierend auf die Gefängnisdächer, um nach Ullgel, 250 von ihnen sind „Lifers“. Das Paradox: Ihnen geht es relativ gut. Sie leben in Einzelzellen. In keinem britischen Gefängnis lebt es sich besser als in den nordirischen. Sie sind die saubersten und bestausgerüsteten im Lande. Das haben vor zwei Jahren die IRA-Terroristen mit ihren Hungerstreiks und ihrem jahrelangen bizarren Schmutz-Aufstand bewirkt, als sie ihre Gefängniswände mit den eigenen Exkrementen beschmiereten.

Das Grundübel der Misere bleibt die Überfüllung. Die Massenbevölkerung der Gefängnisse hat nichts damit zu tun, daß England krimineller ist als andere Länder. Das Grundübel ist: Englische Justizmühlen mahlen so langsam, daß Tausende von Untersuchungs-Häftlingen bis zu zwei Jahren auf ihr Urteil warten müssen. Und das zweite Übel: Es herrscht eine Straf-inflation in diesem Land und jeder weiß, wie es dazu kam. Die Inflation begann an jenem Tag, als die britischen Posträuber für 30 Jahre in den Knast geworfen wurden. Dieses Urteil wurde zum Maß folgender Verbrechen-Beurteilungen. Der ehemalige Innenminister Whitelaw hat die Richter wiederholt aufgefordert, ihr Strafmaß zu reduzieren und plädierte statt dessen für den „kurzen, harten Strafschok“. Seine Bitte blieb ohne Echo. Der Zeitränder tickt weiter.

Finanzierungs-Schätze: kurze Laufzeit - gute Zinsen

Sie suchen eine gewinnbringende Geldanlage. Aber Sie möchten Ihr Geld nicht lange festlegen. Sie können beides haben: kurze Laufzeit von 1 oder 2 Jahren und sicheren, festen Zinsgewinn mit Finanzierungs-Schätzen des Bundes.

Sie zahlen z. B. 874,- DM ein und erhalten nach zwei Jahren 1.000,- DM zurück. Ihr Zinsertrag: 126,- DM. Das sind 6,97% Rendite pro Jahr. Bei einjähriger Laufzeit beträgt



die Rendite 5,65% (heutige Zinsverhältnisse).

Eine vorzeitige Rückgabe ist nicht möglich. Finanzierungs-Schätze gibt es ab 1.000,- DM bei allen Landeszentralbanken, bei Banken und Sparkassen. Dort erhalten Sie auch ausführlichere Informationen. Oder senden Sie den Coupon ein.

Die „kurz & gut“ Anlage

Wenn Sie an den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 23 28, 6000 Frankfurt 1 Tel. (06 11) 56 07 07 schreiben, erhalten Sie ausführliche Informationen über Bundeswertpapiere. W 13

Name: _____

Adresse: _____

Stellt Loch Amt beim WDR zur Verfügung?

DW, Bonn
Der Chefredakteur Fernsehen des Westdeutschen Rundfunks, Theo M. Loch (61), hat sich noch nicht endgültig entschieden, ob er wegen seiner früheren Zugehörigkeit zu Waffen-SS sein Amt zur Verfügung stellen soll. Wie Loch am Dienstag gegenüber der WELT sagte, werde er gemeinsam mit dem Intendanten des WDR, von Sell eine Lösung aushandeln. Der Vertrag Lochs läuft noch länger als ein Jahr.

Wie die Deutsche Presse-Agentur dazu berichtet, wollen weder der Verwaltungsrat des Senders noch Intendant von Sell bei der Berufung von Loch zum Chefredakteur von dessen SS-Zugehörigkeit etwas gesagt haben. Dabei enthält die Personalkarte Lochs, der mit dem 11. 1. 1969 zunächst Leiter des Bonner Hörfunkstudios geworden war, den handschriftlichen Vermerk: „Kriegsdienst in der Waffen-SS von 1940 bis 1945“ und den Zusatz „Jugendamnestie“. Loch war mit 18 Jahren in die Truppe eingetreten. 1969 war Klaus von Bismarck Intendant des WDR und von Sell Verwaltungsdirektor und damit zuständig für die Personalauswahl.

Der Verwaltungsrat hatte am Montag den Chefredakteur eingehend gehört. Aus der Tatsache der Zugehörigkeit zu Waffen-SS seien für Loch keine negativen Schlüsse gezogen worden, hieß es anschließend in einer Stellungnahme. Ein individueller Schuldvorwurf könne ihm nicht gemacht werden.

Loch war nach dem Krieg in einem bahnstehenden zweijährigen Entnazifizierungsverfahren, das seine Zugehörigkeit zur NSDAP betraf, als „Mildtäter“ eingestuft worden. „Ein zweites Entnazifizierungsverfahren kann nicht sein“, ließ der Verwaltungsrat erklären. Loch habe im Krieg den Rang eines Obersturmführers, das dem Wehrmachtssrang des Oberleutnants entspricht.

Rau tritt für Sacharow ein

F. D./dpa, Berlin/Düsseldorf
Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat an die sowjetische Regierung appelliert, Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow ausreisen zu lassen. Er hat dem schwerkranken Bürgerrechtler zugleich eine neue Heimat in Nordrhein-Westfalen angeboten. Sacharow, der seit langem in der Verbannung in Gorki lebt, hat trotz vieler internationaler Appelle bisher nicht ausreisen dürfen. Offiziell wird dies mit dem Hinweis begründet, der Atomphysiker sei Geheimnisverrat. Ein dreijähriges Fasten zum Zeichen der Solidarität mit Sacharow auf dem Gelände der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist von der evangelischen Kirchenleitung untersagt worden.

Neuer Anschlag auf Flughafen vereitelt

DW, Karlsruhe/Frankfurt
Eine „Revolutionäre Zelle“ hat sich zu dem Bombenanschlag auf das Haus des Frankfurter Flughafen-Chefs bekannt, bei dem in der Nacht zum Montag ein Soldat von mindestens 50 000 Mark entwendet war. Wie die Bundesanwaltschaft gestern mitteilte, ist ein entsprechendes Bekennerschreiben bei der „Frankfurter Rundschau“ eingegangen. Darin wurde auch ein Anschlag auf das Schulungszentrum des Flughafens angekündigt. In einem Feuerlöscher monierte eine Bombe konnte rechtzeitig entschärft werden. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hat die Ermittlungen übernommen.

Renten Anpassung ist Rechts

dpa, Karlsruhe
Der Gesetzgeber darf grundsätzlich den Zeitpunkt und die Modalitäten einer Renten Anpassung verändern. Nach einem gestern vom 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts veröffentlichten Beschluss verstößt daher die Vorschriften des 21. Renten Anpassungsgesetzes über die Anpassung der Bestandsrenten nicht gegen die Verfassung. Die Karlsruher Richter wiesen die Beschwerde eines Rentners als unbegründet zurück, der sich vor allem in seinem Grundrecht auf Schutz des Eigentums (Artikel 14 GG) verletzt gesehen hatte.

Großflughafen für die Falklands

AP, London
Die britische Regierung wird noch in diesem Jahr auf den Falklandinseln einen strategischen Flughafen anlegen. Verteidigungsminister Michael Heseltine gab jetzt bekannt, daß mit dem Projekt, dessen Gesamtkosten etwa 215 Millionen Pfund Sterling (knapp 820 Millionen Mark) betragen werden, im Herbst begonnen werde. Der Flughafen, der für Starts und Landungen großer militärischer und ziviler Flugzeuge ausgelegt ist, soll rund 40 Kilometer von der Hauptstadt Port Stanley entfernt entstehen.

DIE WELT (Jahre 602-600) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S. is \$15.00 per year. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Lotsen Grüne Börner an Neuwahl vorbei?

Von D. GURATZSCH

Drei Monate vor der hessischen Landtagswahl am 25. September hat sich der Konflikt bei den hessischen Grünen derart verschärft, daß sogar ein Auseinanderbrechen der Landtagsgruppe nicht mehr für ausgeschlossen gehalten wird. Neun Abgeordnete vertreten die Grünen seit der Landtagswahl des vergangenen Jahres im hessischen Parlament. Einer davon blieb der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause demonstrativ fern. Zwei weitere waren nicht bereit, sich dem vereinbarten Abstimmungsverhalten anzuschließen, und enthielten sich der Stimme. Ein vierter hatte sich erst im letzten Augenblick trotz Bedenken dem Mehrheitsvotum seiner Fraktionskollegen gebeugt.

Daraus ergeben sich für die Sonderstellung des Parlaments am 4. August, auf der der Landtag seine Selbstauflösung beschließen und damit den Weg zur vorgezogenen Landtagswahl freimachen will, höchst unübersichtliche Konstellationen. Würden die vier Abgeordneten nämlich gemeinsam der Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten zustimmen, bräute die SPD eine Auflösung des Landtages gar nicht mehr anzustreben – vorausgesetzt, die restlichen fünf Grünen im Landtag enthielten sich der Stimme. Dann nämlich würde der neue Ministerpräsident 49 Stimmen der SPD und vier der Grünen, zusammen also 53 Stimmen, erwarten können, denen die CDU nur 52 entgegenzusetzen hätte.

Ein solches Abstimmungsergebnis liegt nicht einmal völlig außerhalb der Wahrscheinlichkeit; denn in einem Punkt stimmt die gesamte grüne Fraktion überein: Sie hat an Neuwahlen mit einem voraussichtlich wesentlich schlechteren Ergebnis als vor einem Jahr kein Interesse. Bei der Bundestagswahl vom 6. März blieben die hessischen Grünen mit 4,4 Prozent der Erststimmen sogar unterhalb der Fünf-Prozent-Marke. Bei der Landtagswahl vom vergangenen Jahr hatten sie noch acht Prozent der Stimmen erhalten.

Hinzu kommt, daß alle vier grünen „Abweichler“ im Unterschied zum Rest der Landtagsgruppe für eine Kooperation mit anderen Parteien eintreten. Sie haben diesen Kurs auf der letzten Landtagsmündung in der Landtagsversammlung ihrer Partei in Rodgau-Weiskirchen vor zehn Tagen verfochten und sind dabei mit zeitweise nur hauchdünnen Abstimmungsmehrheiten den „Fundamentalisten“, die auf einem eigenständigen Kurs der Grünen beharren, unterlegen gewesen. Drei von ihnen hatten außerdem ein Papier ausgearbeitet, nach dem sich die Grünen „zur sofortigen Auflösung der geschäftsführenden Landesregierung“ bereit erklären sollten. Einzige Bedingung: Die Partei des Ministerpräsidenten-Kandidaten sowie der Kandidat selbst hätten sich gegenüber den Grünen

schriftlich verpflichtet, in „eine grundsätzliche und öffentliche Erörterung sämtlicher Fragen hessischer Landespolitik einzutreten“.

Die Auseinandersetzung hatte sich ebenfalls an einem Prüftag für die Zusammenarbeit mit der SPD entzündet. Dieser Prüftag war ein von den Fraktionen der SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitetes Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Landesbericht
Hessen
SPD und der Grünen gemeinsam erarbeitete Programm zur Bekämpfung des sauren Regens und des Waldsterbens gewesen. Darin war die Landesregierung aufgefordert worden, eine ökologische und zukunftsorientierte Energieversorgung durch eine grundsätzliche Neuorientierung der Energiepolitik einzuleiten. Es sei „anzustreben, die Genehmigung von Kernkraftwerken und Wiederaufbau von Anlagen überflüssig zu machen“.

Während die „Fundamentalisten“ um den Frankfurter Abgeordneten Manfred Zierian diese Formulierung auf der Mitgliederversammlung in Rodgau „beschneidend“ nannten, weil damit die grüne Forderung des Ausstiegs aus der Kernenergie aufgegeben werde, sprach der wenig später als Spitzenkandidat für die Landtags-

wahl bestätigte Dirk Treber vor dem gleichen Forum vom „fortschrittlichen Programm gegen das Waldsterben in der Bundesrepublik“. Trebers Frau, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Bürgerliste in der Starbuhngemeinde Mörfelden-Walldorf, einer grünen Hochburg, hatte wenige Wochen zuvor in ihrem Heimatparlament den Weg zu einem „Sachbündnis auf Zeit“ zwischen Grünen und SPD und damit zur Wiederwahl des von den Grünen gestützten SPD-Bürgermeisters Bohl gelehrt. Motto dieses Bündnisses: „Die Grünen gehen in die Verantwortung“.

Damit es nicht auch im hessischen Parlament in Wiesbaden zu denartigen Weichenstellungen kommen könnte, entschloß sich der Frankfurter Zierian einen Tag vor der entscheidenden Landtagsdebatte zu einem spektakulären Schritt: Er tauchte unvermutet in der Fraktionsitzung der grünen Landtagsgruppe in Wiesbaden auf. Was ihm zuvor in Rodgau-Weiskirchen nur mühsam gelungen war, schaffte er hier in „Handstreich“: Von den vierzehn Mitgliedern der Landtagsgruppe, die dem mit der SPD ausgehandelten Programm gegen das Waldsterben zugestimmt hatten, fielen zehn und gaben für die Abstimmung der neuen Landtagsabgeordneten die Marschroute aus, das erst zwei Wochen zuvor erarbeitete Antragspaket abzulehnen.

Eine Begründung dafür wurde im Abstimmungsverhalten der SPD zu zwei Initiativen der Grünen gefunden, die auf den Ausstieg aus der Kernenergie abzielten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nutzung der Atomenergie ist auszuschließen.“ Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von der SPD gemeinsam mit der CDU abgelehnt. In der Debatte hatte sich der geschäftsführende Ministerpräsident Holger Börner (SPD) auffällig exakt an die vereinbarte Formel von der „energiepolitischen Neuorientierung“ gehalten. Zwar sei im „Augenblick“ ein Verzicht auf die Kernenergie „nicht verantwortbar“, aber es müsse „alles zur Förderung des alternativen Weges ohne Kernenergie“ getan werden, „um einen solchen Verzicht langfristig möglich zu machen“.

Als es am nächsten Tag um das Waldprogramm ging, sagte die grüne Fraktionsvorsitzende Iris Elze mit dem gemeinsamen mit der SPD erarbeiteten Papier hätten die Grünen auch den „Einstieg in den Ausstieg“ aus der Kernenergie angestrebt. Die energiepolitische Debatte des Vortags habe jedoch deutlich gemacht, daß die SPD dazu nicht bereit sei. So stimmten sechs von acht anwesenden Grünen zusammen mit der CDU die Initiative nieder. Der scheidende, der zu Hause geblieben war, meinte hinterher: So kann man mit dem politischen Gegner nicht umgehen. Er will nun auch den Austritt aus seiner Partei nicht mehr ausschließen.

Bern: Noch keine Entscheidung über Panzertyp

rn. Bonn
In Bern hat die Kommission für militärische Landesverteidigung des Parlaments einstimmig beschlossen, der Regierung die sofortige Beschaffung eines neuen Panzers zu empfehlen. Ob es der US-Panzer M 1 Abrams oder der deutsche Leopard 2 sein wird, wurde nicht entschieden. Doch eine Vorentscheidung scheint immerhin gefallen zu sein. Wenn die Wahl auf den Leopard 2 fallen sollte, wird Verteidigungsminister Georges André Chevaz dem Bundesrat empfehlen, einen Leihvertrag mit der Bundeswehr zu beschließen, sagte ein Sprecher des Militärdepartements in Bern der WELT. Welcher Panzer schließlich den Vorzug erhält, entscheidet die Regierung bis spätestens Ende August 1983.
Das letzte Wort über Typenwahl, über Kauf von der Stange, Kooperation oder Leihvertrag des einen oder anderen Panzers aber hat das Parlament. Es wird jedoch nicht vor März 1984 gesprochen.
Zet Kraus-Maffei in München ist man schon jetzt auf alle Eventualitäten eingestellt. Das Unternehmen habe den zuständigen Stellen in Bern verschiedene Angebote über Kooperation oder Leihvertrag gemacht, hatte der Vorstandsvorsitzende Hans-Heinz Griesmeier bereits bei der Hauptversammlung Ende Mai 1983 mitgeteilt. Im Unternehmensbereich Waffentechnik wurden 1982 mit rund 1,2 Milliarden Mark drei Viertel des Gesamtumsatzes erzielt.

Wieder Schüsse auf US-Botschaft

APIAFF, San Salvador/Bogota
Nach mehr als einjähriger Ruhe ist in der Nacht zum Dienstag wieder ein Feuerüberfall auf die US-Botschaft in San Salvador verübt worden. Unbekannte Angreifer beschoßen das Gebäude aus zwei vorbeifahrenden Lastwagen mit Maschinenpistolen, teilte ein Sprecher der Botschaft mit. Eine auf das Gebäude abgeschossene Bombe habe durch Bäume abgelenkt. Ihr Ziel verfehlt und sei rund 35 Meter von der Schutzmauer entfernt auf der Straße detoniert. Es entstand nur Sachschaden, verletzt wurde niemand. Die Geschosse schlugen in einem Büro im zweiten Geschoss des Gebäudes ein. Zur Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen wurden 200 Mann der salvadorianischen Armee angefordert. In Kolumbien sind 19 668 Menschen in den vergangenen 24 Jahren Opfer der Guerrilla geworden. Das geht aus einem Bericht der kolumbianischen Polizei hervor. Dabei landete es sich um 453 Polizisten, 17 Armeangehörige und 18 289 Zivilisten. Wie aus dem Bericht hervorgeht, wurden in dem gleichen Zeitraum von den Guerrillagruppen 2376 Sprengstoffschläge verübt, davon waren 923 gegen Privatunternehmen und 1437 gegen staatliche Gebäude gerichtet.
In Caracas teilte Sergio Ramirez, Mitglied der sandinistischen Junta in Managua, mit, auf Seiten Nicaraguas habe der Guerillakrieg in diesem Jahr bisher rund 600 Tote gefordert. 280 der Opfer waren Soldaten und Miliz-Angehörige, die übrigen Zivilisten.

Von einem Dialog will Pinochet nichts wissen

Chile nach dem Streik: Normalität mit Abstrichen

WERNER THOMAS, Santiago
Nach zwei ereignisreichen Wochen, die dem Land Demonstrationen, blutige Straßengefächte (fünf Todesopfer) und Streikaktionen brachten, ist Chile zum normalen Alltag zurückgekehrt. Pinochet-Regierung und Opposition machen sich an die Bestandsaufnahme der Situation.
Die meisten politischen Beobachter in Santiago sehen keinen Sieger. Es waren die schwersten Unruhen während der fast zehn-jährigen Pinochet-Ära. Der Präsident konnte seinen Gegnern jedoch die gegenwärtigen Grenzen ihrer Macht zeigen. Der Generalstreik war von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil der Kupfersektorführer Rodolfo Seguel und fünf seiner wichtigsten Funktionäre im Gefängnis saßen und die Medien kein Wort über die Aktionen veröffentlichen durften.
Ein großer Teil der Bevölkerung vergleicht die heutige Situation auch nicht mit den letzten chaotischen Monaten der Volksfront. Obwohl die Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Not und die Person Pinochet wächst, haben viele Chile-ken nicht das Gefühl, daß diese Regierung am Ende ist.
Jedoch: allein die Tatsache, daß die Menschen massiv auf die Straße gingen und daß trotz Ausnahmezustand ein Generalstreik organisiert wurde, signalisierte veränderte Machtverhältnisse. Der Nimbus des starken Mannes hat gelitten. Am Montag warnte er seine Gegner, er werde keine weiteren Protestaktionen tolerieren. Zu den Forderungen der Opposition nach einem Dialog schweigt er sich aus.

Die Idee eines Dialogs wird auch von den katholischen Bischöfen unterstützt, die sich Ende vergangener Woche mit einer Stellungnahme vermittelnd in den Konflikt eingeschaltet hatten. Sie unterstützen das Streikrecht der Arbeiter, verurteilen jedoch gewaltsame Protestaktionen. Im Gegensatz zu ähnlichen Erklärungen der Kirchenführer nicht den Wunsch nach einer demokratischen Zukunft. Die milden Worte reflektierten den Wechsel in der Hierarchie.
Santiagos neuer Erzbischof Francisco Fresno Larraín gilt als konservativer als sein Amtsvorgänger Raul Silva Henriquez. Kardinal Silva war ein offener Kritiker der Pinochet-Regierung. Ein Mitarbeiter Fresno sprach lediglich von „taktischen“ Veränderungen. „Wir glauben immer noch, daß die Demokratie die endgültige Lösung sein muß.“
Dieser Meinung sind alle oppositionellen Gewerkschaften und Politiker. Das baldige Ende der Militärdiktatur war eine von neun Forderungen der Streikenden. Dieses Thema ist für Pinochet tabu. Selbst wenn es zu einem Dialog zwischen der Regierung und der Opposition kommen sollte, will der Präsident darüber nicht mit sich reden lassen. Die 1980 vom Volk gebilligte Verfassung garantiert ihm eine Amtszeit bis mindestens 1989. Pinochet mißtraut der Demokratie, sagte einer seiner Berater und betonte, daß ihm auch die gemäßigten Kräfte im Kabinett um Außenminister Miguel Schweitzer keine Demission nahelegen. Sie würden nur eine politische Öffnung.

Bei seinem Überlebenskampf kommt Saddam Hussein jede Hilfe gelegen

Bagdad baut auf westliche Unterstützung / Die radikalen Töne des Regimes werden leiser

PETER M. RANKE, Beirut
Die amerikanische Regierung hat wieder zehn Millionen Dollar für Lebensmittelimporte nach Irak freigegeben, obwohl Bagdad seit 1967 keine diplomatischen Beziehungen mehr mit Washington unterhält. Auch leben und arbeiten am Tigris wieder fünfzehn US-Diplomaten - in der Botschaft Belgrads - und mehr als 200 Geschäftsleute.

In Frankreich werden die ersten irakischen Piloten auf den Superbomber „Erandard“ (Standarte) mit seinen tödlichen Exocet-Raketen geschult. Nach der Mirage erhält Bagdad damit eine neue Waffe für den Golf-Krieg, die noch kein anderer arabischer Staat besitzt.

Das sind Meldungen der letzten Tage. Sie belegen, daß die Verbündeten des irakischen Baath-Regimes zum Westen wieder enger geworden sind. Zwar hat die Staatspartei das libanesisch-israelische Abkommen jüngst scharf abgelehnt, aber Staatspräsident Saddam Hussein, 46, fand doch gegenüber libanesischen Emissären die billigen Worte, daß er die Haltung der Beiruter Regierung verstehe.

Saddam Hussein hat erkannt, daß der wirrige Zangengriff Teherans - Damaskus gegen Irak richtet, wenn er nicht die Unterstützung prowestlicher arabischer Regierungen und westlicher Länder findet. Daher hat Bagdad die revolutionäre Propaganda gegen Amerika und den „Zionismus“ gedämpft. Irak ist aus der Ablehnungstheorie mit Libyen und Syrien

praktisch ausgeschert, ohne deshalb schon protestlich zu sein.

Für Saddam Hussein gelten heute andere Prioritäten. Es geht schlicht ums Überleben des Regimes, und da nimmt man jede Hilfe an - auch wieder Waffen aus der Sowjetunion.

Im dritten Jahr des Golfkrieges gegen Iran, den Saddam Hussein leichtfertig im September 1980 begann, verzeichnet Irak mit seinen 14 Millionen Menschen rund fünfzigtausend Tote, knapp ebenso viele Gefangene und Auslandsschulden von 40 Milliarden Dollar. Irak hält mit Arme und Miliz rund eine Million Männer und Frauen unter Waffen, jordanische und sudanesishe Hilfstruppen stehen im Lande.

Lieber heute als morgen würde Saddam Hussein den Golfkrieg beenden, zu fast jeder Bedingung und unter UNO-Kontrolle. Aber Ayatollah Khomeini läßt das nicht zu, er will Saddam Hussein vernichten und die Herrschaft der islamisch-sozialistischen Baath-Partei in Irak beenden.

Daher unterstützt Teheran den „Rat der Islamischen Revolution in Irak“, der die Schützen an Euphrat und Tigris mobilisieren will. Der Sprecher dieser Untergrund-Organisation, die der in Irak verbotenen Dawa-Partei (der Ruf) nahesteht, Hadschattolislam Bakr Hakim, wurde kürzlich in Teheran empfangen. Der Rat veranstaltet eine religiöse „Gehirnwäsche“ bei den irakischen Kriegsgefangenen schiitischen Glaubens und unterhält vier militärische Trainingszentren in Is-

fahan, Yazd, Schiras und Mesched, wo Terroristen für Einsätze in Irak ausgebildet werden.

Mit eiserner Hand wehrt sich das Baath-Regime gegen die Herausforderung an der inneren Front. Außenpolitisch hat Saddam Hussein eine neue Militär-Achse mit der Türkei geschmiedet, die die aufständigen Kurden in beiden Grenzgebieten unter Kontrolle hält. Sie ergänzt den Freundschaftspakt mit Jordanien und die guten Beziehungen zu Ägypten, das einer der Waffenlieferanten der Iraker ist.

Zusammengehalten und gestützt wird die Politik Saddam Husseins aber letztlich durch die Finanzen vor allem Saudi-Arabiens. Da die Ausfuhr irakischer Öl über den Golf wegen der iranischen Seeblockade und Luftwaffe nicht möglich ist, können die Exporte aus der täglichen Förderung von 600 000 Barrel Rohöl (früher 3,7 Millionen Barrel) nur über einen türkischen Hafen abgewickelt werden.

Die syrische Blockade der Pipeline seit Februar 1982 hat sich als wirksames wirtschaftliches Sanktionsmittel herausgestellt. So mußten schon die Saudis einspringen und liefern jetzt Öl zugunsten der irakischen Staatskasse, und Frankreich läßt sich seine Forderungen von 1,8 Milliarden Dollar auf ein Jahr hinaus mit irakischem Öl bezahlen, mit 80 000 Barrel täglich. Von 25 Milliarden Dollar 1980 sind die Öleinnahmen Iraks in diesem Jahr auf etwa sechs bis sieben Milliarden gefallen, und die braucht Bagdad zum Kriegführen und für lebenswichtige Einfuhren.

Athen bestreitet Enthüllungen des KGB

E. ANTONAROS, Athen

Die Enthüllung, daß Griechenland a flagranteste Zeitung „To Ethnos“, unter der Kontrolle der Desinformationsabteilung des sowjetischen Geheimdienstes KGB steht, schlägt in Athen hohle Wellen. Der Verleger der kommerziellen „ethnographischen“ Zeitung hat jetzt Strafanzeige wegen Verleumdung gegen den Autor des vorzüglich dokumentierten Buches („Nehmen Sie „To Ethnos“ in Ihre Hände“) erstattet und beim zuständigen Athener Gericht beantragt, daß der Fall in Schnellverfahren abgehandelt wird.

Dazu sagte der Autor, Paul Anastasi, der in Athen als Korrespondent der „New York Times“ und des Londoner „Daily Telegraph“ arbeitet: „Ich stehe zu meinen Behauptungen. Der Fall ist eindeutig.“

Anastasi hat in seinem soeben erschienenen Buch anhand einer Fülle von Dokumenten nachgewiesen, daß Griechenlands erste und größte Kleinformatige Zeitung bis in die Details auf das Kommando der KGB-Manipulatoren hört. Hauptaufgabe der nahezu genial gemachten Zeitung sei es, das nichtkommunistische Lesepublikum im Sinne der Sowjetunion zu manipulieren.

Inzwischen berichtet Anastasi, daß er beim Vertriebs seines Buches, das in griechischer Sprache erschienen ist, „auf unüberwindbare Schwierigkeiten“ stöße. „Die zwei größten Vertriebsagenturen Griechenlands weigern sich bisher, den Vertrieb zu übernehmen“, sagte er. Nicht nur der Autor vernutet, daß einflußreiche Zeitungsverleger und möglicherweise auch die sozialistische Regierung Athens, die von „To Ethnos“ unterstützt wird, den Vertrieb des Buches verhindern wollen.

Die kommunistisch kontrollierte Zeitung hatte unverhofft Schützenhilfe von Regierungsseite erhalten, kaum war das Buch auf dem griechischen Markt: Regierungssprecher Maroudas versuchte das Anastasi-Buch als „einen nur für die Sommerzeit geeigneten Thriller-Roman“ abzuqualifizieren. Obwohl er einräumte, das Buch nicht gelesen zu haben, sagte er, daß er die im Buch aufgestellten Behauptungen als „völlig unhaltbar“ betrachte. Von dem Anastasi: „Maroudas sollte lieber eine genaue Untersuchung der Finanzen der Zeitung anordnen.“

Erstaunlich ist auch, daß Griechenland Presse dieses brisanten Thema, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nahezu verschwiegen hat. Von insgesamt 15 in Athen erscheinenden Tageszeitungen befaßten sich nur vier - und die meisten von ihnen nur am Rande - mit der sensationellen Enthüllung, daß Griechenlands beliebtestes Blatt auf das Kommando des KGB hört. Ein Kenner der griechischen Presselandschaft erklärt das so: „Das ist darauf zurückzuführen, daß Griechenlands Zeitungsverleger einen geschlossenen Klub bilden. Sie haben unter sich abgemacht, daß sie sich gegenseitig nie kritisieren sollten. Daher das erstaunliche Schweigen über diesen sensationellen Fall.“ (SAD)

Die Erwartungen der Europäer an Bonn waren zu hoch

Eine Bilanz der deutschen EG-Präsidentschaft / Viele Prioritäten und kleine Schritte / Genscher war immer präsent

ULRICH LÜKE, Straßburg
Akiro Spinelli, einer der überzeugtesten Europäer, die die Gemeinschaft kennt, sprach im Januar aus, was die meisten dachten: „Da Sie als engagierter Europäer bekannt sind, stellen wir an Sie höhere Anforderungen als an andere.“ Der Straßburger Europaparlamentarier meinte damit Hans-Dietrich Genscher, den deutschen Außenminister und (für sechs Monate) Präsidenten des EG-Ministerrates. Morgen geht diese Präsidentschaft zu Ende, übermorgen übernimmt - zum ersten Mal überhaupt - die griechische Regierung die Stäfete.

Die Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft waren überall in der Europäischen Gemeinschaft sehr hoch. Wer, wenn nicht die europatreuen Deutschen, sollte die zahllosen europäischen Kissen aus dem Feuer reißen? Hans-Dietrich Genscher ließ am Vorabend der deutschen Präsidentschaft keinen Zweifel daran, daß die Deutschen gewillt seien, fast alle wichtigen Probleme der Gemeinschaft voranzubringen.

Selten hat ein amtierender Ratspräsident in den Konferenzen und Institutionen der Gemeinschaft ei-

ne derartige Präsenz gezeigt, wie Genscher es getan hat. Kein Außenministerrat ohne seine Leitung, keine Sitzungswoche des Europäischen Parlaments ohne seine Anwesenheit. Das wurde von den Partnern mit Befriedigung vermerkt.

Hektik nach der Halbzeit

Helmut Kohl, der Bundeskanzler, versuchte Schritt zu halten. Morgen, am letzten Tag der deutschen Präsidentschaft, legt er in einer eigens dazu einberufenen Sondersitzung des Europäischen Parlaments Rechenschaft über das Stuttgarter Gipfeltreffen ab. Eine seiner ersten Auslandsvisiten hatte ihn zum Parlament geführt, über dessen Schwellen Helmut Schmidt nicht einmal den Fuß gesetzt hatte. Im Februar reichte es immerhin zu einem Grußwort an die Straßburger Abgeordneten, aber die angekündigte Rechenschaftsrede des Kanzlers nach dem Brüsseler Gipfel vom März entfiel. Zwei Wochen nach dem deutschen Wahlgang gab es von diesem Gipfel allerdings auch nichts zu berichten. Er wird als der kürzeste und inhaltloseste aller bisherigen Treffen des Europäischen Rates in die Geschichte eingehen.

Zur Halbzeit der deutschen Präsidentschaft war es dann jedoch soweit: Die heimatischen Wahlen hinter sich, begann eine hektische Konferenzserie mit dem einzigen Ziel, dem so hocheredeten Stuttgarter Gipfeltreffen knapp drei Monate später zum Erfolg zu verhelfen. Bis dahin hatte Genscher eigentlich nur den Streit um die gemeinsame Fischereipolitik schlichten können und sich publiquum als Freund der Robbenbays in Szene gesetzt. In den Fachministerräten sah es zunächst ähnlich aus.

Nur im Rat der Verkehrsminister hatte sich ungewohnte Betriebsamkeit breitgemacht. Kein Wunder: Als Einstiegsgeheimnis sozusagen hatte das Europäische Parlament den Ministerrat zu Jahresanfang beim Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft wegen Untätigkeit eben in der Verkehrspolitik verklagt.

Was ab April folgte, hatte ganz andere Prioritäten, als Genscher sich dem Europäischen Parlament noch im Januar verkündet hatte. „Höchste Priorität“, so sagte er damals, „hat der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.“ Auf dem Kopenhagener Gipfel im Dezember 1982

war dazu ein ganzes Maßnahmenpaket angekündigt worden. Am Ende ist es bei einem kleinen gemeinsamen Schritt nach vorn geblieben: Der Sozialfonds der EG wird ab sofort zu drei Vierteln (= 3 Milliarden DM) dem Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit gewidmet, bisher war es knapp die Hälfte. Ansonsten blieb es bei Appellen an die nationalen Regierungen zu mehr Haushaltsdisziplin und zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik.

Ein Paket voller Probleme

Der Ausbau des gemeinsamen Binnenmarktes, Genschers zweite vorrangige Aufgabe, kam kaum voran. Nach wie vor machen die Franzosen diesen Ausbau von einer stärkeren Abschottung der EG nach außen abhängig. Immerhin gelang es aber, 14 Richtlinien zu verabschieden, die wenigstens bescheidene Fortschritte ermöglichen.

Was für den Binnenmarkt gilt, ist auch auf die „dritte prioritätäre Aufgabe“ des deutschen Außenministers übertragbar: die Südweiterung der Gemeinschaft durch den gleichzeitigen Beitritt Portugals und Spaniens zu vollenden. Was jeder ahnte, wurde Gewißheit: Der

ursprünglich anvisierte Termin für das Ende der Beitrittsverhandlungen, der 1. Januar 1984, wurde fallengelassen.

Abgeschlossen wurde dagegen der Streit um die „Feierliche Erklärung zur Europäischen Union“, Genschers Lieblingskind. Die Zehn unterschrieben das Dokument in Stuttgart, das dem Europäischen Parlament mehr Verdrüss als Freude bringt, auch im Hinblick auf die nächste Direktwahl, die der Ministerrat auf den 14. bis 17. Juni 1984 festlegte.

Genschers viertes Vorhaben schließlich wurde zur wirklichen Priorität: die Neuordnung der EG-Finanzen, verbunden mit einer Ausgleichszahlung für Großbritannien und größerer Sparsamkeit im bestehenden EG-Haushalt. Die Probleme wurden zu einem Paket geschnürt, das nur als Ganzes zu haben sein wird.

Die Griechen haben jetzt die undankbare Aufgabe, die Partner zu konkreten Lösungen zu bringen. Ihr Themenkatalog für das zweite Halbjahr 1983 ist deshalb der Katalog von Stuttgart. Niemand ist aus dem Entscheidungsdruck entlassen. Im Dezember wird sich also erweisen, ob der Stuttgarter Gipfel ein Erfolg war.

Wissen Sie, warum
DePfa-Pfandbriefe auch für Sie
die richtige Geldanlage sind?

Für jeden Sparer sind DePfa-Pfandbriefe solide Bausteine für eine private Vermögensbildung.

Sie bieten Ihnen viele Vorteile:

Attraktive Zinsen, die während der gesamten Laufzeit in stets gleichbleibender Höhe garantiert sind.

Rasche Vermögensbildung, die Sie durch die Wiederanlage der Zinsen beschleunigen können. Das System des schnellsten Wachstums Ihres Kapitals.

Verschiedene Laufzeiten, die es ermöglichen, nach dem persönlichen Anlageziel die passenden DePfa-Pfandbriefe auszuwählen.

Verfügbares Geld, da bei plötzlich auftretendem Geldbedarf DePfa-Pfandbriefe beliehen oder zum jeweiligen Börsenkurs verkauft werden können.

Sichere Geldanlage, weil reale Werte dahinterstehen und zudem die Bank mit ihrem gesamten Vermögen für die regelmäßige Zinszahlung und die termingerechte Einlösung zum Nennwert haftet.

Fragen Sie Ihre Bank oder Sparkasse oder wenden Sie sich direkt an uns.



Deutsche Pfandbriefanstalt
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Hauptverwaltung: Paulinenstr. 15, 6200 Wiesbaden, Tel. (06121) 3481
Niederlassungen: Berlin, Essen, Hamburg, Hannover, Kiel, München, Stuttgart

NACHRICHTEN

Auslosung für Pokal

Düsseldorf (sid) - In Frankfurt werden am Freitag die 32 Spiele für die erste Runde um den Deutschen Fußball-Pokal 1983/84 ausgelost. Die 38 Profi- und 36 Amateurmännernschaften sollen die erste Runde am 27. und 28. August austragen.

Hockey-Team unbesiegt

Köln (sid) - Die deutsche Auswahl ist bei der Militär-Weltmeisterschaft im Hockey noch unbesiegt. Am vierten Spieltag gab es in Köln einen 4:1-Sieg über Pakistan. In der Tabelle führt Deutschland mit 8:0 Punkten vor Titelverteidiger Niederlande (6:2).

Turnen: Geiger Dritter

Frankfurt (dpa) - Nach der Pflicht liegt Titelverteidiger Jürgen Geiger (Herbolzheim) bei den Deutschen Meisterschaften der Kunstturner im Zwölftkampf mit 57,00 Punkten auf dem dritten Platz. Es führt Andreas Japok (Hannover 97, 20).

Hadewicz in die Schweiz

Stuttgart (sid) - Der 32-Jährige Fußballspieler Erwin Hadewicz vom Bundesligaklub VfB Stuttgart wechselt als Spielertrainer zum Schweizer B-Ligaklub FC Baden.

Bochum holt Amateure

Bochum (dpa) - Fußball-Bundesligaklub VfL Bochum, vom Deutschen Fußball-Bund bei der Lizenzverteilung mit harten Auflagen belegt, hat mit Stefan Kuntz (Neunkirchen), Gerber (Bürstadt), Schulz (Herne) und Grünberger (München) vier Amateure verpflichtet.

Neue Fußball-Regel

London (sid) - Der englische Fußball-Verband beschließt eine Regeländerung. Wenn eine Mannschaft bei gegnerischen Freistößen in der kommenden Saison nicht den geforderten Abstand von 9,15 Meter einhält, kann der Schiedsrichter die Freistoß-Entfernung um dieselbe Distanz in Richtung des Tores verlegen. Der Weltfußball-Verband (FIFA) will sich mit dieser Änderung auf seiner nächsten Sitzung (9. 7.) befassen.

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere - das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Bestellen Sie die WELT im Abonnement. Dann haben Sie täglich einen Informationsvorsprung.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abendblatt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellchein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin ein weiteres der WELT. Der monatliche Beitrag beträgt DM 12,- (Ausland 35,-). Luftpostzuschlag auf Anfrage, anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Umschritt: _____
Ich habe das Recht, meine Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abendblatt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.
Unterschreiben: _____

TENNIS

Turnier von Wimbledon, Achtelfinale, Herren: Einzel - (CSR/3) Cash (Australien/1) 6:4, 7:6, 6:1; Curran (Südafrika/12) - Connors (USA/1) 6:3, 6:7, 6:3, 7:6; Lewis (Neuseeland/-) - Odior (Nigeria/-) 6:1, 6:3, 6:3; Mayer (USA/-) - Leach (USA/-) 6:1, 7:6, 8:1; Mayotte (USA/18) - McCurdy (Australien/-) 6:0, 6:2, 6:4; Tanner (USA/-) - van't Hof (USA/-) 6:2, 6:3, 6:3; Purcell (USA/-) - Gottfried (USA/13) 4:6, 6:3, 6:2, 6:2; McEnroe (USA/2) - Scanlon (USA/14) 7:5, 6:7, 7:8.

Im Viertelfinale spielen: Curran - Mayotte, Lewis - Purcell, Tanner - Leach, Mayer - McCurdy. Damen: Einzel - (USA/1) - Kohde (Deutschland/16) 6:1, 6:2; Vermaak (Südafrika/-) - Ruzici (Rumänien/13) 6:3, 6:2; Potter (USA/-) - Bonder (USA/-) 7:5, 6:4; King (USA/10) - Turnbull (Australien/15) 7:5, 6:3; Mundell (Südafrika/-) - Mandlikova (CSR) 6:7, 6:4, 6:4; Jordan (USA/-) - Rinaldi (USA/16) 6:3, 6:4; Wade (Großbritannien/-) - Pfaff (Deutschland) 3:6, 7:8, 7:5; Jaeger (USA/3) - Bassett (Kanada/-) 6:4, 6:3.

Die Ziffer hinter dem Herkunftsländ bedeutet die Position in der Startliste.

HOCKEY

Militär-WM in Köln, vierter Spieltag: Belgien - Frankreich 6:2, Pakistan - Deutschland 1:4, Niederlande - Nigeria 8:0.

MOTORSPORT

6. Lauf zur Rallye-Weltmeisterschaft in Neuseeland, Raddis: 1. Röhrl/Gelster (Deutschland), Lancia Rally, 12:10:12, 2. Salonen/Harjanne (Finnland), Nissan 240RS, 12:26:11, 3. Bettiga/Perissinot (Italien), Lancia Rally, 12:42:42. Stand der Fahrer-WM: 1. Röhrl 37 Pkt., 2. Mikko (Schweden), Audi Quattro, 65, 3. Alen (Finnland), Lancia Rally, 60.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1. 487 386,90 Mark, 2. 105 129,20, 3. 8003,60, 4. 142,80, 5. 70, 6. 3,30, 7. 6 aus 45: 1. unbesetzt, 2. unbesetzt, 3. 118 863,75, 4. 85,50, 5. 12,30, 6. 47,40, 7. 118 863,75, 8. 118 863,75, 9. 118 863,75, 10. 118 863,75, 11. 118 863,75, 12. 118 863,75, 13. 118 863,75, 14. 118 863,75, 15. 118 863,75, 16. 118 863,75, 17. 118 863,75, 18. 118 863,75, 19. 118 863,75, 20. 118 863,75, 21. 118 863,75, 22. 118 863,75, 23. 118 863,75, 24. 118 863,75, 25. 118 863,75, 26. 118 863,75, 27. 118 863,75, 28. 118 863,75, 29. 118 863,75, 30. 118 863,75, 31. 118 863,75, 32. 118 863,75, 33. 118 863,75, 34. 118 863,75, 35. 118 863,75, 36. 118 863,75, 37. 118 863,75, 38. 118 863,75, 39. 118 863,75, 40. 118 863,75, 41. 118 863,75, 42. 118 863,75, 43. 118 863,75, 44. 118 863,75, 45. 118 863,75, 46. 118 863,75, 47. 118 863,75, 48. 118 863,75, 49. 118 863,75, 50. 118 863,75, 51. 118 863,75, 52. 118 863,75, 53. 118 863,75, 54. 118 863,75, 55. 118 863,75, 56. 118 863,75, 57. 118 863,75, 58. 118 863,75, 59. 118 863,75, 60. 118 863,75, 61. 118 863,75, 62. 118 863,75, 63. 118 863,75, 64. 118 863,75, 65. 118 863,75, 66. 118 863,75, 67. 118 863,75, 68. 118 863,75, 69. 118 863,75, 70. 118 863,75, 71. 118 863,75, 72. 118 863,75, 73. 118 863,75, 74. 118 863,75, 75. 118 863,75, 76. 118 863,75, 77. 118 863,75, 78. 118 863,75, 79. 118 863,75, 80. 118 863,75, 81. 118 863,75, 82. 118 863,75, 83. 118 863,75, 84. 118 863,75, 85. 118 863,75, 86. 118 863,75, 87. 118 863,75, 88. 118 863,75, 89. 118 863,75, 90. 118 863,75, 91. 118 863,75, 92. 118 863,75, 93. 118 863,75, 94. 118 863,75, 95. 118 863,75, 96. 118 863,75, 97. 118 863,75, 98. 118 863,75, 99. 118 863,75, 100. 118 863,75, 101. 118 863,75, 102. 118 863,75, 103. 118 863,75, 104. 118 863,75, 105. 118 863,75, 106. 118 863,75, 107. 118 863,75, 108. 118 863,75, 109. 118 863,75, 110. 118 863,75, 111. 118 863,75, 112. 118 863,75, 113. 118 863,75, 114. 118 863,75, 115. 118 863,75, 116. 118 863,75, 117. 118 863,75, 118. 118 863,75, 119. 118 863,75, 120. 118 863,75, 121. 118 863,75, 122. 118 863,75, 123. 118 863,75, 124. 118 863,75, 125. 118 863,75, 126. 118 863,75, 127. 118 863,75, 128. 118 863,75, 129. 118 863,75, 130. 118 863,75, 131. 118 863,75, 132. 118 863,75, 133. 118 863,75, 134. 118 863,75, 135. 118 863,75, 136. 118 863,75, 137. 118 863,75, 138. 118 863,75, 139. 118 863,75, 140. 118 863,75, 141. 118 863,75, 142. 118 863,75, 143. 118 863,75, 144. 118 863,75, 145. 118 863,75, 146. 118 863,75, 147. 118 863,75, 148. 118 863,75, 149. 118 863,75, 150. 118 863,75, 151. 118 863,75, 152. 118 863,75, 153. 118 863,75, 154. 118 863,75, 155. 118 863,75, 156. 118 863,75, 157. 118 863,75, 158. 118 863,75, 159. 118 863,75, 160. 118 863,75, 161. 118 863,75, 162. 118 863,75, 163. 118 863,75, 164. 118 863,75, 165. 118 863,75, 166. 118 863,75, 167. 118 863,75, 168. 118 863,75, 169. 118 863,75, 170. 118 863,75, 171. 118 863,75, 172. 118 863,75, 173. 118 863,75, 174. 118 863,75, 175. 118 863,75, 176. 118 863,75, 177. 118 863,75, 178. 118 863,75, 179. 118 863,75, 180. 118 863,75, 181. 118 863,75, 182. 118 863,75, 183. 118 863,75, 184. 118 863,75, 185. 118 863,75, 186. 118 863,75, 187. 118 863,75, 188. 118 863,75, 189. 118 863,75, 190. 118 863,75, 191. 118 863,75, 192. 118 863,75, 193. 118 863,75, 194. 118 863,75, 195. 118 863,75, 196. 118 863,75, 197. 118 863,75, 198. 118 863,75, 199. 118 863,75, 200. 118 863,75, 201. 118 863,75, 202. 118 863,75, 203. 118 863,75, 204. 118 863,75, 205. 118 863,75, 206. 118 863,75, 207. 118 863,75, 208. 118 863,75, 209. 118 863,75, 210. 118 863,75, 211. 118 863,75, 212. 118 863,75, 213. 118 863,75, 214. 118 863,75, 215. 118 863,75, 216. 118 863,75, 217. 118 863,75, 218. 118 863,75, 219. 118 863,75, 220. 118 863,75, 221. 118 863,75, 222. 118 863,75, 223. 118 863,75, 224. 118 863,75, 225. 118 863,75, 226. 118 863,75, 227. 118 863,75, 228. 118 863,75, 229. 118 863,75, 230. 118 863,75, 231. 118 863,75, 232. 118 863,75, 233. 118 863,75, 234. 118 863,75, 235. 118 863,75, 236. 118 863,75, 237. 118 863,75, 238. 118 863,75, 239. 118 863,75, 240. 118 863,75, 241. 118 863,75, 242. 118 863,75, 243. 118 863,75, 244. 118 863,75, 245. 118 863,75, 246. 118 863,75, 247. 118 863,75, 248. 118 863,75, 249. 118 863,75, 250. 118 863,75, 251. 118 863,75, 252. 118 863,75, 253. 118 863,75, 254. 118 863,75, 255. 118 863,75, 256. 118 863,75, 257. 118 863,75, 258. 118 863,75, 259. 118 863,75, 260. 118 863,75, 261. 118 863,75, 262. 118 863,75, 263. 118 863,75, 264. 118 863,75, 265. 118 863,75, 266. 118 863,75, 267. 118 863,75, 268. 118 863,75, 269. 118 863,75, 270. 118 863,75, 271. 118 863,75, 272. 118 863,75, 273. 118 863,75, 274. 118 863,75, 275. 118 863,75, 276. 118 863,75, 277. 118 863,75, 278. 118 863,75, 279. 118 863,75, 280. 118 863,75, 281. 118 863,75, 282. 118 863,75, 283. 118 863,75, 284. 118 863,75, 285. 118 863,75, 286. 118 863,75, 287. 118 863,75, 288. 118 863,75, 289. 118 863,75, 290. 118 863,75, 291. 118 863,75, 292. 118 863,75, 293. 118 863,75, 294. 118 863,75, 295. 118 863,75, 296. 118 863,75, 297. 118 863,75, 298. 118 863,75, 299. 118 863,75, 300. 118 863,75, 301. 118 863,75, 302. 118 863,75, 303. 118 863,75, 304. 118 863,75, 305. 118 863,75, 306. 118 863,75, 307. 118 863,75, 308. 118 863,75, 309. 118 863,75, 310. 118 863,75, 311. 118 863,75, 312. 118 863,75, 313. 118 863,75, 314. 118 863,75, 315. 118 863,75, 316. 118 863,75, 317. 118 863,75, 318. 118 863,75, 319. 118 863,75, 320. 118 863,75, 321. 118 863,75, 322. 118 863,75, 323. 118 863,75, 324. 118 863,75, 325. 118 863,75, 326. 118 863,75, 327. 118 863,75, 328. 118 863,75, 329. 118 863,75, 330. 118 863,75, 331. 118 863,75, 332. 118 863,75, 333. 118 863,75, 334. 118 863,75, 335. 118 863,75, 336. 118 863,75, 337. 118 863,75, 338. 118 863,75, 339. 118 863,75, 340. 118 863,75, 341. 118 863,75, 342. 118 863,75, 343. 118 863,75, 344. 118 863,75, 345. 118 863,75, 346. 118 863,75, 347. 118 863,75, 348. 118 863,75, 349. 118 863,75, 350. 118 863,75, 351. 118 863,75, 352. 118 863,75, 353. 118 863,75, 354. 118 863,75, 355. 118 863,75, 356. 118 863,75, 357. 118 863,75, 358. 118 863,75, 359. 118 863,75, 360. 118 863,75, 361. 118 863,75, 362. 118 863,75, 363. 118 863,75, 364. 118 863,75, 365. 118 863,75, 366. 118 863,75, 367. 118 863,75, 368. 118 863,75, 369. 118 863,75, 370. 118 863,75, 371. 118 863,75, 372. 118 863,75, 373. 118 863,75, 374. 118 863,75, 375. 118 863,75, 376. 118 863,75, 377. 118 863,75, 378. 118 863,75, 379. 118 863,75, 380. 118 863,75, 381. 118 863,75, 382. 118 863,75, 383. 118 863,75, 384. 118 863,75, 385. 118 863,75, 386. 118 863,75, 387. 118 863,75, 388. 118 863,75, 389. 118 863,75, 390. 118 863,75, 391. 118 863,75, 392. 118 863,75, 393. 118 863,75, 394. 118 863,75, 395. 118 863,75, 396. 118 863,75, 397. 118 863,75, 398. 118 863,75, 399. 118 863,75, 400. 118 863,75, 401. 118 863,75, 402. 118 863,75, 403. 118 863,75, 404. 118 863,75, 405. 118 863,75, 406. 118 863,75, 407. 118 863,75, 408. 118 863,75, 409. 118 863,75, 410. 118 863,75, 411. 118 863,75, 412. 118 863,75, 413. 118 863,75, 414. 118 863,75, 415. 118 863,75, 416. 118 863,75, 417. 118 863,75, 418. 118 863,75, 419. 118 863,75, 420. 118 863,75, 421. 118 863,75, 422. 118 863,75, 423. 118 863,75, 424. 118 863,75, 425. 118 863,75, 426. 118 863,75, 427. 118 863,75, 428. 118 863,75, 429. 118 863,75, 430. 118 863,75, 431. 118 863,75, 432. 118 863,75, 433. 118 863,75, 434. 118 863,75, 435. 118 863,75, 436. 118 863,75, 437. 118 863,75, 438. 118 863,75, 439. 118 863,75, 440. 118 863,75, 441. 118 863,75, 442. 118 863,75, 443. 118 863,75, 444. 118 863,75, 445. 118 863,75, 446. 118 863,75, 447. 118 863,75, 448. 118 863,75, 449. 118 863,75, 450. 118 863,75, 451. 118 863,75, 452. 118 863,75, 453. 118 863,75, 454. 118 863,75, 455. 118 863,75, 456. 118 863,75, 457. 118 863,75, 458. 118 863,75, 459. 118 863,75, 460. 118 863,75, 461. 118 863,75, 462. 118 863,75, 463. 118 863,75, 464. 118 863,75, 465. 118 863,75, 466. 118 863,75, 467. 118 863,75, 468. 118 863,75, 469. 118 863,75, 470. 118 863,75, 471. 118 863,75, 472. 118 863,75, 473. 118 863,75, 474. 118 863,75, 475. 118 863,75, 476. 118 863,75, 477. 118 863,75, 478. 118 863,75, 479. 118 863,75, 480. 118 863,75, 481. 118 863,75, 482. 118 863,75, 483. 118 863,75, 484. 118 863,75, 485. 118 863,75, 486. 118 863,75, 487. 118 863,75, 488. 118 863,75, 489. 118 863,75, 490. 118 863,75, 491. 118 863,75, 492. 118 863,75, 493. 118 863,75, 494. 118 863,75, 495. 118 863,75, 496. 118 863,75, 497. 118 863,75, 498. 118 863,75, 499. 118 863,75, 500. 118 863,75, 501. 118 863,75, 502. 118 863,75, 503. 118 863,75, 504. 118 863,75, 505. 118 863,75, 506. 118 863,75, 507. 118 863,75, 508. 118 863,75, 509. 118 863,75, 510. 118 863,75, 511. 118 863,75, 512. 118 863,75, 513. 118 863,75, 514. 118 863,75, 515. 118 863,75, 516. 118 863,75, 517. 118 863,75, 518. 118 863,75, 519. 118 863,75, 520. 118 863,75, 521. 118 863,75, 522. 118 863,75, 523. 118 863,75, 524. 118 863,75, 525. 118 863,75, 526. 118 863,75, 527. 118 863,75, 528. 118 863,75, 529. 118 863,75, 530. 118 863,75, 531. 118 863,75, 532. 118 863,75, 533. 118 863,75, 534. 118 863,75, 535. 118 863,75, 536. 118 863,75, 537. 118 863,75, 538. 118 863,75, 539. 118 863,75, 540. 118 863,75, 541. 118 863,75, 542. 118 863,75, 543. 118 863,75, 544. 118 863,75, 545. 118 863,75, 546. 118 863,75, 547. 118 863,75, 548. 118 863,75, 549. 118 863,75, 550. 118 863,75, 551. 118 863,75, 552. 118 863,75, 553. 118 863,75, 554. 118 863,75, 555. 118 863,75, 556. 118 863,75, 557. 118 863,75, 558. 118 863,75, 559. 118 863,75, 560. 118 863,75, 561. 118 863,75, 562. 118 863,75, 563. 118 863,75, 564. 118 863,75, 565. 118 863,75, 566. 118 863,75, 567. 118 863,75, 568. 118 863,75, 569. 118 863,75, 570. 118 863,75, 571. 118 863,75, 572. 118 863,75, 573. 118 863,75, 574. 118 863,75, 575. 118 863,75, 576. 118 863,75, 577. 118 863,75, 578. 118 863,75, 579. 118 86

Kohl Rom: Die nicht B... der Ver...

Mittwoch, 29. Juni 1983
Nr. 148

WELT DER WIRTSCHAFT

مكتبة الامم

Geschäfte mit Waffen

J. Sch. (Paris) - Im Export von zivilen Gütern ist Frankreich unter den Sozialisten vom dritten auf den fünften bis sechsten Platz der Welt rangierte zurückgefallen. Beim Waffenexport hingegen hat es seine dritte Position nach den USA und der Sowjetunion fest behauptet. Dabei konnte der Weltmarktanteil von 8,9 Prozent 1981 auf 9,7 Prozent 1982 verbessert werden, wie dem Jahresbericht des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI zu entnehmen ist.

Dies überrascht deshalb, weil Premierminister Mauroy im Juni 1981 erklärt hatte, die neue Regierung würde für einen Abbau des Waffenexports sorgen. Auf dem anschließenden Luftfahrtsalon in Paris ließ Präsident Mitterrand sogar für seinen Besuch alle Kriegsfugzeuge entfallen. Allerdings wurden gleich danach die Bomben und Raketen auch unter den Mirages wieder angebracht oder schießend davor gestapelt.

Heute nehmen die französischen Sozialisten trotz ihrer antimilitaristischen Wahlsprüche am Waffenexport kaum noch Anstoß. Ökonomische Überlegungen haben ethische Bedenken verdrängt. Schließlich beschäftigt die Waffenindustrie des Landes 300 000 Personen und unterstützt damit, wie es jetzt heißt, den Kampf der Regierung gegen die Arbeitslosigkeit.

Vor allem aber bringt der Waffenexport Devisen - 1982 für 25

Milliarden Franc. Ohne sie wäre das französische Handelsbilanzdefizit um ein Viertel höher ausgefallen. In diesem Jahr dürfte der Waffenbeitrag noch stärker ins Gewicht fallen. 1982 waren für 42 Milliarden Franc Auslandsaufträge verbucht worden.

Dies allerdings in verstärktem Maße gegen hohe staatlich subventionierte Kredite an mehr insolvente Länder. So kann sich die sozialistische Waffenexportpolitik letztlich doch als sehr kostspielig erweisen.

Volkssport

bat. - Der Beginn hat sich in diesem Jahr zwar um eine Woche verzögert, dann aber machten es die heißen Tage zum Sommerbeginn möglich: Mit Vehemenz konnte die Erdbeerernte einsetzen. Was in früheren Zeiten weitgehend Privileg von Kleingärtnern war, ist längst zum Volkssport geworden. Vor allem an den Wochenenden ziehen ganze Sippen von Großstädtern auf die Felder der Selbstpflekt-Plantagen, eine Art Trimm-dich-Aktion mit lukrativem wirtschaftlichen Hintergrund. Preisgünstig lassen sich hier die Früchte ernten, da die Plantagenbesitzer die Löhne für die Pflückkolonnen sparen. Allein am Rand der westfälischen Städte und vor allem des Ruhrgebietes werden Erntebauern zum Selbstpflekt auf rund 1000 Hektar Anbaufläche angeboten. Die erwartete Erntemenge von mindestens 8 Millionen Kilogramm deckt die Gesamtnachfrage voraussichtlich etwa zur Hälfte, eine durchaus erfreuliche Prognose. Und: Die Selbstpflektler bekommen Spaß und verlieren Pfunde.

Ungelöste Handelskonflikte

Von FRED de la TROBE, Tokio

Japans Wirtschaftspolitik erkennen die Engpässe und Gefahren auf dem Kurs voraus, zaudern aber oft, das Ruder entsprechend herumzuwerfen. Dieser Eindruck entsteht bei der Durchsicht des gerade veröffentlichten Weißbuches zum internationalen Handel 1983 des Ministeriums für Außenhandel und Industrie, kurz unter Miti bekannt. Diesem Rechenschaftsbericht zufolge schloß Japan im Jahresvergleich 1982/83 mit einem Aktivsaldo von umgerechnet 49 Milliarden Mark und die Leistungsbilanz mit einem Überschuss von 17 Milliarden Mark ab.

Nach den Voraussagen maßgebender Regierungsbeamter wie dem Gouverneur der Bank von Japan, Maekawa, werden diese Saldo 1983 auf 75 Milliarden und 50 Milliarden Mark anschwellen. Schon in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ergab sich ein Mehrbetrag bei den Exporten gegenüber den Importen von 27,5 Milliarden Mark. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in diesem Zeitraum betrug 2,1 Prozent, wurde hauptsächlich von der Zunahme der Exporten getragen.

Für die immer größere Kluft zwischen den Exporten und Importen werden neben den wieder steigenden Ausfuhrkosten auch wesentliche Gründe in den ersten fünf Monaten dieses Jahres angegeben: um etwa 15 Milliarden Mark geringere Öleinfuhren und um fünf Milliarden Mark niedrigere Erzeugnisse der Kohlenindustrie.

Die Entwicklung in den ersten fünf Monaten dieses Jahres stand jedoch vielfach im Gegensatz zu diesen Anhaltungen. Die nachfolgende Tabelle zeigt, daß das starke Sparprogramm zielt auf eine Einsparung bei den öffentlichen Ausgaben ab.

Neue Maßnahmen zur Liberalisierung der Importe sind unbedeutend geblieben, und andere beachtliche Schritte zur Förderung der Einfuhren - wie Steuer- und

Finanzleichterungen sowie Absatzförderungsprogramme für Ausländer - sollen meist erst im nächsten Jahr verwirklicht werden.

Die Verfasser des Miti-Weißbuches legen den Finger auch auf die ungünstigen Währungsverhältnisse auf die japanische Handelsstruktur. Die fortgesetzte Schwäche des Yen hat die Preise der Importe künstlich hoch gehalten und die Realienkomponenten der Konsumten vermindert. Hier wird ein wesentlicher Grund für die schwache Inlandnachfrage gesehen. In dieser Situation ist auch eine Diskontinuität, die zur Ankurbelung der Konjunktur beitragen würde, nicht zu verzeichnen. Denn ein noch niedrigeres Zinsniveau würde den Yen weiter schwächen.

Ein starker Yen würde Japans Exporte bremsen und die Importe steigern. Die Hauptursachen der Unterbewertung der japanischen Währung und der unkontrollierten Wechselkursveränderungen sind dem Weißbuch zufolge die amerikanischen Handelspolitiken. Die Parität eines Dollars beträgt 238 Yen, vor einem Jahr waren es 242 Yen.

Das höhere Zinsniveau in den Vereinigten Staaten hat zu einem starken Kapitalabfluß aus Japan geführt. Das Defizit der japanischen Kapitalverkehrsbilanz belief sich 1982 auf 37,5 Milliarden Mark, in den ersten vier Monaten dieses Jahres waren es 12,7 Milliarden Mark. Außer der Forderung nach konzertierten Aktionen mit den USA und anderen westlichen Ländern für ein stabileres internationales Währungsgefüge hat das Miti keine Rezepte für einen stärkeren Yen angedeutet.

Das Weißbuch verteidigt auch Japans Industriepolitik, die amerikanische Politiker und Wirtschaftsführer wegen der Förderung von Bereichen mit hohen technischen Zukunftsaussichten und strukturell schwachen Branchen scharf angegriffen haben. Damit käme es zu Wettbewerbsverzerrungen. Außerdem würden Maßnahmen zur Liberalisierung der Einfuhren untergraben, behaupten die Amerikaner.

Das Miti hält dem entgegen, daß sich diese Politik im Rahmen üblicher internationaler Regeln und Prinzipien wie des Gatt oder der OECD hält. Die stärksten Anstöße zur Entwicklung moderner Technologien kämen aus der Privatwirtschaft. Die Regierung greife vor allem dort ein, wo die großen finanziellen Anforderungen und hohe Risiken die Kräfte des privaten Sektors übersteigen.

BUNDESHAUSHALT 1984 / Kabinett entscheidet über Entwurf des Finanzministers

Stoltenberg will die Subventionen ständig prüfen und gezielt kürzen

HEINZ HECK, Bonn
Das Bundeskabinett verabschiedet heute den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1984 mit einem Ausgabevolumen von 257,75 Milliarden Mark. Gegenüber dem Soll für 1983 von 253,2 Milliarden entspricht dies einer Steigerung von nur 1,8 Prozent. Abgesehen von 1983 (minus 3,3 Prozent) und 1988 (plus 1,5 Prozent) ist dies die niedrigste Steigerungsrate in den letzten Jahrzehnten.

Trotz der erheblichen Sparanstrengungen in Milliardenhöhe geht Finanzminister Stoltenberg bis auf zwei offene Punkte mit einem unstrittigen Entwurf ins Kabinett. Da entsprechend den Grundsatzen des Haushalts von 18. Mai keine neuen Planstellen oder -anhebungen bewilligt werden sollen, wird er auch für die Forderung des Bundespräsidenten keine Ausnahme machen. Ein weiterer strittiger Punkt ist die Steigerungsrate bei der Sozialhilfe, die Stoltenberg im Wege einer Übergangsregelung auf 1,5 Prozent begrenzen will. Die von den Gemeinden zu zahlende Sozialhilfe ist von 1970 bis 1981 dem Volumen nach auf rund das 4,5-fache gestiegen. Familienminister Geißler ist jedoch mit dieser Begrenzung nicht einverstanden und legt heute einen Alternativvorschlag vor, der zu Steigerungsraten von zwei bis drei Prozent führen würde.

Wie berichtet, enthält der Entwurf über die Ansätze im Finanzplan hinaus zusätzliche wachstumsfördernde Ausgaben mit einem Gesamtvolumen von rund 1,5 Milliarden Mark; davon 600 Millionen für Stahl, rund 210 Millionen für die Verbesserung der Ausbildungssituation der Jugend, 65 Millionen für Bundeswasserstraßen, 15 Millionen für Zonenrandförde-

Mark oder gut 13 Prozent. Steuer- und Subventionsmaßnahmen um drei Milliarden oder knapp neun Prozent (rund die Hälfte zugunsten des Bundes). Für den Bundeshaushalt 1984 bedeutet dies eine Gesamtentlastung von rund 3,5 Milliarden Mark. "Vorrangig vor dem Hintergrund beschäftigungspolitischer Erfordernisse" müsse der Subventionsabbau in der heutigen Wirtschaftslage gesehen werden. So seien zum Beispiel für Stahl und Wohnungsbau sogar vorübergehende "deutliche" Subventionserhöhungen geboten. Die Abkehr von "Ressortprinzip" einer linearen Kürzung kommt in folgenden Forderungen zum Ausdruck: "Nur durch sorgfältige Prüfung im Einzelfall kann entschieden werden, ob eine Subvention noch als berechtigt anzusehen ist oder nicht."

Ansatzpunkte für den Subventionsabbau im "84er Haushalt sind die landwirtschaftlichen Unfallversicherung (stufenweiser Abbau bis 1986), die Landabgaberechte und die Heizenergieeinsparung (Steuererleichterungen werden modifiziert fortgesetzt). Hinzu kommen Einschränkungen im Schwermetallrecht (Kfz-Steuerbefreiung und die unentgeltliche Beförderung von Schwermetallen für Krisenfälle) und beim Baubereich.

Zusammen mit dem Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung verabschiedet das Kabinett heute auch das Steuerentlastungsgesetz und das Haushaltsbegleitgesetz 1984.

US-ZINSEN

Finanzmärkte rechnen mit Anhebung der Prime Rate

H.A. SIEBERT, Washington
An den US-Finanzmärkten verdrängen sich die Gerüchte, daß die Prime Rate, der Leitindex der amerikanischen Geschäftsbanken, in Kürze wieder auf elf Prozent angehoben wird. Seit Ende Februar hat sich der Zinssatz für kurzfristige Kredite an erste Adressen bei 10,5 Prozent eingependelt, nachdem er zuvor in zwölf Monaten um sechs Prozent gesunken war. Alle Versuche kleinerer Institute, die Prime Rate weiter zu drücken, scheiterten am Widerstand der Großbanken.

Begründet wird der bevorstehende Zinssanstieg mit dem wachsenden Inflationsgefahr, die aus dem stark beschleunigten Konjunkturaufschwung resultieren. Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington nimmt das US-Bruttosozialprodukt im zweiten Quartal 1983 real um 6,6 Prozent zu, verglichen mit 2,6 Prozent in der Januar-März-Periode und minus 1,7 Prozent im Gesamtjahr 1982. In der Behörde selbst mehren sich die Stimmen, die das Wachstumstempo von April bis Juni inoffiziell bereits auf acht bis zehn Prozent veranschlagen.

Um eine Überhitzung der US-Wirtschaft zu vermeiden, sei das Notenbanksystem gezwungen, auf die Kreditvergabe zu treten. Die Notenbank selbst mehren sich die Stimmen, die das Wachstumstempo von April bis Juni inoffiziell bereits auf acht bis zehn Prozent veranschlagen. Nach heftiger Diskussion wird die

ses Aggregat in den USA bei der Beurteilung der Geldbewegungen wieder für ausschlaggebend gehalten.

Folgt man Experten an der Wall Street, dann "verläuft die wirtschaftliche Erholung doppelt so schnell wie vom Federal Reserve Board gewünscht". Nach Ansicht von Vertretern der Bank of America verschlechtern sich die inflationären Erwartungen rapide, wenn das US-Notenbanksystem noch lange mit der Eindämmung der Geldflut wartet. An der Wall Street wird darauf hingewiesen, daß die Anleger nur noch unwillig zugreifen, wenn die Treasury Schuldverschreibungen versteigert.

Für ein Anheben der Prime Rate sprechen, so die Mellon Bank, auch die höheren Finanzierungskosten der Kreditinstitute. So kosten Commercial Paper inzwischen wieder neun, Savings Certificates 9,27, Banker Acceptances 9,20 und die besonders wichtigen Certificates of Deposit ebenfalls 9,20 Prozent. Die Tendenz ist steigend. Dreimonatige Treasury Bills haben sich seit dem 15. Juni von 8,73 auf 8,84 Prozent verteuert. Wie Henry Kaufman von Salomon Brothers kürzlich voraussagte, kann Notenbanktagelgeld auf zehn (Mat 0,5) Prozent ansteigen. Das Risiko schwingt bereits zwischen 9,14 und 9,25 Prozent. Hinzu kommt, daß in den USA die Nachfrage nach Geschäftskrediten wieder steigt. Angesichts der enormen Defizitfinanzierung - am Montag verkaufte das Schatzamt 12,4, vergangene Woche 14,3 Milliarden Dollar - droht nun ein Aufeinanderprallen des staatlichen und privaten Geldbedarfs.

AUF EIN WORT



„Früher hat das Ruhrgebiet für ganz Deutschland gearbeitet. Heute muß Deutschland Arbeit ins Ruhrgebiet bringen. Die Menschen hier warten darauf, zupacken zu können.“
Prof. Karl Carstens, Bundespräsident
FOTO: WERK

Handel mit „DDR“ ungleichgewichtig

Der innerdeutsche Handel hat sich in den ersten fünf Monaten des Jahres ausgesprochen ungleichgewichtig entwickelt. Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahmen die Einfuhren in die „DDR“ und nach Ostberlin gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres auf 3,4 Milliarden Mark und damit um 35 Prozent zu, während die Bezüge aus der „DDR“ um ein Prozent niedriger bei 2,73 Milliarden Mark lagen.

Für den Monat Mai ergab sich ein Gesamtwert der Lieferungen von 890 Millionen Mark - das ist eine Zunahme um 42 Prozent oder 201 Millionen Mark gegenüber März 1982, während sich die Bezüge lediglich um zwölf Prozent oder 63 Millionen Mark auf 582 Millionen Mark erhöhten.

ARABIEN

Deutscher Außenhandel im ersten Quartal geschrumpft

Der deutsche Außenhandel mit den arabischen Staaten ist im ersten Quartal dieses Jahres deutlich geschrumpft. Nach der jüngsten Übersicht des Hamburger Nah- und Mittelostvereins gingen die Einfuhren gegenüber dem ersten Quartal 1982 um 47,2 Prozent auf rund 2,35 Milliarden Mark zurück. Die deutschen Ausfuhr verringerten sich dagegen nur um 12,8 Prozent auf rund 5,85 Milliarden Mark, so daß sich der Außenhandelsüberschuss von rund 2,26 auf 3,50 Milliarden Mark erhöhte.

Während bei sinkenden Ölpreisen und nachlassender Nachfrage die Einfuhren aus Saudi-Arabien, dem wichtigsten Handelspartner unter den arabischen Staaten, um 59,8 Prozent auf 1,24 Milliarden Mark zurückgingen, erhöhten sich im Berichtszeitraum die Einfuhren aus Irak um 344,1 Prozent auf 291 Millionen Mark. Deutliche Einfuhrsteigerungen wurden auch mit

Syrien (plus 297,5 Prozent auf 26 Millionen) und Kuwait (plus 65,7 Prozent auf 232 Millionen Mark) erzielt.

Dagegen konnten die deutschen Exporte das Ausfuhrniveau mit Saudi-Arabien halten. In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden Waren im Wert von rund 2,05 Milliarden Mark ausgeführt. Dies entspricht einer Steigerung um 0,1 Prozent. Dagegen gingen die Lieferungen nach Irak als zweitwichtigstes Exportland um 35,5 Prozent auf 1,59 Milliarden Mark zurück. Nach Ägypten konnten die Ausfuhr um 19,5 Prozent auf 804 Millionen Mark gesteigert werden.

Unter Einschluss weiterer Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (Afghanistan, Iran, Israel, Pakistan, Türkei und Zypern) ergab sich ein Rückgang der Einfuhren um 29 Prozent auf 3,83 Milliarden Mark. Eine deutliche Belebung des Handels ist mit Iran festzustellen.

STAHLINDUSTRIE

Lambsdorff begrüßt die Vorschläge der SPD-Fraktion

HEINZ HECK, Bonn
Aussgesprochen positiv hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff das Zehn-Punkte-Programm der SPD-Fraktion zur Neuordnung in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie aufgenommen. Dies gelte unter anderem für die Grundsatze der Erhaltung von Stahlstandorten im Kern der Leistungsfähigkeit der Stahlindustrie, der Ablehnung einer marktbeherrschenden Stahlindustrie und der Förderung der Hilfen nach dem Subsidiaritätsprinzip.

Die Bundesregierung sehe „ihre Politik zur Verlängerung der Krisenregelung in der EG und zur Aufrechterhaltung der Mengen- und Preisstabilität durch das Votum der SPD-Fraktion voll bestätigt.“

Dagegen sieht Lambsdorff in der Forderung, Hilfen dann als Kapitalbeteiligung zu gewähren, wenn sie über den Rahmen des Stahlinvestitionszulassungsgesetzes hinausgehen, „erste Schritte zur Verstaatlichung“.

Dissens meldet Lambsdorff auch gegenüber einigen Schlußfolgerungen der SPD an. Die geplanten drei Milliarden Mark öffentlichen Beiträge für die Neuordnung und Strukturverbesserung der Stahlunternehmen, „diese können und werden die ihnen zufließenden Hilfen für die Umstrukturierung einsetzen. Das haben alle Unternehmen bestätigt.“ Lambsdorff ist zuversichtlich, daß „die sich nunmehr abzeichnenden Lösungen eine deutliche Verbesserung der Struktur und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Stahlindustrie brächten, auch wenn sie in vielen Fällen durchaus noch als verbesserungsfähig angesehen werden könnten.“

GROSSBRITANNIEN / Großes Interesse an Börseneinführung der Agentur Reuters

Unabhängigkeit soll erhalten bleiben

WILHELM FURLER, London
Spätestens im Herbst dieses Jahres wird die Londoner City eine Börseneinführung besonderer Art erleben. Es handelt sich um die internationale Nachrichtenagentur Reuters, deren Schritt an die Börse weitestgehend Interesse findet. Reuters hat in den letzten Jahren die Ertragslage beträchtlich verbessert. Im letzten Geschäftsjahr erreichte der Unternehmensgewinn 36 Millionen Pfund, zum heutigen Kurs umgerechnet gut 140 Millionen Mark, bei einem Umsatz von 200 Millionen Pfund (800 Millionen Mark). Der Börsenwert der Nachrichtenagentur wird von Börsenanalysten auf bis zu 1,5 Milliarden Pfund (sechs Milliarden Mark) geschätzt.

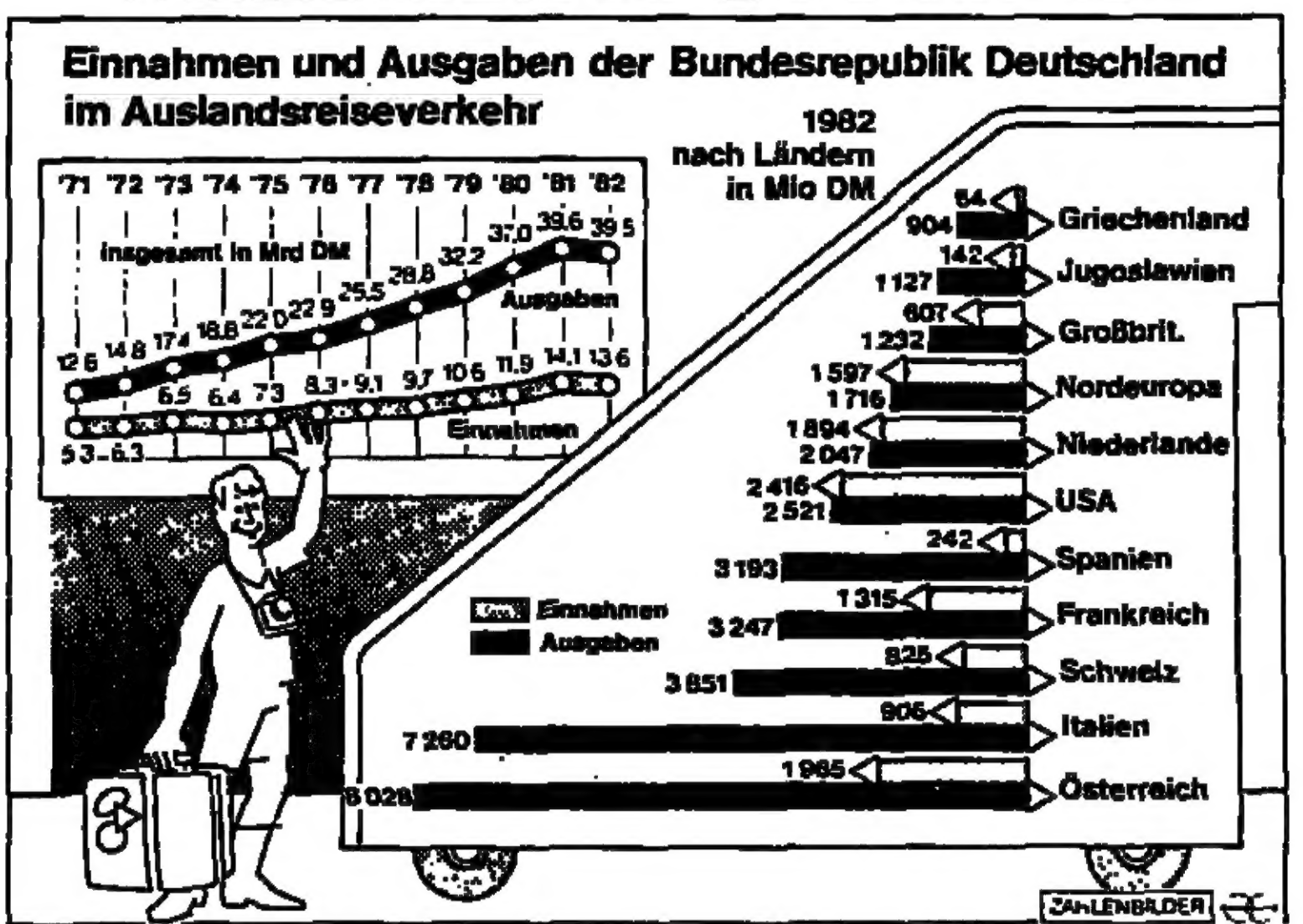
Die Besitzverhältnisse bei Reuters sind einigermaßen kompliziert. 41 Prozent der Reuters-Anteile liegen in Händen der britischen Presse, verwaltert in einem Trust durch den britischen Zeitungsverlegerverband. An diesem Paket sind die

einzelnen Zeitungshäuser durch ein Punktsystem beteiligt. So entfällt auf die Express-Zeitungsgruppe insgesamt ein zwölfpromiger Anteil. Weitere 41 Prozent gehören der inländischen Nachrichtenagentur Press Association, an der wiederum etliche Zeitungsverlage beteiligt sind. Der Rest verteilt sich auf australasiatische Verlage, die zum großen Teil ohnehin mit Fleet Street verflochten sind.

Lediglich ein wieder einmal entflammter Zwiß zwischen den beiden Verlegern Lord Matthews, Inhaber der Express-Zeitungsgruppe, und seinem Erzrivalen Lord Rothermere (Daily Mail-Gruppe) über die genaue Aufspaltung ihrer Reuters-Anteile hat eine endgültige Entscheidung über die Börsennotierung vorerst verhindert.

Bereits 1849 gründete der in Kasel geborene Israel Beer Josephat, der 1871 geädelt wurde und dann den Namen Paul Julius Freiherr von Reuters führte, in Aachen eine Nachrichtenagentur. Seit 1851 ist

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland weist die Leistungsbilanz der Bundesrepublik ein traditionell hohes Defizit auf. Dazu trägt vor allem der Auslandsreiseverkehr bei, denn alljährlich reisen weit mehr deutsche Touristen ins Ausland als Ausländer ins Bundesgebiet. So gaben die deutschen Auslandsreisenden 1982 knapp 40 Milliarden Mark jenseits der Grenzen aus, während ausländische Touristen und Geschäftsreisende lediglich 14 Milliarden hereinbrachten.

Mailand: Wahlergebnis führte zu Panikverkäufen

Mailand (AP) - Die bisher schwerste Wahlschlappe der Christlich-Demokratischen Partei Italiens hat am Dienstag an der Mailänder Börse zu panikartigen Verkäufen geführt und am Devisenmarkt auch die italienische Lira unter starken Druck gesetzt. Die Aktienkurse fielen um durchschnittlich zehn Prozent. Die Verkaufswelle erfaßte praktisch alle Titel, vor allem aber auch Spitzenwerte wie Montedison, Fiat und SNIA Viscosa. In der ersten Stunde nach Börseneröffnung büßte der Marktindex in Mailand nahezu die Hälfte seines Zuwachses seit Jahresbeginn ein. Der Kurs des amerikanischen Dollars, der am Montag mit 1491,95 Lire seinen tiefsten Stand seit Beginn des Jahres erreichte, schoß zu Beginn des Devisenhandels am Dienstag auf 1515 Lire empor.

Keine Zollfreiheit

Karlsruhe (dpa/VWD) - Die Zollfreiheit zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik gilt nicht für Waren, die aus Drittländern über die „DDR“ eingeschleust werden. In einem Bundesgerichtshofs (BGH) veröffentlichten Urteil wurde jetzt ein juristischer Schlußstrich unter eine Reihe von Fällen gezogen, die von der Ausnutzung der politischen Eigenheiten des geteilten Deutschlands und dabei vor allem vom innerdeutschen Handel mit seinen Besonderheiten gelebt hatten.

Polen-Umschuldung

Zürich (AP) - Vertreter westlicher Gläubigerbanken sind am Dienstag in Zürich mit einer Delegation Polens zu weiteren Umschuldungsgesprächen zusammengetroffen. Dies bestätigte ein Sprecher des Schweizerischen Bankvereins (SBV) auf Anfrage. In Bankkreisen rechnete man nicht mit einem raschen Durchbruch bei den Gesprächen, die zehn Tage zuvor in Wien unterbrochen worden waren.

Brasilien: Geheimplan?

New York (VWD) - Über die Existenz eines geheimen Notfallplans, den der Leiter des Federal Reserve Board (FED) Paul Volcker entwickelt haben und der bei einer Verzugserklärung Brasiliens zum Schutz der dann betroffenen US-Großbanken aktiviert werden soll, berichtet „Executive Intelligence Review“ (EIR). Unter Bezugnahme auf hochrangige Beamten in Washington, der Zugang zur internen

Multis müssen mehr zahlen

Washington (AP) - Multinationale Konzerne, die in den USA ihren Sitz haben, müssen nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten künftig als Einheit angesehen werden. Der Staat Kalifornien bestritt deshalb die Firmen nach den in den USA erzielten Gewinnen.

FAG KUGELFISCHER / Im Jubiläumsjahr wird Familiengesellschaft umgewandelt

Größe bedingt breitere Kapitalbasis

DANKWARD SETZ, München. Genau 100 Jahre hat die FAG Kugelfischer Georg Schäfer & Co., Schweinfurt als reines Familienunternehmen alle Höhen und Tiefen durchgestanden. Ausgerechnet im Jubiläumsjahr überschreitet nun der traditionsbewusste Familienclan mit dem Entschluß, sich zum Start ins zweite Jahrhundert zu einem erheblichen Teil aus dem Unternehmen zurückzuziehen und den Weg zu einer Publikums-Gesellschaft freizumachen. Die bisher als KG geführte Mutter des Kugelfischer-Konzerns wurde jetzt, wie Seniorchef Otto Schäfer vor der Presse mitteilte, rückwirkend zum 1. Januar 1983 in eine KGaA umgewandelt.

Um, wie vorgesehen, Anfang 1985 an die Börse gehen zu können, sind folgende Schritte geplant: Bis zum Jahresende 1983 wird das Aktienkapital (105 Mrd. DM) noch voll im Besitz der Familie Schäfer bleiben. Dann werden sich im Rahmen einer Kapitalerhöhung – gedacht wird an eine Größenordnung von 50 bis 70 Mrd. DM – an FAG vier Banken beteiligen, und zwar die Bayerische Vereinsbank, die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, die Dresdner Bank sowie die Commerzbank. Um Kursprüfungen zu vermeiden, ist diese Kapitalerhöhung, so Schäfer, zu pari geplant. Zur Börseneinführung sollen dann die Banken die von ihnen gehaltenen Aktien auf einem breiten Publikum zum Kauf anbieten.

Zu welchem Kurs die FAG-Aktie angeboten werden könnte, darüber wollte sich Schäfer ebenso wenig äußern, wie über die geplante künftige Kapitalausstattung des Unternehmens. „Wir möchten gerne“, so Schäfer, „ein vernünftiges

und angemessenes Eigenkapital und hoffen, ein reizvolles Papier auf den Markt bringen zu können.“ Beiläufig wurde jedoch angedeutet, daß an eine Eigenkapitalquote von etwa 20 Prozent der Bilanzsumme (1,58 Mrd. DM) gedacht wird, was bedeuten würde, daß die Aktie zu einem Kurs von 800 Prozent angeboten werden müßte.

Auch wenn sich die Familie Schäfer jetzt weitgehend aus der Unternehmensleitung zurückzieht, will sie künftig die Kapitalmehrheit und damit entscheidenden Einfluß behalten. Seniorchef Otto Schäfer wird wie sein Sohn Otto und sein Neffe Georg in den Aufsichtsrat eintreten und dessen Vorsitz übernehmen. Sein Neffe Fritz Schäfer wird als persönlich haftender Gesellschafter die Geschäfte bei der FAG KGaA leiten.

Den Umwandlungsbeschlüssen begründete Schäfer damit, daß FAG in eine Größenordnung hineingewachsen sei, die eine breitere Kapitalbasis notwendig mache. Dies vor allem auch deshalb, um die künftigen Investitionsvorhaben abzusichern. Liquidität alleine habe man genügend zur Verfügung gehabt. Daß man allerdings in den letzten Jahren unter den hohen Zinsen zu leiden hatte, wird eingestanden. In der konsolidierten Bilanz 1982 stehen immerhin noch kurz- und langfristige Bankschulden mit 694 (758) Mrd. DM zu Buche.

Deutlicher wird das der neue Sprecher der Geschäftsführung, Fritz Schäfer. Ziel des Unternehmens sei wie in der Vergangenheit die Wachstumsrate von 3,5 Prozent. Da aber der Weltmarkt gesättigt sei und nur noch real um bis zu 1 Prozent wachse, könne

dieses Ziel nur durch Produktivitätssteigerung und stärkere Diversifikation erreicht werden. Schon heute entfalle ein Viertel des Umsatzes auf Diversifikationsprodukte; dieser Anteil soll in sechs Jahren bei etwa einem Drittel liegen. Eine Basis dafür sei der Investitionsplan, der Ausgaben bis 1988 in Höhe von rund 750 Mrd. DM (1977 bis 1982: 690 Mrd. DM) vorsieht.

Nach dem schweren Jahr 1982 sieht Schäfer jetzt „ermutigende Anzeichen für eine Konjunkturbesserung“ vor allem im zweiten Halbjahr 1983. Zwar sei der Umsatz per Ende Mai in der Inlandsgruppe um 3,9 Prozent auf 796 Mrd. DM zurückgegangen, doch sei die Auftragslage in vielen Bereichen befriedigend. Die Kurzarbeit konnte, von Ausnahmen abgesehen, ausgesetzt werden. Insgesamt werde man es auch „unter gleichbleibenden Umständen schaffen“, in schwarzen Zahlen zu bleiben.

Kugelfischer	1982	± %
Firmengruppe Welt		
Umsatz (Mrd. DM)	2.41	-1,8
davon Ausland		
Beschäftigte*)	29.000	-4,0
Firmengruppe Inland		
Umsatz	1,99	-0,4
davon Export	0,98	-0,8
Beschäftigte*)	27.700	-4,8
Auftragsbest. (Monate)	5,3	(7,3)
Kugelfischer KG		
Umsatz	1,80	-1,5
davon Export	0,90	-2,4
Firmengruppe Inland		
Wertschöpfung (Mrd. DM)	1.134,0	- 6,2
Schuldensumme	97,8	-23,8
Abschreibungen	17,1	- 4,5
Cash-flow	120,1	+7,0
Jahresüberschuss	14,0	-37,3
d.h. bei der KG	21,9	-24,0

*) In Jahresdurchschnitt

VIAG / Nach fünf Jahren wieder Dividenden-Hoffnung

Hohe Investitionen im Bundeskonzern

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit mehr Optimismus auch für die Ertragsentwicklung sieht Vorstandsmitglied Werner Lamby im Vergleich mit 1982 die Aussichten des von der Holding Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag), Berlin/Bonn, geführten Bundeskonzerns für 1983. Er läßt sich bereits zu der Prognose hinreißen, daß man auf das Holding-Aktienkapital, das dem Bund und als Minderheitsaktionär der Kreditanstalt für Wiederaufbau gehört und seit 1978 dividendenlos blieb, für 1983 erstmals wieder eine Dividende (aber gewiß unter 10 Prozent) zahlen werde.

Wachstum zeigt der auf den drei Säulen Energie, Aluminium und Chemie ruhende Konzern auf 1982 mit seinem zur Hälfte preisbedingten Anstieg des Außumsatzes auf 5,89 (5,47) Mrd. DM.

Bei anteiliger Mitrechnung der Minderheitsbeteiligungen kam die Viag-Gruppe auf 10,82 (9,65) Mrd. DM Gesamtumsatz. Übrig blieben von diesem Segen jedoch nur Jahresüberschüsse von 16 (38) Mill.

DM im Konzern und 13 (11) Mill. DM bei der Holding.

Diese wiederum hat weiterhin Eigenkapitalhunger. Ihr Aktienkapital wurde 1982 auf 569 (540) Mill. DM und 1983 inzwischen weiter auf 570 Mill. DM mit jeweils 200 Prozent Emissionsagio erhöht. Das sind bescheidene Beträge im Vergleich zu den Investitionen, die in der Viag-Gruppe (wiederum beteiligungsanteilig gerechnet) im Zeitraum 1978/82 insgesamt 3,8 Mrd. DM betrugen, um 30 Prozent über den Abschreibungen lagen.

Ähnlich wird es bei den im Zeitraum 1983/87 mit 4,4 Mrd. DM und wiederum mit Schwerpunkt bei der Energiewirtschaft geplanten Gruppeninvestitionen sein.

Die Holding konnte zwar 1982 trotz Wegfalls einiger 1981 verbuchter Zweijahreserträge die Summe ihrer Organschafts- und Beteiligungserträge mit 120 (132) Mill. DM einigermaßen stabil halten. Denn erstmals flossen aus der 1981 für schätzungsweise 400 Mill. DM erworbenen 50-Prozent-Beteiligung an der Duisburger Thyssen-

gas GmbH 30 Mill. DM Erträge (nebst Steuergutschrift) zu. Zudem mußte aus dem VAW-Aluminiumbereich von dessen bis 1982 direkt an die Holding angebundener Leichtmetall-Förderbetriebs AG ein Organschaftsverlust von 34,9 (49) Mill. DM geschluckt werden.

Mit nun 1,24 (1,17) Mrd. DM Eigenkapital kann die Holding weiterhin nur knapp zwei Drittel ihres Beteiligungskontos finanzieren. Den Rest besorgen 600 Mill. DM Bankschulden, von denen 1983 erst die Hälfte auf mehr als vier Jahre Laufzeit umgestellt wurde. Hohe Zeit also für eine kräftige Kapitalerhöhung mit „Volksaktien“-Ausgabe?

Der Vorstand schiebt die Antwort auf diese schon alte Frage verständlicherweise auf den Eigentümer, kann sich aber mit Blick auf die langen dividendenlosen Jahre den Hinweis nicht verkneifen: „Bisher wären Privataktionäre bei uns nicht glücklich geworden.“ Auch in dieser Hinsicht freilich scheint die Zukunft bei der Viag nun besser auszusehen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Metall-u. Gerätekonzern Nordendorf GmbH, Ebingen; Bad Reichenberg: Klingenspor Beteiligung GmbH; Bad Schwalbach: Nachl. d. Josef Ralf Franke, Schillingenbach; Wuppertal: Bertha-Charlesberg; Nachl. d. Manfred Bürger; Bietdorf: Hans J. Weger GmbH; Düsseldorf: Nachl. d. Lina Bärbel Rosemarie Kürbitz, Düsseldorf-Garath; Duisburg: Nachl. d. Hans Lina Kürbitz, Oberhausen; Esslingen: Te-Ka-So Walter Tomberg GmbH; Meckenheim-Merl; Bonn: Nachl. d. Franz Hörenbaum; Hannover: Inter-Baufrüherges. mbH; Paderborn: Inter-Baufrüherges. mbH; Langenhagen: Wüster Nachl. d. Eberhard Giesbert u. Margarete Güntzel; Lüneburg: Nachl. d. Werner Zöllner, Fabrikant; München: Scheller-Bausysteme GmbH; THW Textilwaren; Bielefeld: mbH; TEKOBA mbH; Paderborn: Paderborn u. Innoh; Bielefeld: Regensberg; Schütz-Kabel GmbH; Ahaus: REDAT - Datenverarbeitungsges. mbH; Nachl. d. Josef

Umlauf; Rendsburg: Schuhhaus Ben-ver GmbH; Siegburg: ulk Unternehmensberatung Knorr & Partner GmbH; Neunkirchen-Seelscheid; Trautwein: Hans Braunhagen; Elberfeld: Dammschneider, Freilassung; Uslar: Restle GmbH Handel m. Kunststoffen u. Maschinen, Gräfenwiesbach; Wiesbaden: WEKA Textilges. mbH, Mainz-Kastel.

Ausschluß-Konkurse eröffnet: Hamm: Johann Casimir Storm, Friedrichstadt; KG I.J.C. Storm, Friedrichstadt; München: Autohandel Schwarzschildt GmbH, Erding-Altenberg; Vergleich beantragt: Duisburg: Oilplast GmbH Verpackung u. Kunststoffes, Mülheim a.d. Ruhr; Frankfurt: Nachl. d. Dr. med. Wilhelm Schulenberg, Arzt; Hamburg: David-Computer Vertriebs GmbH & Co.; Kassel: David-Computer Vertriebs-GmbH & Co.; Mannheim: David-Computer Vertriebs GmbH; Wees: Nachl. d. Dietrich Baßfeld (beschränkt auf das zum Nachlaß gehörige Betriebsvermögen), Dinslaken.

NAMEN

Heinz Schermann, Leiter der Vertriebsabteilung der WELT in Essen und einer der großen Versandexperten der Zeitungsbranche, feiert am 30. Juni den 68. Geburtstag.

Dr. Friedrich Schmiedemeier, Vorsitzender der Geschäftsführung der Gerlach-Werke GmbH, Bonn/Bonn, tritt am 30. Juni 1983 in den Ruhestand. Seine Nachfolge innerhalb der Geschäftsführung für die Funktionen Verkauf, Einkauf und Personal wird ab 1. Juli Reinhard Bauerscheidt antreten.

Dr. Hermann R. Franz, bislang als Mitglied der Geschäftsführung Leiter des Technischen Bereichs der Polygram GmbH/E.V., Hamburg/Essex, wurde mit Wirkung vom 1. August 1983 zum Vorstandsmitglied der Siemens AG ernannt. Am 1. Oktober 1983 wird Dr. Franz die Leitung des Werkbereichs Halbleiter im Unternehmensbereich Bauelemente übernehmen.

SIEMENS

Neues Automatisierungssystem steuert das größte Wasserversorgungsprojekt der Welt

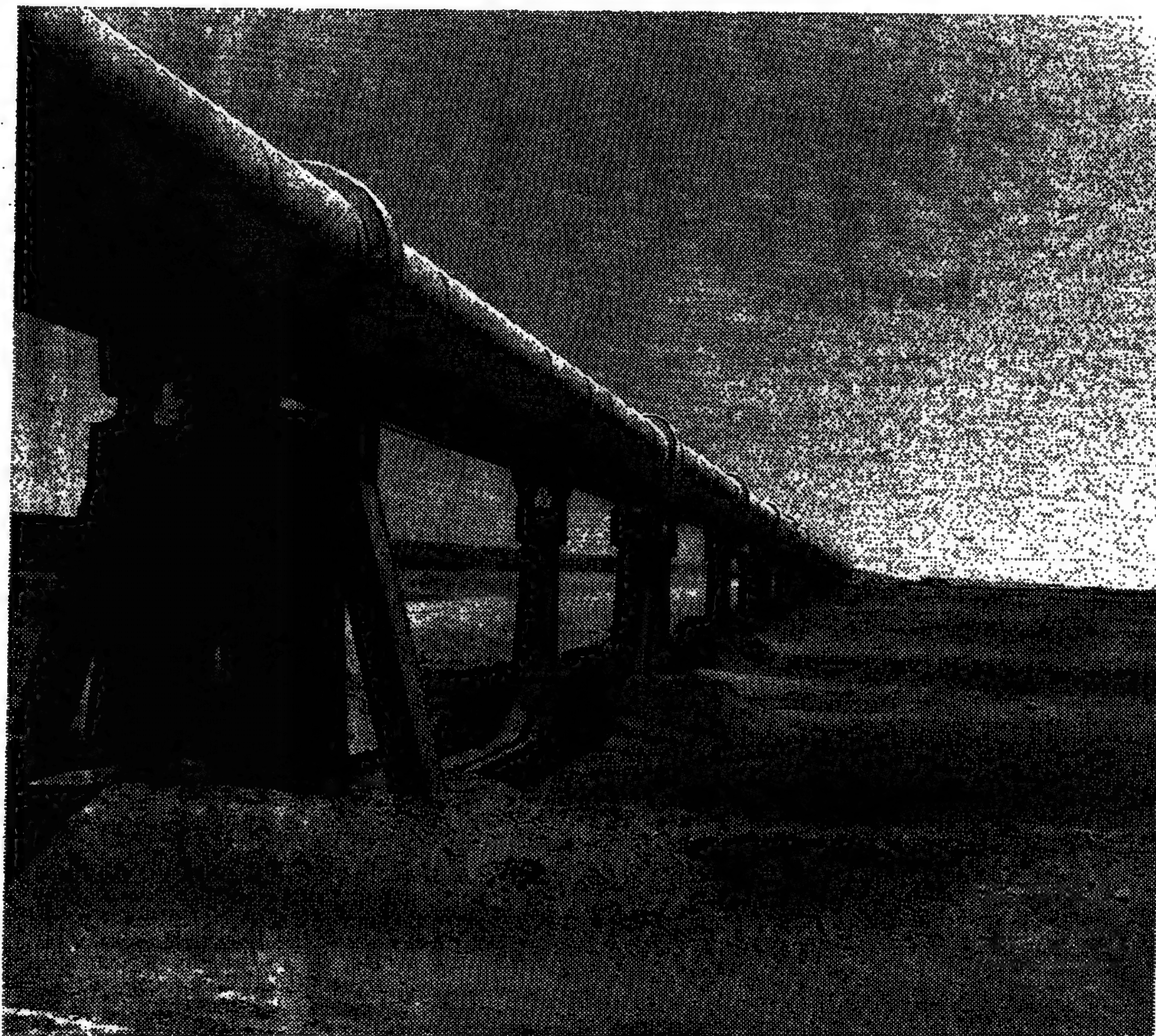
Riyadh, Juli '83. Eine 466 km lange Trinkwasserpipeline, vom arabischen Golf quer durch die Wüste bis zur Hauptstadt Saudi-Arabiens, nimmt den Betrieb auf – gesteuert und überwacht mit Elektronik von Siemens.

Täglich bis zu 830 000 Kubikmeter Trinkwasser kann die neue Pipeline – zwei Großrohre mit einem Durchmesser von je 1,5 m – von der neubauten Meerwasser-Entsalzungsanlage Al Jubayl in das zentrale Hochland Arabiens transportieren. 12 Pump- und 22 Schieberstationen sowie eine Terminalstation sorgen für die Überwindung der Höhenunterschiede und den reibungslosen Betrieb der Anlage.

Know-How und Engineering-Leistung von Siemens ermöglichen, daß ein so großes Versorgungsprojekt zum erstenmal vollautomatisch betrieben werden kann:

Ein neu entwickeltes, zentrales Computersystem und modernste Regelungstechnik in den Pumpstationen überwachen selbsttätig den Wassertransport und steuern die Durchflußmengen nach Bedarf.

Automatisierungssysteme für Pipelines sind eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50% seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran. Siemens.

LEHNDORFF / Angelegtes Kapital kräftig gestiegen – Ausschüttung höher

Wertzuwachs am US-Immobilienmarkt

J. BRECH, Hamburg

Die Nachfrage nach erstklassiger Immobiliensubstanz in bester Lage auf nordamerikanischen Böden ist im Jahr 1982 weiter gestiegen. Nahezu unverändert sei dagegen das Angebot, betonen die Geschäftsführer der Hamburger Lehnendorff-Gruppe, Hans Günther Ahrens und Jan van Haften. Bei qualitativ hochwertigen Objekten bestehe sogar ein gewisser Mangel, weil potentielle Verkäufer auch Objekte ohne konsolidierte Finanzierung bieten. In den nächsten Jahren erwartet Ahrens eine Angleichung der US-Immobilienpreise an das mitteleuropäische Niveau und damit beträchtliche Wertzuwachschancen.

Für die Lehnendorff-Gruppe, die zu den großen deutschen Vermögensverwaltungsgesellschaften gehört, war 1982 das bislang beste Jahr ihrer 18-jährigen Geschichte. Auch unter schwierigen Bedingungen in Nordamerika sei die Ertragskraft unter Beweis gestellt worden, betont van Haften. Bei den insgesamt 476 Renditeobjekten habe es nur geringe Leerstände und kaum Mietausfälle gegeben. Insgesamt werden an die Kapitalgeber in den Anlagegesellschaften

und an Direktinvestoren 140 nach knapp 100 Mill. DM ausgeschüttet. Die Anlagegesellschaften erhöhen die Ausschüttungen um fast ein Drittel auf 34,5 Mill. Dollar. Bezogen auf das durchschnittlich verfügbare Eigenkapital in Dollar hat sich die Ausschüttung der Gesellschaften auf 11,2 Prozent erhöht. In die Rücklagen werden 2,8 Mill. Dollar an Veräußerungsgewinn eingestellt.

Das Anlegerkapital der Lehnendorff-Gruppe insgesamt erhöhte sich um 19 Prozent auf 742 Mill. Dollar, davon 419 Mill. Dollar in Grundstücks-Gesellschaften, 323 Mill. Dollar von Direktinvestoren. Ein erheblicher Teil des neuen Kapitals stamme von institutionellen Anlegern, betont Ahrens, wobei Pensionsfonds und Versicherungen ihre bisherigen Nominalforderungen mehr und mehr in Kapitalbeteiligungen umwandeln, um sich gegen die Inflation besser abzusichern. Diese Mittel ersetzen zunehmend die traditionelle Hypothekendarlehenfinanzierung. Bei den Anlagegesellschaften ist das Gesamtvermögen auf 46 Prozent eigenfinanziert.

Die rege Investitionstätigkeit der Gruppe schlägt sich in einem um 11,8 Prozent oder 157 Mill. Dollar

höheren Gesamtvermögen von 1,52 Mrd. Dollar nieder. Der Objektbestand umfaßt 103 Shopping-Center, 298 gewerbliche Immobilien sowie 75 Wohngebäude. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres sind weitere 110 Mill. Dollar zugeflossen, das Gesamtvermögen wuchs um 211 Mill. auf 1,73 Mrd. Dollar.

Zufriedenstellend äußert sich Ahrens auch über die seit Mitte 1982 angebotenen Beteiligungsmöglichkeiten im US-Öl- und Gasgeschäft. Im ersten Jahr seien 13 Mill. Dollar Anlagekapital platziert worden. Zwei Beteiligungsgesellschaften seien geschlossen und hätten ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Fonds Lehnendorff Minerals 1 dürfte im ersten vollen Geschäftsjahr rund 20 Prozent ausschütten.

Die Geschäftstätigkeit in Deutschland soll weiter ausgebaut werden. In München hat Lehnendorff eine neue Niederlassung gegründet. Das Geschäft in der Bundesrepublik sei schwierig, da Objekte nach den Lehnendorff-Kriterien Standortqualität, laufende Rendite und Wertzuwachs Mangelware seien. Die Renditen lägen im Durchschnitt um 4 bis 5 Prozent unter denen amerikanischer Objekte.

100

Warenpreise - Termine

Mit größeren Verlusten schlossen die Gold- und Kupferbörsen zum Wochenbeginn an der New Yorker Comex. Ausnahmsweise das schwächere verfügbare Monatsnotierte Kaffee fester. Kakao erholte sich in allen Sichten.

Getreide und Getreideprodukte

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Weizen Chicago (ctush)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	343,00	347,00	347,00
Sept.	343,00	347,00	347,00
Dez.	343,00	347,00	347,00
Weizen Winnipeg (con. 54)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	110,30	113,70	113,70
Sept.	110,30	113,70	113,70
Dez.	110,30	113,70	113,70
Weizen Winnipeg (con. 54)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	90,50	91,30	91,30
Sept.	90,50	91,30	91,30
Dez.	90,50	91,30	91,30
Weizen Chicago (ctush)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	153,75	156,00	156,00
Sept.	153,75	156,00	156,00
Dez.	153,75	156,00	156,00
Weizen Winnipeg (con. 54)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	90,50	91,30	91,30
Sept.	90,50	91,30	91,30
Dez.	90,50	91,30	91,30

Rohstoffe

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Kaffee New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	124,50	124,50	124,50
Sept.	124,50	124,50	124,50
Dez.	124,50	124,50	124,50
Kaffee New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	2190	2250	2250
Sept.	2190	2250	2250
Dez.	2190	2250	2250
Kaffee New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	11,25	11,10	11,10
Sept.	11,25	11,10	11,10
Dez.	11,25	11,10	11,10
Kaffee New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	12,45	12,45	12,45
Sept.	12,45	12,45	12,45
Dez.	12,45	12,45	12,45

Öle, Fette, Tierprodukte

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Öl New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	18,38	18,38	18,38
Sept.	18,38	18,38	18,38
Dez.	18,38	18,38	18,38
Öl New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	18,38	18,38	18,38
Sept.	18,38	18,38	18,38
Dez.	18,38	18,38	18,38
Öl New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	18,38	18,38	18,38
Sept.	18,38	18,38	18,38
Dez.	18,38	18,38	18,38

Wolle, Fasern, Kautschuk

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Wolle New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	78,50	78,50	78,50
Sept.	78,50	78,50	78,50
Dez.	78,50	78,50	78,50
Wolle New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	78,50	78,50	78,50
Sept.	78,50	78,50	78,50
Dez.	78,50	78,50	78,50
Wolle New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	78,50	78,50	78,50
Sept.	78,50	78,50	78,50
Dez.	78,50	78,50	78,50

Kautschuk

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Kautschuk New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
Kautschuk New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
Kautschuk New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10

Erklärungen - Rohstoffpreise

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Erklärungen New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
Erklärungen New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
Erklärungen New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10

Westdeutsche Metallnotierungen

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Westdeutsche Metall New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
Westdeutsche Metall New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
Westdeutsche Metall New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10

NE-Metalle

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
NE-Metalle New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
NE-Metalle New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
NE-Metalle New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10

Messingnotierungen

Waren	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Messing New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
Messing New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10
Messing New York (ctb)	27. 6.	28. 6.	29. 6.
Jul	1,10	1,10	1,10
Sept.	1,10	1,10	1,10
Dez.	1,10	1,10	1,10

Pan Am's Traum-Sitz.

Der himmlische Weg über den Atlantik.



Wir bieten Ihnen reinsten Luxus in der First Class.

Passagieren der First Class bietet Pan Am die absoluten Feinheiten einer Flugreise.

Zunächst Raum. Und zwar so viel Raum, daß Sie mit dem Vordersitz so gut wie nie in Berührung kommen.

Aber auch Raum zur Entspannung. Das heißt, wenn Ihnen danach ist, sich auszustrecken..., die breite, stark gepolsterte Rückenlehne läßt sich um ganze 60 Grad zurückneigen. Ihr Pan Am Sleeperette® Sitz stellt sich also voll und ganz auf Sie ein.

Das alles ist dermaßen bequem, daß man durchaus das Gefühl hat, im eigenen Bett zu liegen.

Ein weiterer Grund für die Großzügigkeit von Pan Am: Über den Atlantik fliegen wir ausschließlich mit der 747. Mit eben jener Verkehrsmaschine, die man zu Recht als die beliebteste der Welt bezeichnet.

An Bord dann: gastronomische Spitzen. - Ob Sie im Anschluß an Cocktails Ihr Festmahl mit Kaviar und Wodka einleiten, mit geräuchertem Lachs oder Pâté de Campagne..., wir servieren erlesene Weine und Champagner. Und um das Ganze, nach einer Auswahl vorzüglicher Hauptgerichte, abzurunden: Käse, Süßigkeiten, Kaffee, Liköre.

Doch selbst am Ende der Landebahn hat der Pan Am First Class Service noch lange kein Ende.

Wir laden Sie ein zum 8-Minuten Helicopter-Transfer nach Manhattan.



Ein paar Schritte nur vom Flugsteig unseres Worldport Terminal in New York entfernt, erwartet Passagiere der First Class und der Clipper Class unser Helicopter, der Sie in 8 Minuten nach Manhattan bringt. Ein Service*, den Ihnen, so bequem, keine andere Fluggesellschaft zu bieten hat.

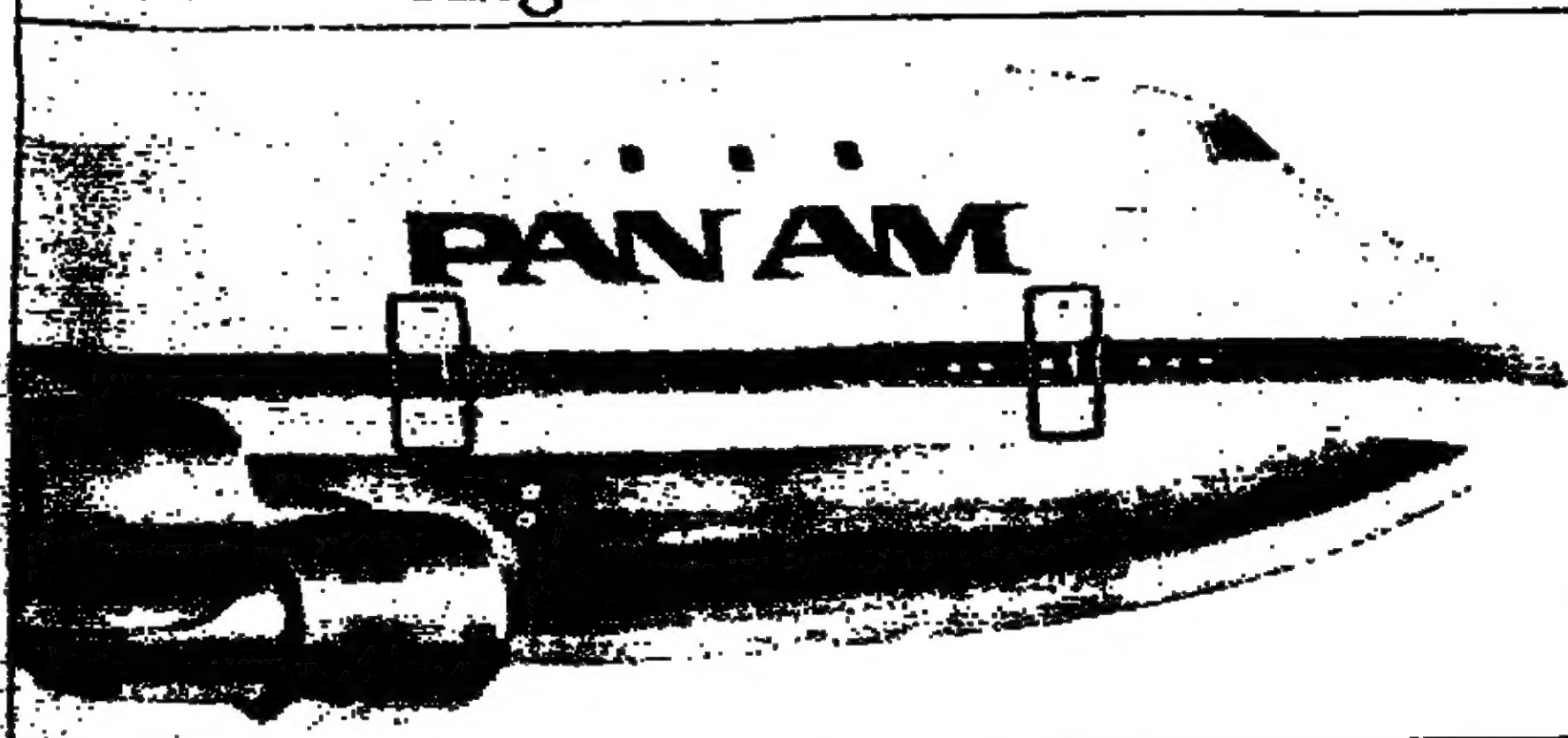
Und: Pan Am First Class können Sie zu über 40 Städten in den Staaten fliegen.

Nach allem, was Sie jetzt über Pan Am First Class wissen - könnten Sie sich wirklich noch eine andere Art des Fliegens träumen lassen?

Wenden Sie sich an Ihr Pan Am Vertragsreisbüro oder rufen Sie uns an. Pan Am Berlin 0 30/88 10 11, Frankfurt 06 11/2 56 52 22, Hamburg 040/50092 81, München 089/55 81 71, Nürnberg 09 11/52 30 47, Stuttgart 07 11/79 90 01.

*OmniFlight Airways Inc. betreibt diesen Service im Auftrag von Pan Am.

Fliegen Sie Pan Am First Class. Mit Sleeperette Service. Zu 11 US-Städten.



New York	Los Angeles	Seattle
Chicago	Miami	Tampa/St. Pete
Detroit	Minneapolis	Washington D.C.
Honolulu	San Francisco	

Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.



Wenn Glücksgefühle käuflich sind: Der schnelle Griff zu Psychopharmaka Eine rosarote Brille für den Alltag

Es ist ja so bequem: Gegen jedes noch so kleine Wehwechen werden Pillen angeboten, meistens mit vollmundigen Werbesprüchen. Da ist es nur menschlich, wenn viele die Segnungen der modernen Pharmazie dankbar benutzen, um etwa das Bauchgrimmen wegzukommen, die schleppende Verdauung anzukurbeln, die gelegentlichen Kopfschmerzen zu beseitigen oder den unruhigen Schlaf chemisch zu glätten. So betrachtet, sind viele Arzneien längst zu „Lebensmitteln“ geworden, die man nicht mehr entbehren möchte.

Das geht so lange gut, wie man nicht dem Trugschluss verfällt, mit Medikamenten Probleme seelischer Natur lösen zu können. Mit der rosaroten Brille für die Psyche beginnt für viele der Einstieg in die Drogenkarriere. Psychopharmaka gaukeln Glücksgefühle vor, drängen die Konflikte weit in den Hintergrund und lassen den häßlichen Alltag zur nebensächlichen Kulisse schrumpfen. Daß der Mißbrauch von Psychopharmaka meistens Hand in Hand mit dem Griff zur Flasche geht, paßt zusammen: Die Reise in die Traumwelt wird

damit beschleunigt und intensiviert. Das Jammertal, dem man mit Medikamenten, Drogen und Alkohol entfliehen wollte, bleibt natürlich und kommt noch brutaler zu Bewußtsein, sobald die chemische Tünche das Hirn verlassen hat. Nach Ansicht von Suchtexperten haben alle bisherigen Aufklärungs- und Therapiebemühungen nicht erreicht, daß die Suchtprobleme als beherrschbar gelten können.

Betroffen - ZDF, 22.10 Uhr

nen. Die Zahl der Medikamentenabhängigen steigt angeblich weiter, genaue Zahlen gibt es nicht. Schätzungen beziffern die Zahl der Arzneimittelabhängigen in der Bundesrepublik auf etwa eine halbe Million. Die Frauen sind dabei überrepräsentiert, ihr Anteil soll etwa 65 Prozent betragen. Die Deutsche Hauptstelle gegen Suchtfahrten schlug kürzlich Alarm. Sie hat Angst vor einer krisenhaften Verschärfung der Problematik. In einem Aufruf heißt es: „Die weitverbreiteten existenziellen Ängste und Sinnlosig-

keitsgefühle, die durch eine allgemeine Sinnkrise, durch mangelnde Zukunftsperspektiven und Vereinzelung, durch Arbeitslosigkeit und wachsende materielle Bedrängnisse verstärkt werden, bedingen nicht nur die anhaltende Brisanz der Suchtproblematik, sondern lassen neue Befürchtungen aufkommen: Die Tendenzen zur Flucht aus der Realität des gesellschaftlichen und individuellen Alltagslebens mit Hilfe von Suchtmitteln und „Ersatzhandlungen“ könnten sich abwärts verschärfen.“

Die Zeichen stehen auf Sturm. Die Suchtproblematik darf nicht mehr als Minoritätenfrage weggesteckt werden. Sie offenbart vielmehr eine fundamentale gesellschaftliche Krise, die mit zunehmender Arbeitslosigkeit, speziell der Jugend Arbeitslosigkeit, immer bedenklicher wird, die Folgen immer unabsehbarer. Das Beispiel der Ulrike B., das heute im ZDF aufgeführt wird, mag ein Schlaglicht darauf werfen, wie rasch es geht, in Arzneimittelabhängigkeit zu geraten und wie quälend mühsam, wieder den Absprung zu finden. JOCHEN AUMILLER

KRITIK

Revoluzzer zwischen Blumenkästen

Terroristen sind doch ganz anders. Keine Mörder, die die Gesellschaftsordnung auf den Kopf stellen wollen im Gegenteil: Wenn sie einen Kapitalisten entführen, so geschieht das aus rein humanitären Erwägungen. Denn besagter Kapitalist hat 166 Arbeiter entlassen. Er wird gekidnappt und gegen 500 000 Mark wieder freigelassen. Die Summe soll gleichmäßig unter die Entlassenen aufgeteilt werden.

Aber da trifft es die Terroristin, die den Sozialengel spielen will, tödlich, und wie es der Zufall so will, kommen just in diesem Moment der stellungelose Politologe Benno (Hermann Laue) und seine hübsche Britta (Jutta Speidel) des Wegs. Sie nehmen die blutverschmierte Schönheit mit, pflegen sie bis zum Exitus, verbuddeln sie in einem schon freigeschaufelten Grab („Tandem“ nennt man so etwas in einschlägigen Kreisen) und besorgen auch die Verteilung des Geldes. Dabei werden sie erwischt, d. h., nur Benno erwischt. Gerade als er im Kirchturn für den erkrankten Künstler die Blümchen gießt, stellt ihn eine Polizei-Rundschau. Seine Britta sieht er derweil im gemeinsamen Auto ab-

hauen. Da dämmert es ihm, daß er dupliert worden ist, daß sie mit den Terroristen gemeinsame Sache macht. Kein Reihenhans für Robia Hood hieß der Film, den Wolf Gremm nach dem gleichnamigen Roman des Soziologie-Professors Horst Bosetzky gedreht hat. Gremm hat die Geschichte nicht so bierernst übernommen, wie „ky“ sie geschrieben hat, hat sie vielmehr ironisch gebrochen: Mit dem realen Terrorismus hat das Ganze ebenso wenig zu tun wie ein Kriminalfilm mit der Polizeiarbeit. Skurrile Typen bevölkern den Laden Benno, der aus Berlin in die Provinz gekommen ist und der - ein sarkastischer Hieb auf alle Aussteiger - dennoch nicht frei ist von bürgerlichen Sehnsüchten nach Geborgenheit in einem Reihenhau.

Da gibt es den stets heiseren Redakteur (Rudolf W. Brem), die Frohnatur Frau Meyerdricks (Brigitte Mira) und ihren Freund, den ölgigen Künstler (Charles Kalman), den dicken Kommissar (Hans Wyprecht), der immer so aussieht, als ob er mehr wüßte. Und damit auch jeder merkt, wo's langgeht,

verkauft Benno in seinem Zeitungsladen vorwiegend die „Frankfurter Rundschau“, „Konkret“ und - der Ausgewogenheit halber - „Bild“. Gremm zitiert unbekannt aus dem Gruselkino bester Hollywoodtradition: Nüchtern Autofahrten mit einer Leiche und Friedhofsszenen, die auch bei Frankenstein kaum schauerlicher waren. In der Schlusssequenz schießt der Regisseur dann aus vollen Rohren: Hunderte von Polizisten, hergerichtet wie zum Kampf gegen eine Berliner Großdemonstration, bereiten sich auf das letzte Gefecht vor - ausgezeichnet vor einem Plakat, auf dem ein Schützenfest angekündigt wird. Aber die bombastische Aktion verpufft wirkungslos: „Terrorist“ Benno sitzt brav zwischen den Blumenkästen im Glockenturm und trauert seiner Britta nach.

Etwas ratlos bleibt der Zuschauer zurück. Wollte uns Gremm nun zeigen, was für liebe Menschen die Terroristen doch sind? Oder sind für ihn die linken Revoluzzer bereits zu Komödientypen - Ähnlichkeiten mit lebenden Personen sind nicht beabsichtigt - degeneriert? RAINER NOLDEN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesschau	12.10 Report
10.30 Guten Morgen Pech	12.30 Tagesschau
11.00 Umsonst	12.50 Tagesschau
ARD-Ferienprogramm für Kinder	
14.05 Unsere kleine Farm	14.55 Krimi - Abenteuer in Neuseeland
Brillenschlange	17.10 Enorm in Form
14.55 Tagesschau	17.30 heute / Aus den Ländern
15.00 ARD-Sport extra - aus Wimbledon	17.45 Tele-Literatur
Internationale Tennis-Meisterschaften von England	18.10 Das geht Sie an
Verteilte Herren-Einzel	18.30 Bilder, die die Welt bewegen
Sprecher: Herbert Fölscher, Volker Kottkamp	19.00 heute
17.50 Tagesschau	19.30 Krimi Mitternachts (2)
18.00 Tagesschau	20.15 ZDF Magazin
18.15 Tagesschau	Gefahr Verhandlungen vor der Entscheidung - Interview mit dem CDU/CSU-Fraktions-Sprecher Dr. Genscher
18.30 Tagesschau	20.30 Tagesschau
18.45 Tagesschau	20.45 Tagesschau
19.00 Tagesschau	21.00 Tagesschau
19.15 Tagesschau	21.15 Tagesschau
19.30 Tagesschau	21.30 Tagesschau
19.45 Tagesschau	21.45 Tagesschau
20.00 Tagesschau	21.55 Tagesschau
20.15 Tagesschau	22.00 Tagesschau
20.30 Tagesschau	22.15 Tagesschau
20.45 Tagesschau	22.30 Tagesschau
21.00 Tagesschau	22.45 Tagesschau
21.15 Tagesschau	22.55 Tagesschau
21.30 Tagesschau	23.05 Tagesschau
21.45 Tagesschau	23.15 Tagesschau
22.00 Tagesschau	23.25 Tagesschau
22.15 Tagesschau	23.35 Tagesschau
22.30 Tagesschau	23.45 Tagesschau
22.45 Tagesschau	23.55 Tagesschau
23.00 Tagesschau	24.05 Tagesschau
23.15 Tagesschau	24.15 Tagesschau
23.30 Tagesschau	24.25 Tagesschau
23.45 Tagesschau	24.35 Tagesschau
24.00 Tagesschau	24.45 Tagesschau
24.15 Tagesschau	24.55 Tagesschau
24.30 Tagesschau	25.05 Tagesschau
24.45 Tagesschau	25.15 Tagesschau
24.55 Tagesschau	25.25 Tagesschau
25.00 Tagesschau	25.35 Tagesschau
25.15 Tagesschau	25.45 Tagesschau
25.30 Tagesschau	25.55 Tagesschau
25.45 Tagesschau	26.05 Tagesschau
26.00 Tagesschau	26.15 Tagesschau
26.15 Tagesschau	26.25 Tagesschau
26.30 Tagesschau	26.35 Tagesschau
26.45 Tagesschau	26.45 Tagesschau
26.55 Tagesschau	26.55 Tagesschau
27.05 Tagesschau	27.05 Tagesschau
27.15 Tagesschau	27.15 Tagesschau
27.30 Tagesschau	27.25 Tagesschau
27.45 Tagesschau	27.35 Tagesschau
27.55 Tagesschau	27.45 Tagesschau
28.05 Tagesschau	27.55 Tagesschau
28.15 Tagesschau	28.05 Tagesschau
28.30 Tagesschau	28.15 Tagesschau
28.45 Tagesschau	28.25 Tagesschau
28.55 Tagesschau	28.35 Tagesschau
29.05 Tagesschau	28.45 Tagesschau
29.15 Tagesschau	28.55 Tagesschau
29.30 Tagesschau	29.05 Tagesschau
29.45 Tagesschau	29.15 Tagesschau
29.55 Tagesschau	29.25 Tagesschau
30.05 Tagesschau	29.35 Tagesschau
30.15 Tagesschau	29.45 Tagesschau
30.30 Tagesschau	29.55 Tagesschau
30.45 Tagesschau	30.05 Tagesschau
30.55 Tagesschau	30.15 Tagesschau
31.05 Tagesschau	30.25 Tagesschau
31.15 Tagesschau	30.35 Tagesschau
31.30 Tagesschau	30.45 Tagesschau
31.45 Tagesschau	30.55 Tagesschau
31.55 Tagesschau	31.05 Tagesschau
32.05 Tagesschau	31.15 Tagesschau
32.15 Tagesschau	31.25 Tagesschau
32.30 Tagesschau	31.35 Tagesschau
32.45 Tagesschau	31.45 Tagesschau
32.55 Tagesschau	31.55 Tagesschau
33.05 Tagesschau	32.05 Tagesschau
33.15 Tagesschau	32.15 Tagesschau
33.30 Tagesschau	32.25 Tagesschau
33.45 Tagesschau	32.35 Tagesschau
33.55 Tagesschau	32.45 Tagesschau
34.05 Tagesschau	32.55 Tagesschau
34.15 Tagesschau	33.05 Tagesschau
34.30 Tagesschau	33.15 Tagesschau
34.45 Tagesschau	33.25 Tagesschau
34.55 Tagesschau	33.35 Tagesschau
35.05 Tagesschau	33.45 Tagesschau
35.15 Tagesschau	33.55 Tagesschau
35.30 Tagesschau	34.05 Tagesschau
35.45 Tagesschau	34.15 Tagesschau
35.55 Tagesschau	34.25 Tagesschau
36.05 Tagesschau	34.35 Tagesschau
36.15 Tagesschau	34.45 Tagesschau
36.30 Tagesschau	34.55 Tagesschau
36.45 Tagesschau	35.05 Tagesschau
36.55 Tagesschau	35.15 Tagesschau
37.05 Tagesschau	35.25 Tagesschau
37.15 Tagesschau	35.35 Tagesschau
37.30 Tagesschau	35.45 Tagesschau
37.45 Tagesschau	35.55 Tagesschau
37.55 Tagesschau	36.05 Tagesschau
38.05 Tagesschau	36.15 Tagesschau
38.15 Tagesschau	36.25 Tagesschau
38.30 Tagesschau	36.35 Tagesschau
38.45 Tagesschau	36.45 Tagesschau
38.55 Tagesschau	36.55 Tagesschau
39.05 Tagesschau	37.05 Tagesschau
39.15 Tagesschau	37.15 Tagesschau
39.30 Tagesschau	37.25 Tagesschau
39.45 Tagesschau	37.35 Tagesschau
39.55 Tagesschau	37.45 Tagesschau
40.05 Tagesschau	37.55 Tagesschau
40.15 Tagesschau	38.05 Tagesschau
40.30 Tagesschau	38.15 Tagesschau
40.45 Tagesschau	38.25 Tagesschau
40.55 Tagesschau	38.35 Tagesschau
41.05 Tagesschau	38.45 Tagesschau
41.15 Tagesschau	38.55 Tagesschau
41.30 Tagesschau	39.05 Tagesschau
41.45 Tagesschau	39.15 Tagesschau
41.55 Tagesschau	39.25 Tagesschau
42.05 Tagesschau	39.35 Tagesschau
42.15 Tagesschau	39.45 Tagesschau
42.30 Tagesschau	39.55 Tagesschau
42.45 Tagesschau	40.05 Tagesschau
42.55 Tagesschau	40.15 Tagesschau
43.05 Tagesschau	40.25 Tagesschau
43.15 Tagesschau	40.35 Tagesschau
43.30 Tagesschau	40.45 Tagesschau
43.45 Tagesschau	40.55 Tagesschau
43.55 Tagesschau	41.05 Tagesschau
44.05 Tagesschau	41.15 Tagesschau
44.15 Tagesschau	41.25 Tagesschau
44.30 Tagesschau	41.35 Tagesschau
44.45 Tagesschau	41.45 Tagesschau
44.55 Tagesschau	41.55 Tagesschau
45.05 Tagesschau	42.05 Tagesschau
45.15 Tagesschau	42.15 Tagesschau
45.30 Tagesschau	42.25 Tagesschau
45.45 Tagesschau	42.35 Tagesschau
45.55 Tagesschau	42.45 Tagesschau
46.05 Tagesschau	42.55 Tagesschau
46.15 Tagesschau	43.05 Tagesschau
46.30 Tagesschau	43.15 Tagesschau
46.45 Tagesschau	43.25 Tagesschau
46.55 Tagesschau	43.35 Tagesschau
47.05 Tagesschau	43.45 Tagesschau
47.15 Tagesschau	43.55 Tagesschau
47.30 Tagesschau	44.05 Tagesschau
47.45 Tagesschau	44.15 Tagesschau
47.55 Tagesschau	44.25 Tagesschau
48.05 Tagesschau	44.35 Tagesschau
48.15 Tagesschau	44.45 Tagesschau
48.30 Tagesschau	44.55 Tagesschau
48.45 Tagesschau	45.05 Tagesschau
48.55 Tagesschau	45.15 Tagesschau
49.05 Tagesschau	45.25 Tagesschau
49.15 Tagesschau	45.35 Tagesschau
49.30 Tagesschau	45.45 Tagesschau
49.45 Tagesschau	45.55 Tagesschau
49.55 Tagesschau	46.05 Tagesschau
50.05 Tagesschau	46.15 Tagesschau
50.15 Tagesschau	46.25 Tagesschau
50.30 Tagesschau	46.35 Tagesschau
50.45 Tagesschau	46.45 Tagesschau
50.55 Tagesschau	46.55 Tagesschau
51.05 Tagesschau	47.05 Tagesschau
51.15 Tagesschau	47.15 Tagesschau
51.30 Tagesschau	47.25 Tagesschau
51.45 Tagesschau	47.35 Tagesschau
51.55 Tagesschau	47.45 Tagesschau
52.05 Tagesschau	47.55 Tagesschau
52.15 Tagesschau	48.05 Tagesschau
52.30 Tagesschau	48.15 Tagesschau
52.45 Tagesschau	48.25 Tagesschau
52.55 Tagesschau	48.35 Tagesschau
53.05 Tagesschau	48.45 Tagesschau
53.15 Tagesschau	48.55 Tagesschau
53.30 Tagesschau	49.05 Tagesschau
53.45 Tagesschau	49.15 Tagesschau
53.55 Tagesschau	49.25 Tagesschau
54.05 Tagesschau	49.35 Tagesschau
54.15 Tagesschau	49.45 Tagesschau
54.30 Tagesschau	49.55 Tagesschau
54.45 Tagesschau	50.05 Tagesschau
54.55 Tagesschau	50.15 Tagesschau
55.05 Tagesschau	50.25 Tagesschau
55.15 Tagesschau	50.35 Tagesschau
55.30 Tagesschau	50.45 Tagesschau
55.45 Tagesschau	50.55 Tagesschau
55.55 Tagesschau	51.05 Tagesschau
56.05 Tagesschau	51.15 Tagesschau
56.15 Tagesschau	51.25 Tagesschau
56.30 Tagesschau	51.35 Tagesschau
56.45 Tagesschau	51.45 Tagesschau
56.55 Tagesschau	51.55 Tagesschau
57.05 Tagesschau	52.05 Tagesschau
57.15 Tagesschau	52.15 Tagesschau
57.30 Tagesschau	52.25 Tagesschau
57.45 Tagesschau	52.35 Tagesschau
57.55 Tagesschau	52.45 Tagesschau
58.05 Tagesschau	52.55 Tagesschau
58.15 Tagesschau	53.05 Tagesschau
58.30 Tagesschau	53.15 Tagesschau
58.45 Tagesschau	53.25 Tagesschau
58.55 Tagesschau	53.35 Tagesschau
59.05 Tagesschau	53.45 Tagesschau
59.15 Tagesschau	53.55 Tagesschau
59.30 Tagesschau	54.05 Tagesschau
59.45 Tagesschau	54.15 Tagesschau
59.55 Tagesschau	54.25 Tagesschau
60.05 Tagesschau	54.35 Tagesschau
60.15 Tagesschau	54.45 Tagesschau
60.30 Tagesschau	54.55 Tagesschau
60.45 Tagesschau	55.05 Tagesschau
60.55 Tagesschau	55.15 Tagesschau
61.05 Tagesschau	55.25 Tagesschau
61.15 Tagesschau	55.35 Tagesschau
61.30 Tagesschau	55.45 Tagesschau
61.45 Tagesschau	55.55 Tagesschau
61.55 Tagesschau	56.05 Tagesschau
62.05 Tagesschau	56.15 Tagesschau
62.15 Tagesschau	56.25 Tagesschau
62.30 Tagesschau	56.35 Tagesschau
62.45 Tagesschau	56.45 Tagesschau
62.55 Tagesschau	56.55 Tagesschau
63.05 Tagesschau	57.05 Tagesschau
63.15 Tagesschau	57.15 Tagesschau
63.30 Tagesschau	57.25 Tagesschau
63.45 Tagesschau	57.35 Tagesschau
63.55 Tagesschau	57.45 Tagesschau
64.05 Tagesschau	57.55 Tagesschau
64.15 Tagesschau	58.05 Tagesschau
64.30 Tagesschau	58.15 Tagesschau
64.45 Tagesschau	58.25 Tagesschau
64.55 Tagesschau	58.35 Tagesschau
65.05 Tagesschau	58.45 Tagesschau
65.15 Tagesschau	58.55 Tagesschau
65.30 Tagesschau	59.05 Tagesschau
65.45 Tagesschau	59.15 Tagesschau
65.55 Tagesschau	59.25 Tagesschau
66.05 Tagesschau	59.35 Tagesschau
66.15 Tagesschau	59.45 Tagesschau
66.30 Tagesschau	59.55 Tagesschau
66.45 Tagesschau	60.05 Tagesschau
66.55 Tagesschau	60.15 Tagesschau
67.05 Tagesschau	60.25 Tagesschau
67.15 Tagesschau	60.35 Tagesschau
67.30 Tagesschau	60.45 Tagesschau
67.45 Tagesschau	60.55 Tagesschau
67.55 Tagesschau	61.05 Tagesschau
68.05 Tagesschau	61.15 Tagesschau
68.15 Tagesschau	61.25 Tagesschau
68.30 Tagesschau	61.35 Tagesschau
68.45 Tagesschau	61.45 Tagesschau
68.55 Tagesschau	61.55 Tagesschau
69.05 Tagesschau	62.05 Tagesschau
69.15 Tagesschau	62.15 Tagesschau
69.30 Tagesschau	62.25 Tagesschau
69.45 Tagesschau	62.35 Tagesschau
69.55 Tagesschau	62.45 Tagesschau
70.05 Tagesschau	62.55 Tagesschau
70.15 Tagesschau	63.05 Tagesschau
70.30 Tagesschau	63.15 Tagesschau
70.45 Tagesschau	63.25 Tagesschau
70.55 Tagesschau	63.35 Tagesschau
71.05 Tagesschau	63.45 Tagesschau
71.15 Tagesschau	63.55 Tagesschau
71.30 Tagesschau	64.05 Tagesschau
71.45 Tagesschau	64.15 Tagesschau
71.55 Tagesschau	64.25 Tagesschau
72.05 Tagesschau	64.35 Tagesschau
72.15 Tagesschau	64.45 Tagesschau
72.30 Tagesschau	64.55 Tagesschau
72.45 Tagesschau	65.05 Tagesschau
72.55 Tagesschau	65.15 Tagesschau
73.05 Tagesschau	65.25 Tagesschau
73.15 Tagesschau	65.35 Tagesschau
73.30 Tagesschau	65.45 Tagesschau
73.45 Tagesschau	65.55 Tagesschau
73.55 Tagesschau	66.05 Tagesschau
74.05 Tagesschau	66.15 Tagesschau
74.15 Tagesschau	66.25 Tagesschau
74.30 Tagesschau	66.35 Tagesschau
74.45 Tagesschau	66.45 Tagesschau
74.55 Tagesschau	66.55 Tagesschau
75.05 Tagesschau	67.05 Tagesschau
75.15 Tagesschau	67.15 Tagesschau
75.30 Tagesschau	67.25 Tagesschau
75.45 Tagesschau	67.35 Tagesschau
75.55 Tagesschau	67.45 Tagesschau
76.05 Tagesschau	67.55 Tagesschau
76.15 Tagesschau	68.05 Tagesschau
76.30 Tagesschau	68.15 Tagesschau
76.45 Tagesschau	68.25 Tagesschau
76.55 Tagesschau	68.35 Tagesschau
77.05 Tagesschau	68.45 Tagesschau
77.15 Tagesschau	68.55 Tagesschau
77.30 Tagesschau	69.05 Tagesschau
77.45 Tagesschau	69.15 Tagesschau
77.55 Tagesschau	69.25 Tagesschau
78.05 Tagesschau	69.35 Tagesschau
78.15 Tagesschau	69.45 Tagesschau
78.30 Tagesschau	69.55 Tagesschau
78.45 Tagesschau	70.05 Tagesschau
78.55 Tagesschau	70.15 Tagesschau
79.05 Tagesschau	70.25 Tagesschau
79.15 Tagesschau	70.35 Tagesschau
79.30 Tagesschau	70.45 Tagesschau
79.45 Tagesschau	70.55 Tagesschau
79.55 Tagesschau	71.05 Tagesschau
80.05 Tagesschau	71.15 Tagesschau
80.15 Tagesschau	71.25 Tagesschau
80.30 Tagesschau	71.35 Tagesschau
80.45 Tagesschau	71.45 Tagesschau
80.55 Tagesschau	71.55 Tagesschau
81.05 Tagesschau	72.05 Tagesschau
81.15 Tagesschau	72.15 Tagesschau
81.30 Tagesschau	72.25 Tagesschau
81.45 Tagesschau	72.35 Tagesschau
81.55 Tagesschau	72.45 Tagesschau
82.05 Tagesschau	72.55 Tagesschau
82.15 Tagesschau	73.05 Tagesschau
82.30 Tagesschau	73.15 Tagesschau
82.45 Tagesschau	73.25 Tagesschau
82.55 Tagesschau	73.35 Tagesschau
83.05 Tagesschau	73.45 Tagesschau
83.15 Tagesschau	73.55 Tagesschau
83.30 Tagesschau	74.05 Tagesschau
83.45 Tagesschau	74.15 Tagesschau
83.55 Tagesschau	74.25 Tagesschau
84.05 Tagesschau	74.35 Tagesschau
84.15 Tagesschau	74.45 Tagesschau
84.30 Tagesschau	74.55 Tagesschau
84.45 Tagesschau	75.05 Tagesschau
84.55 Tagesschau	75.15 Tagesschau
85.05 Tagesschau	75.25 Tagesschau
85.15 Tagesschau	75.35 Tagesschau
85.30 Tagesschau	75.45 Tagesschau
85.45 Tagesschau	75.55 Tagesschau
85.55 Tagesschau	76.05 Tagesschau
86.05 Tagesschau	76.15 Tagesschau
86.15 Tagesschau	76.25 Tagesschau
86.30 Tagesschau	76.35 Tagesschau
86.45 Tagesschau	76.45 Tagesschau
86.55 Tagesschau	76.55 Tagesschau
87.05 Tagesschau	77.05 Tagesschau
87.15 Tagesschau	77.15 Tagesschau
87.30 Tagesschau	77.25 Tagesschau
87.45 Tagesschau	77.35 Tagesschau
87.55 Tagesschau	77.45 Tagesschau
88.05 Tagesschau	77.55 Tagesschau
88.15 Tagesschau	78.05 Tagesschau
88.30 Tagesschau	78.15 Tagesschau
88.45 Tagesschau	78.25 Tagesschau
88.55 Tagesschau	78.35 Tagesschau
89.05 Tagesschau	78.45 Tagesschau
89.15 Tagesschau	78.55 Tagesschau
89.30 Tagesschau	79.05 Tagesschau
89.45 Tagesschau	79.15 Tagesschau
89.55 Tagesschau	79.25 Tagesschau
90.05 Tagesschau	79.35 Tagesschau
90.15 Tagesschau	79.45 Tagesschau
90.30 Tagesschau	79.55 Tagesschau
90.45 Tagesschau	80.05 Tagesschau
90.55 Tagesschau	80.15 Tagesschau
91.05 Tagesschau	80.25 Tagesschau
91.15 Tagesschau	80.35 Tagesschau
91.30 Tagesschau	80.45 Tagesschau
91.45 Tagesschau	80.55 Tagesschau
91.55 Tagesschau	81.05 Tagesschau
92.05 Tagesschau	81.15 Tagesschau
92.15 Tagesschau	81.25 Tagesschau
92.30 Tagesschau	81.35 Tagesschau
92.45 Tagesschau	81.45 Tagesschau
92.55 Tagesschau	81.55 Tagesschau
93.05 Tagesschau	82.05 Tagesschau
93.15 Tagesschau	82.15 Tagesschau
93.30 Tagesschau	82.25 Tagesschau
93.45 Tagesschau	82.35 Tagesschau
93.55 Tagesschau	82.45 Tagesschau
94.05 Tagesschau	82.55 Tagesschau
94.15 Tagesschau	83.05 Tagesschau
94.30 Tagesschau	83.15 Tagesschau
94.45 Tagesschau	83.25 Tagesschau
94.55 Tagesschau	83.35 Tagesschau
95.05 Tagesschau	83.45 Tagesschau
95.15 Tagesschau	83.55 Tagesschau
95.30 Tagesschau	84.05 Tagesschau
95.45 Tagesschau	84.15 Tagesschau
95.55 Tagesschau	84.25 Tagesschau
96.05 Tagesschau	84.35 Tagesschau
96.15 Tagesschau	84.45 Tagesschau
96.30 Tagesschau	84.55 Tagesschau
96.45 Tagesschau	85.05 Tagesschau
96.55 Tagesschau	85.15 Tagesschau
97.05 Tagesschau	85.25 Tagesschau
97.15 Tagesschau	85.35 Tagesschau
97.30 Tagesschau	85.45 Tagesschau
97.45 Tagesschau	85.55 Tagesschau
97.55 Tagesschau	86.05 Tagesschau
98.05 Tagesschau	86.15 Tagesschau
98.15 Tagesschau	86.25 Tagesschau
98.30 Tagesschau	86.35 Tagesschau
98.45 Tagesschau	86.45 Tagesschau
98.55 Tagesschau	86.55 Tagesschau
99.05 Tagesschau	87.05 Tagesschau

Spitzhacken, Spitzbuben

Min. - Was tun? Ein Bahnhof, grau vor Alter, aber noch ansehnlich, steht zur Disposition. Er soll abgerissen werden. Er steht in Worringen und der Kölner S-Bahn im Weg. Die will im Zuge einer neuen Trassenführung keine Schleife machen müssen. Also muß die alte Station weg.

Anderorts ist man rücksichtsvoller. Den alten Bahnhof von Baden-Baden zum Beispiel hat man stehen lassen; er ist heute ein Kulturzentrum. Der Heidelberger Bahnhof am Karlstor wird zu einem städtischen Amtsgebäude. Den riesigen Pariser Orsay-Bahnhof rüstet man zum Museumsdampfer an der Seine um. Und in Bonn gibt es seit Jahr und Tag einen hübschen Haltepunkt am Rhein, wo, wenn nicht gerade das Hochwasser die Tischbeine umspielt, ein flotter Restaurationsbetrieb herrscht.

Doch in Köln hatte man nur Trassen und Spitzhacken im Sinn. Bislang. Denn inzwischen regte sich bei den Herren der Bundesbahn das Gewissen. Sie boten einen Ausweg an: Sie würden den ganzen 120 Jahre alten Denkmalsplunder glatt verschicken. An jedermann. Nur unter einer Bedingung. Der solchermassen Beschenkte müsse das Gebäude abtransportieren. Auf eigene Kosten natürlich, wobei es dem neuen Eigentümer freigestellt bleibt, das Fuhrunternehmen Deutsche Bundesbahn damit zu beauftragen. Zuvor müsse er den Bahnhof abbauen, zum anschließenden Wiederaufbau sei er freilich nicht verpflichtet.

Der Fahrplan hängt bereits aus. Sollte sich bis Ende 1984 kein Bewerber finden, treten die Spitzhacken in Aktion. Es sei denn, das Haus bestünde auf seinen Fundamenten oder gleich auf der Erzählung von Günter Bruno Fuchs. Im „Bahnhofs-Sandwich“ nämlich soll ein Eisenbahnzug mit drei Waggons durch die Landschaft. Der letzte ist mit einem zweistöckigen Haus beladen: „Das Haus ist auf der Flucht vor Leuten, die in dem Haus gewohnt hatten. Das Haus muß flüchten, weil die Leute, die in ihm wohnten, Spitzbuben sind. So sagt das Haus: Spitzbuben.“

Das achte Weltwunder steht auf Haiti: Die „Citadelle La Ferrière“

Eine goldene Kugel ins Hirn

Es ist ein vorzüglicher Gedanke der Unesco, eine der ungewöhnlichen architektonischen Schöpfungen in der Karibik in die Reihe der 136 „Schätze des kulturellen Weltvermögens“ aufzunehmen. Die Regeln der Unesco schreiben vor, daß diese Bauwerke von besonderem historischen und künstlerischem Wert sein müssen. Das trifft auf die „Citadelle La Ferrière“ auf Haiti zu.

Diese Festung fällt nicht nur durch ihre Lage aus dem Rahmen des Üblichen, sondern auch durch ihre Geschichte. Sie ist ein Zeugnis für den Selbstbehauptungswillen der aus Afrika in die Karibik verschleppten Sklaven und zugleich für die zwiespältige Wechselbeziehung zwischen Freiheitswillen und Despotie.

Am Anfang der Geschichte steht ein Mord. Ihm fiel am 17. Oktober 1806 Jacques Dessalines, der Kaiser von Haiti, zum Opfer. Er hatte zwei Jahre zuvor die Unabhängigkeit der Insel erreicht, sich aber



König der Karibik: Der General Henry Christophe (1797-1820), Erbauer der Festung

FOTO: DIE WELT

bald durch sein hartes Regime verhaßt gemacht. Nach seinem Tode wurde eine konstituierende Versammlung einberufen, die das Kaiserreich zur Republik erklärte und den General Henry Christophe zum Präsidenten wählte. Das führte jedoch bald zur Spaltung. Weil die Verfassung dem stolzen und ehrgeizigen Mann zu wenig Macht einräumte, gründete er im Norden ein unabhängiges Königreich. Sein Rivale, General Pétion, wurde Präsident der südlichen Hälfte des Landes, die Republik blieb.

König Henry Christophe gehörte zu den außergewöhnlichen Persönlichkeiten der Karibik. Geboren wurde er am 6. Oktober 1787 entweder auf der Insel Grenada oder auf der Insel St. Kitts, die beide englisch waren. Ob sein Vater Sklave oder Freigelassener war, ist unbekannt. Henry Christophe war, jedenfalls nach dem Schiffsjunge, Soldat, Kellner, Hotelmanager, Bürgermeister und schließlich also General und König.

Obwohl er keinen regelmäßigen Schulunterricht genossen hatte, wußte der intelligente Schwarze, worauf es im Leben ankommt. Er kopierte die Franzosen, bis hin zu deren Zwangsmaßnahmen für die Bevölkerung. So gelang es ihm, dem unruhigen Staat eine gewisse Stabilität zu geben. Es entstanden unter seiner Herrschaft neue Dörfer und Städte, die Landwirtschaft wurde ertragreicher, das Volk entwickelte eine eigene Kultur - vereinfacht ausgedrückt: ein Amalgam von Französischem und Afrikanischem.

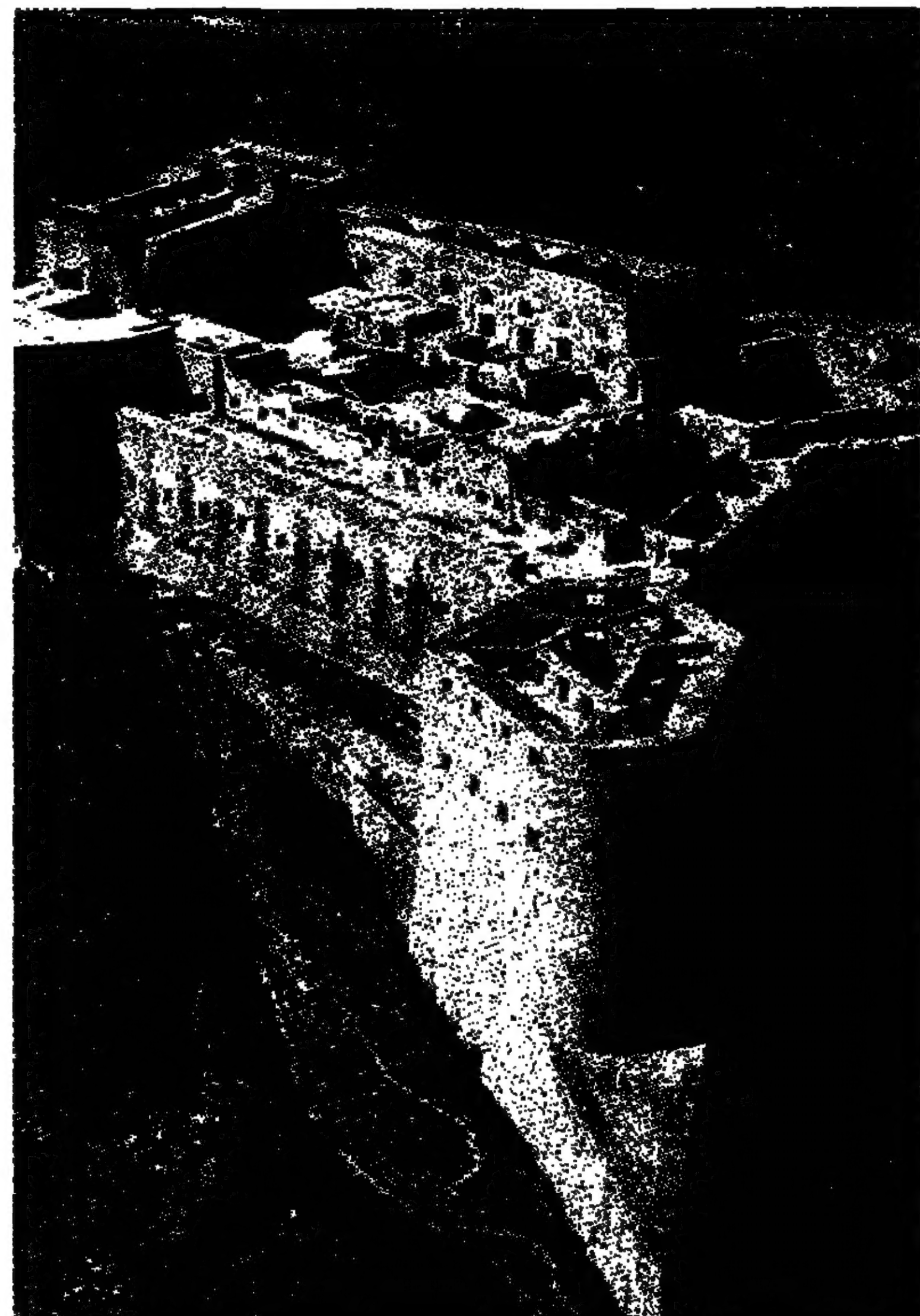
Dieser selbstbewußte Autodidakt ließ Theater bauen, schuf Schauspielensembles, Orchester und gründete eine Druckerei. Aber er stellte auch eine schlagkräftige Armee auf. Sein Hof war durchorganisiert wie der eines französischen Königs. Daraus entstanden Kuriositäten. Ehemalige Sklaven stiegen in hohe Ränge auf und trugen als Minister oder Offiziere nicht nur prunkvolle Uniformen à la française, sondern auch recht seltsame Adelstitel. Sein Außenminister war ein Duc de Limonade, ein anderer Würdenträger nannte sich Baron de Marmelade. Sie alle waren in dem haitianischen Gotha dem „Almanach Royal d'Hayti“ verzeichnet.

Ein despotischer König - und das war Henry Christophe -

braucht eine sichere Wohnung. So ließ er sich mehrere Burgen und Schlösser bauen. Davon ist Sans Souci in Milot noch als Ruine erhalten sowie jene Festung, die als achtes Weltwunder bezeichnet wird und die darum die Unesco auf die „World Heritage List“ setzte.

Das Besondere dieser eigenartigen Zitadelle kann man erst erkennen, wenn man sie besucht hat. Einfach ist das nicht. Ich unternehme bereits vor einigen Jahren diese „Wallfahrt“. Sie begann mit einer Autofahrt von Cap-Haïtien zum 30 Kilometer entfernten Milot. Dort mußte man dann auf ein Pferd umsteigen. In drückender Schwüle ging es vier Stunden lang zuerst durch eine Landschaft mit Bananenstauden, Kaffee- und Kakaoebäumen, dann einen steilen Serpentinpfad aufwärts. Am Wegrand lagen Kanonen, Reste der einstigen Bewaffnung. Die Geschütze wurden seinerzeit von je zwanzig Mann diesen steilen Pfad unter unsagbarer Mühe hinaufgezogen. Damit die Fronarbeit nicht schlapp machten oder gar meuterten, wurden sie geprügelt. Und immer wieder wurden Träger erschossen. Auch wird es nicht anders ergeben,“ drohte man den übrigen, „wenn die Arbeit nicht zügig vorangeht.“ Wie viele Menschenleben dieser Bau gekostet hat, weiß niemand mehr zu sagen. Nach der letzten Serpentine lag dann die Zitadelle La Ferrière vor uns. Der Anblick übertraf alle Erwartungen. Da stand nicht irgend ein Bauwerk vor uns, sondern etwas Gigantisches, Übernatürliches - und zugleich unwahrscheinliches Schönes. Wie ein verzaubertes Schlachtschiff ragte König Henry Christophe's Zitadelle aus dem Bergmeer heraus.

Die Mauern sind streckenweise 20 Meter hoch und 3 Meter dick. Nur durch ein kleines, enges Portal kann man hineingelangen. La Ferrière ist eine aus Angst und Trotz errichtete Festung. Zehntausende von Arbeitern waren hier tätig gewesen. Die Festung konnte 15 000 Soldaten als Garnison dienen. Einige Gebäude waren der königlichen Familie vorbehalten. In den Außenmauern der Festung fahlen alle Fenster, so daß ein Überfall von draußen nicht möglich war. Die Wände sind noch heute so glatt und steil, daß niemand an ihnen hochklettern kann. In den gewaltigen Magazinen finden sich noch



Wie ein Schlachtschiff im Meer der Berge: Die „Citadelle La Ferrière“ auf Haiti vom Beginn des 19. Jahrhunderts

FOTOS: ARCHIV ITALIAANDER

heute Tausende von schweren Kanonenkugeln. Auf den Brüstungen stehen Geschütze französischer, englischer, spanischer und niederländischer Provenienz, einige von ihnen aus Bronze und reich verziert.

Es gibt eine Kapelle für die Soldaten, eine zweite für die königliche Familie. Und es gibt eine überdimensionale Zisterne für Regenwasser, aus der die Haushalte versorgt wurden, weil in dieser Höhe keine Quellen zu finden sind. Außerdem wurden unterhalb der Innenwände Rinnen angebracht, in denen sich Wasser, das die Mauern in der tropischen Hitze ausschwitzten, sammeln kann. Es ist schon ein ungewöhnlicher Bau, bei dem

man nicht weiß, was man mehr bewundern soll, den Mut, hier ein solches Werk zu planen, oder die Ingenieurskunst, die den Plan Wirklichkeit werden ließ.

König Henry Christophe endete im Größenwahn und schloß sich in seinem Schloß Sans Souci mit einer goldenen Kugel ins Hirn. Das war am 8. Oktober 1820. Ihn, des Königs Feinde kamen, brachten die Familie und treue Diener den Leichnam in einem Eilmarsch in die Zitadelle. Die Festung, die die Krönung seiner Herrschaft sein sollte, wurde sein Grab. Der Stein, unter dem er ruht, trägt die Worte: „Henry Christophe - l'homme“.

ROLF ITALIAANDER

Seit 20 Jahren Klassik: Die Kirchheimer Musiktage auf dem Fugger-Schloß

Haydn mit Donnergrollen im Rücken

Abseits vom großen Festspiel-Geschehen finden alljährlich im Fugger-Schloß Kirchheim im Ostallgäu die von der Schallplattenfirma „harmonia mundi“ betreuten Kirchheimer Musiktage statt. Drei Konzerte an einem Wochenende im Juni, zumeist Auftakt oder Abschluß einer Serie von Schallplattenproduktionen, für die der Cedernsaal des Schlosses die idealen akustischen Voraussetzungen bietet.

Inzwischen ist es 20 Jahre her, seit Joseph-Ernst Fugger von Glött den Festsaal seines Schlosses für die Kirchheimer Konzerte öffnete. Anlaß genug, diesmal ein Programm zusammenzustellen, das die ein wenig festgefahnenen Rituale früherer Jahre durchbrechen sollte.

Die acht Sängerinnen und Sänger des Londoner Consort of Music unter der Leitung von Anthony Rooley hatten dem Eröffnungabend ein reizvolles, wenn auch ziemlich trauriges Motto gegeben. Man stelle den Lamenten (Klagen) der „Ariadne“ aus Monteverdis gleichnamiger Oper Kompositionen von Severo Bonini und Claudio

Pari gegenüber, die, zur gleichen Zeit entstanden wie Monteverdis nur noch in Bruchstücken vorhandenes Werk, sich ebenfalls mit dem „Ariadne“-Thema auseinandersetzen.

Der Vergleich geht nicht immer zugunsten Monteverdis aus. Vor allem Claudio Paris zwölfköpfiger Zyklus ist in seiner Ausdrucksvielfalt von unmittelbarer packender Intensität. Die verschachtelte Mehrstimmigkeit bei Pari verlangt von den Sängern ein Höchstmaß an Konzentration und Virtuosität. Eine Tour de Force, die das Consort of Musicke und insbesondere die Sängerin der Flöte, Emma Kirby, mühelos bewältigten.

Die beiden anderen Konzerte boten zwar die griffigeren Programme, blieben aber deutlich hinter dem am Vorabend gesetzten Standard zurück.

Der Pianist Jos van Immerseel versuchte, einem Hammerflügel aus dem Besitz des Kirchheimer Schlosses, der nach längerer Restaurierungsarbeiten zum ersten Mal wieder erklang, Beethovens Sonate „Pathétique“ abzutrotzen. Was dabei herauskam, war eine böse Mischung aus Manieren

und Hilflosigkeit. Mozarts „Kegelstatt“-Trio, das Immerseel mit dem Bratscher Ulrich Koch und dem Klarinettenisten Hans Deinzer ansprechend, aber ein wenig betulich musizierte, versöhnte mit diesem Beethoven-Mißverständnis nur wenig.

Zum Finale, wie in jedem Jahr, ein Konzert der Collegium Aureum. Haydns Sinfonie Nr. 103 bestärkte zunächst den Eindruck, daß das auf Originalinstrumenten spielende Kammerorchester seine beste Zeit wohl hinter sich hat. Mit bleierner Humorlosigkeit trübten die vier Sätze einher. Dann aber wurde es draußen plötzlich dunkel, ein Gewitter kündigte sich an, und - als hätten die Musiker dieses Grollen des Himmels auf sich bezogen - in Mozarts „Colloredo“-Serenade war auf einmal Stimmung da. Atmosphäre, Eindringlichkeit.

Das außerordentliche Konzert des Consorts of Musicke wurde übrigens von WDR mitgeschritten. Seymors Landesmutter Marianne Strauß hörte von der 1. Reihe aus zu. Auch das ist Kirchheim: Aus Köln die Mikrophone, aus München die Majestäten.

VOLKER BOSER

Zwischen Brahms und Klangexperiment: 45. Straßburger Musikfestival

Es quakte die Ente hinterm Gerüst

Es fiel schon immer schwer, beim 45. Festival de Musique de Strasbourg, das jetzt zum 45. Mal stattfand, ein übergeordnetes programmatisches Konzept auszumachen. Beziehungen zwischen den einzelnen Veranstaltungen herzustellen. Auch die stärkere Brahms-Orientierung in diesem Jahr war eher eine allgemeine Fügung zu Brahms' 150. Geburtstag, als daß sie ein brauchbares Festival-Motto abgegeben hätte - die anderen Komponisten, die anderen Werke standen zu Brahms in keinem erkennbaren Zusammenhang.

Was blieb, waren mehr oder weniger gelungene Einzelveranstaltungen. Etwas der Abend mit dem Jazz- und Happening-Musiker Michel Portal, das einzige Überbleibsel der ehemals stärkeren Festival-Ausrichtung auf zeitgenössische Musik.

Bei Portal und seiner Gruppe ist Musik ein permanentes Klangexperiment. Es gibt keine vereinbarten melodischen oder rhythmischen Gerüste; wo sich Strukturen ergeben, entstehen sie zufällig. Als Folge spontaner Reaktionen. Die Stücke haben folglich auch nie-

mals ein Ende, sie hören einfach irgendwann auf. Kein Zweifel allerdings, daß hier Profis am Werk waren, die ihr Handwerk verstehen - allerdings nur das der Instrumenten-Belehrung, nicht das der Komik. Es war jedenfalls nur mäßig gewitzig, als der Schlagzeuger sich eine Rassel fallen ließ oder das Gequacke einer Ente nachahmte.

Daß das Straßburger „Palais des Congrès“ vielleicht für Jazz-Sessions, mitnichten aber für Kammermusik geeignet ist, mußte Gundula Janowitz bei ihrem Lieberabend erfahren. Die Saalakustik machte ihre klare, aber gelegentlich zur Schärfe neigende Stimme noch schärfer, noch schneidender. Dafür klang Irwin Gages Klavierton substantiös bis zur Armutlichkeit, niemals stand das klangliche Ergebnis in einem vernünftigen Verhältnis zu Gages bisweilen beträchtlichem physischem Kraftaufwand. Solche plastischen Widrigkeiten ließen die interpretatorische Geschlossenheit nicht uneinträchtigt. Nur selten wurde der Stimmungs-Intensität etwa der Brahms-Lieder bruchlos durchgehalten; nur selten kam es

dank Gundula Janowitz' überragender Gestaltungskraft zu Momenten großer, bedeutender Lied-Interpretation.

Man kann sicher über das Beethoven-Spiel des jungen jugoslawischen Pianisten Ivo Pogorelec geteilter Meinung sein - seine Wiederholung von Ravel's „Gaspard de la nuit“ ist ebenso sicher über jeden kritischen Einwand erhaben. Die herzerweiternde Dämonie, mit der er den dritten Satz ausstichtete, seine gläserne Klarheit, bei der auch im größten Tumult kein Ton verlorengeht, die unendliche Leichtigkeit seiner Läufe - all dies weist ihn unbestreitbar als Pianisten von Weltklasse aus.

Daß ihm die Klavier-Literatur der Jahrhundertwende besonders gut in den Fingern liegt, bewies er gleich noch einmal, mit einer prachtvollen, explosivend ungesättigten Wiedergabe von Prokofjews sechster Klaviersonate. Problematischer ist sein Barock-Spiel: Sein Bach, seine Scarlatti-Zugaben klingen zwar bewundernswert leicht und luftig, aber eben auch ein wenig unverbindlich.

STEPHAN HOFFMANN

„DDR“-Studiobühnen: Vom Publikum geliebt, von der SED beargwöhnt

Die Antworten liegen auf der Straße

Die SED hat ein wachsendes Auge. So natürlich auch auf die wenigen Experimentier- und Studiobühnen, die es in der „DDR“ gibt, z.B. das „Kellertheater“ (Leipzig). Das „Er“ im dritten Stock der Ost-Berliner „Volksbühne“, das „Theater unter Dach“ (Altenburg) oder das „Theater im Bauhaus“ (Dessau).

Auf dem Spielplan dieser Bühnen stehen mitunter Stücke, die von den SED-Kritikern heftig attackiert werden. Was an den Inszenierungen nicht gefällt, sind der Hang zu einer metaphorischen Bildsprache, angefüllt mit akustischen und optischen Effekten, sowie das Interesse an dramatisch geformten Situationen, die das Individuum in existentiellen Entscheidungssituationen zeigen. In Stücken wie Uwe Saegers „Flugversuch“, Albert Wendts „Kellerfalle“, Jürgen Groß' „Match“, Fred Wanders „Bungelow“ oder Ernst Tollers expressionistischem „Himmelmännchen“ geht man scharf und bis ins Gericht.

Mit der Arbeit der Experimentier- und Studiobühnen in der „DDR“ und in anderen Ostblockstaaten beschäftigen sich die Leiter der Theaterverbände kommunistischer Länder auf einer Tagung, die vor einiger Zeit in Moskau stattgefunden hatte. Warum die Zahl und Wirkung dieser Bühnen „gewachsen“ ist, wurde beispielsweise gefragt. Wieso fin-

den sie „so großen Zuspruch beim Publikum“? Weshalb arbeiten Darsteller, Regisseure und Bühnenbildner „mit besonderer Engagiertheit auf diesen Bühnen“? In diesen Fragen steckte die Ost-Berliner Zeitschrift „Theater der Zeit“ fest: „Die Fragen wurden dort, wo sie aufgeworfen wurden“ - in Moskau - „nicht beantwortet“.

Dieses Eingeständnis unterstreicht die Unfähigkeit kommunistischer Kulturfunktionäre, die einfachsten theaterpolitischen Fragen zu beantworten. Dabei müßten die Antworten nur auf der Straße aufgesammelt werden. Die wenigen „DDR“-Experimentier- und Studiobühnen finden beim Publikum deshalb so starken Zuspruch, weil - wie ein Leser in einer Zeitschrift aus der Ost-Berliner „Sonntag“ beklagt - von den großen Bühnen keine künstlerischen Impulse ausgehen, Richtungsweisendes nicht repräsentiert wird, und Experimente so gut wie gestorben sind. Darsteller, Regisseure und Bühnenbildner arbeiten mit besonderem Engagement auf den kleinen Bühnen, weil sie sich hier ansatzweise experimentell um die Ausprägung eines eigenen Stils sowie anderer theatralischer Kommunikations- und Wirkungsmöglichkeiten bemühen können.

Die SED setzt allerdings die Experimentierfreudigkeit eine klare ideologische Grenze, indem sie jegliche Kritik am gesellschaftlichen System des real existierenden So-

zialismus verbietet. Dazu schrieb der Ost-Berliner Publizist Martin Linzer in „Theater der Zeit“, daß in der „DDR“ aus „berechtigter Sorge vor der Aufgabe realistischer Positionen und einer Eskalation modernistischer Experimente das Schauspiel der Theater der Zeit mit dem Bilde ausgeschüttet, dem Experiment, der ungewöhnlichen theatralischen Lösung prinzipiell mit Mißtrauen bis hin zur politischen Diffamierung begegnet“ werde. Er müsse feststellen, „daß es uns noch immer nicht gelingt, den Weizen von der Spreu zu sondern, echt avantgardistische Versuche zu erkennen und zu unterstützen“. Man sollte sie vor „leichtfertigen Vorwürfen“ schützen, „die so schnell und bequem zu haben sind, wenn doch nur neue Absichten, neue Lösungen oder Lesarten von Szenen verurteilt werden“. Linzer plädiert für eine bühnenkünstlerische Arbeit, „wo neue Mittel und Spielweisen ausprobiert, wo Entdeckungen gemacht, wo die Lust am Abenteuer-Theater gesucht wird“.

Vernünftige Forderungen, die sich nur dann in die Tat umsetzen lassen, wenn die Stalinisten den Künstlern mehr Freiheit gewähren. Das aber liegt nicht im Interesse der SED, und so wird das „DDR“-Theater vorerst ein Konservierungsmittel für fortschrittliche und menschenfeindliche gesellschaftliche Zustände bleiben.

HARALD BUDDÉ

Gutenberg-Museum in Mainz zeigt die graphische Welt des Seymour Chwast

Meine Hand, die hat acht Finger

Es ist lobenswert, daß das Mainzer Gutenberg-Museum auch die Gebrauchsgrafik in sein Ausstellungsprogramm einbezieht. So stellt es jetzt „Die graphische Welt von Seymour Chwast“ vor. Dafür steht dem Museum ein reiches Material zur Verfügung: Plakate und Schallplattenhüllen, Schriftentwürfe und Kinderbücher, Markenzeichnungen und Titelbilder von Zeitschriften. Also alle jene Graphiken, mit denen sich Chwast als ein einflussreicher, pointierter und seiner Wirkung bewußter Künstler erwiesen hat.

Es ist das Spiel mit Nostalgie und Surrealismus, es sind die Anleihen bei der Art Deco oder den Naiven, auch der der Reigen klassischer Typographen widersprechende Umgang mit der Schrift, die diesen Arbeiten Aufmerksamkeit sichern. Und weil Chwast die naheliegende, die einfache Lösung verschmäht, den Betrachter zum Um-die-Ecke-Denken verleitet, haben sie auch einen intellektuellen Witz.

Da sieht man beispielsweise ein Plakat im Zigarettenwerbungsstil der Jahrhundertwende mit einer rauchenden Schönen. „Smoke Cancerettes“ fordert der Text, denn „A pox in every puff“ (etwa: Die Pest in jeder Rauchwolke). Auf einem anderen Anti-Rauch-Plakat ist ein Kopf mit vier Mündern zu sehen. „Welcher Mund ist falsch?“ fragt die Oberzelle.

„Der, der raucht!“ liest man weiter unten. Ein wohlgezogenes Bein in Schwarz mit schwarzen Schuhen, aus dem sich jedoch knallbunte Schnürbänder ringeln, wirbt für ein Trickfilmstudio, oder eine Hand mit acht Fingern, weil acht berühmte Graphiker für das Studio arbeiten.

Wie gesagt: Seymour Chwast ist eine Freude. Nur die Ausstellung ist es nicht. Der Besucher erfährt nämlich nicht, wer dieser Chwast ist, welche Rolle er und die gemeinsam mit Milton Glaser und

Edward Sorel 1954 gegründeten Push Pin Studios für das Graphic Design in Amerika - und inzwischen auch in Europa - spielen. Man sieht in der Ausstellung zwar einige Beispiele der „Push Pin Graphic“, aber was das Besondere dieser Haus- und Werbezelschneide- Studios ist, kann man nirgendwo lesen. Die Beschriftungen begnügen sich mit zwei Zeilen - in Englisch. Und das Heft, das an Stelle eines Katalogs verkauft wird, ist nur eine Selbstdarstellungsbroschüre der Agentur Push Pin Lubalin Peckolich, wie das Studio jetzt firmiert. Diese Broschüre (ebenfalls nur in Englisch) enthält Arbeiten aller Mitarbeiter der Agentur und des vor zwei Jahren verstorbenen Herb Lubalin. Aber welcher Entwurf von wem stammt, wird nicht gesagt. Die Interessen eines potentiellen Agenturenkunden sind eben andere als die eines Museumsbesuchers.

Das alles besser zu machen wäre für einen Museumsmann die Arbeit von zwei, drei Tagen gewesen. Er hätte dabei bloß auf die hektographierten Materialien der Züricher Ausstellung aller Mitarbeiter der Push Pin Studios oder auf die vielen Veröffentlichungen in „Graphic“ zurückzugreifen brauchen. So hat von der Ausstellung nur etwas, wer schon Seymour Chwast und die Push Pin Studios kennt. (Bis 21. Aug.; Broschüre: 16 Mark)

PETER DITTMAR



Werbung mit Witz: Plakat von Seymour Chwast

FOTO: DIE WELT

JOURNAL

Moskau weist britischen Filmbeitrag zurück

SAD, Moskau Die Filmkomödie „Local Hero“ mit Burt Lancaster ist von den sowjetischen Behörden als britischer Beitrag zu den 13. Internationalen Filmfestspielen im Juli in Moskau abgelehnt worden. Als offizielle Begründung nannte das sowjetische Auswahlgremium „künstlerische Mängel“. Produzenten und der federführende „British Council“, der den Streifen des Regisseurs Bill Forsyth und des Produzenten David Puttnam vorgeschlagen hatte, vermuten jedoch einen anderen Grund: In dem Film kommt ein mit allen Wassern gewaschener russischer Kapitän vor, der sich in den Westen absetzt. England will den zurückgewiesenen Film nicht durch einen anderen ersetzen.

Experten über Antikörper in der Krebsbekämpfung

dpa, Bonn Mit der Möglichkeit, sogenannte monoklonale Antikörper in der Krebsbekämpfung zu verwenden, beschäftigt sich das internationale Expertentreffen der Stiftung der Deutschen Krebskassen, das gegenwärtig in Bonn stattfindet. Monoklonale Antikörper sind Antikörper, die vom Immunsystem eines Krebskranken gebildet werden und Krebszellen vernichten können. Mit ihrer Hilfe sollen Krebserkrankungen künftig besser diagnostiziert und Tumorgeschwülste unter Zuhilfenahme radioaktiver Substanzen lokalisiert werden.

Elsässische Stadt wird Alleinerbe von L. Weiss

AFF, Zabern Die im Mai dieses Jahres verstorbene Politikerin Louise Weiss, die auch als Schriftstellerin und Cineastin weltweite Anerkennung genoss, hat die elsässische Stadt Zabern (Zabern) als Alleinerbe eingesetzt. Die Stadt erbte damit neben dem Grundbesitz von Louise Weiss zahlreiche Bilder von Malern wie Segonzac, Dufy, Vanhick und van Dongen. Außerdem vermachte Frau Weiss, deren Familie aus der ungarischen Gegend stammt, der Stadt ihre vielfältigen Erinnerungsstücke an Zusammenkünfte mit Persönlichkeiten der Zeitgeschichte von Tolstoi über Lenin bis de Gaulle und Halle Selassie.

Polen verfilmt Berner Botschaftsbesetzung

AFF, Warschau Die polnischen Fernsehschauer werden in Kürze die Besetzung der polnischen Botschaft in Bern auf dem Bildschirm erleben können. Der Regisseur Janusz Kidawa wurde beauftragt, das Geschehen als Fernsehfilm nachzustellen. Die polnische Botschaft in Bern war im September vergangenen Jahres von einem Kommando von Exilpolen gestürmt worden, die damit gedroht hatten, das Gebäude in die Luft zu sprengen. Die Schweizer Polizei konnte die Geiselnahme drei Tage nach ihrem Beginn unblutig beenden. Der Film soll in der „DDR“, in Österreich und West-Berlin gedreht werden.

Nobelpreisträger treffen sich in Lindau

dpa, Lindau Die Bundesregierung akzeptiert es als ihre Pflicht, die Voraussetzungen für Spitzenforschung zu schaffen. „Solche Spitzenleistungen sind ein wesentlicher Teil unserer Kultur“, sagte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) bei der Eröffnung der 33. Tagung der Nobelpreisträger in Lindau am Bodensee. An der Veranstaltung, die diesmal der Chemie und dem Wirtschaftswissenschaften gewidmet ist, nahmen 17 Laureaten und über 400 Studenten aus 39 Ländern teil.

Jack Lang fördert Schlöndorff-Film

AFF, Paris Der neue Schlöndorff-Film „L'Amour de Swann“, der zur Zeit in Paris abgedreht wird, wird vom französischen Staat gefördert werden. Einen entsprechenden prinzipiellen Beschluß fasste jetzt der beigeordnete Minister für Kultur, Jack Lang. Schlöndorff kann damit mit einem Kredit rechnen, der zu Vorschuss auf die Einspielergebnisse verrechnet wird.

Das Festival von Vaison la Romaine

DW, Vaison la Romaine Die südfranzösische Stadt Vaison la Romaine veranstaltet zum 31. Mal ihr Sommerfestival mit Aufführungen im Théâtre Antique und im Théâtre du Nymphée. Das Schauspiel bietet Victor Hugos „Ruy Blas“, Molières „Tartuffe“ und Diderots „Rameaus Neffe“. Tanz ist mit Jennifer Muller, Antonio Gades' „Carmen“ und dem Chicago City Ballet vertreten. Konzerte sind u. a. dem 300. Todestag Rameaus und dem 100. Todestag Wagners gewidmet. Das Festival dauert vom 8. Juli bis zum 1. August.

Franz Marcs „Vögel“ im Münchner Lenbachhaus

dpa, München Eine wertvolle Bereicherung erfährt die Sammlung des „Münchener Lenbachhaus“ in der Städtischen Galerie für drei Millionen Mark: Vorgezeichnet von einer Berliner Galerie Franz Marcs Bild „Die Vögel“ erworben werden.

Was Europäer von den „Amis“ lernen können

HANS J. STÜCK, New York
Durstige zieht's nicht selten in die Kneipe, Kranke brauchen einen Arzt und Mobile ein Auto. Sieht man, wie in den USA Bedürfnisse dieser Art befriedigt werden, legt man seinen europäischen Hochmut sehr schnell ab. Beim Vergleich haben die Amerikaner, die oft als übermaterialistisch verschrien sind, die Nase klar vorn.

Beginnen wir mit den Kneipen. Bars mit ellenlangen Theken, an denen natürlich auch hier kein Freibier ausgeschenkt wird. Doch dafür gibt's gratis Popcorn und Leckereien wie Gürkuchen, Erdnüsse, Spießchen und Käse. Man fragt sich, warum sich kaum deutsche Kneipiers dazu aufraffen. Fördern doch die Knabereien für kleines Geld Durst und Atmosphäre.

Der Barmixer erwartet auch hier ein Trinkgeld, das aber, falls nicht zu knickrig, schon nach zwei, drei Besuchern seine Aufgabe erfüllt hat. Da gibt's ein Bierchen umsonst, oder der Whisky pur, sonst scharf abgemessen, füllt das Glas bis zum Rand. Mitunter geschieht das so regelmäßig, daß man schier gezwungen wird, zur weniger großzügigen Konkurrenz zu gehen, um nicht ständig betrunken zu sein.

Bei den US-Ärzten besticht weniger die Großzügigkeit. In vielen Praxen hängt sogar ein Schild des Inhalts, daß Patienten „gebeten“ werden, die Behandlungsgebühr sofort nach Ende des Besuchs bei der Praxissekretärin zu entrichten. Doch dafür ist der Herr Doktor kein Halbgott in Weiß, sondern ein (meist exzellenter) Fachmann für medizinische Dienstleistungen, der sich nicht schämt, seine Praxis etwa in einem Einkaufszentrum zu führen.

Der US-Arzt umgibt sich nicht mit der Aura des Geheimnis und Hochheils, er geht auf den Menschen und sein Problem mit nüchterner Anteilnahme ein.

Beim ersten Besuch gibt es in der Regel zunächst einen langen Plausch, daß man sich schon fragt, ob man zum Kaffeeklatsch eingeladen wurde.

Der größte Unterschied zu „Old Germany“ besteht freilich beim Autofahren: Wer sich zum Beispiel zur Rush-Hour aus einem Parkplatz in der fließenden Verkehr einfädeln will, sieht sich häufiger gegenwärtigen Fahrzeugkennzeichen auf roten Bahnen gegenüber, daß das Erspähen und Ausnutzen einer Lücke im meist aggressiv fahrenden Europa mindestens zehn Minuten dauern würde. In Amerika ist schon eine Minute lang, denn jeder Fahrer nimmt automatisch Rücksicht und stoppt, wenn er damit einem anderen helfen kann. Das mag zwar für die innerstädtischen Bereiche New Yorks nicht ganz so zutreffen, denn New Yorker sind bekanntlich immer an Eile, aber überall sonst heißen die nervenschonenden Mottos: „Eile mit Weile“ und „Seid nett zueinander“.

So anachronistisch ist eben Goethes Wort von „Amerika, du hast es besser“, nun auch wieder nicht. Auch in „Gottes eigenem Land“ sind die Möglichkeiten mittlerweile begrenzt. Doch lernen können die Europäer noch immer von den „Amis“.

Nach der Katastrophe von Biberach fordern die Anwohner endlich Maßnahmen gegen Tieffliegerei



Biberach - eine Stätte der Verwüstung. „Ich dachte, der Krieg hat begonnen“, berichtete ein Rentner entsetzt. Ein französischer Militärpolizist (Bild oben) bei der Spurensicherung. FOTOS: AP

„O Gott, was für grauenhafte Bilder“

Sieben Menschen kamen bei der Katastrophe von Biberach ums Leben. Die drei Vermissten haben sich gestern gemeldet. Unter den zehn Verletzten liegen drei auf Leben und Tod in den Krankenhäusern. Die Behörden haben den Geschädigten masche finanzielle Hilfe versprochen. Der Schaden geht hoch in die Millionen. Die Unglücksursache ist noch nicht bekannt. Fest steht nur, daß sich der Pilot der Privatmaschine ordnungsgemäß beim Kontrollurm Birkenhard gemeldet hatte.

XING-HU KUO, Biberach
Dies waren keine Schau-„Lustigen“ - die Menschen bildeten eher eine große Trauergemeinde. Schweigend verharren Hunderte im Regen um das abgeriegelte Gelände des Flugzeugsturzes im Ortsteil Birkenhard der Gemeinde Biberach. Dort waren am Montag morgen um 11.26 - diese Uhrzeit blieb vielen Augenzeugen im Gedächtnis haften - die brennenden, tödlichen Teile eines französischen Militärflugzeugs vom Typ Mirage auf die beschadigten einstöckigen Häuser einer Industrie- und Wohnsiedlung hinabgestürzt.

Noch Stunden später standen

denjenigen, die von diesem Flugzeugabsturz verschont geblieben waren, Schrecken und Entsetzen ins Gesicht geschrieben. Noch am Abend war vielen der 28 000 Einwohner dieses idyllischen ober-schwäbischen Städtchens an der Riß die Katastrophe unbegreiflich. Nur late, wenn überhaupt, wird in der zerstörten Wohnsiedlung über die Ereignisse gesprochen.

Vor allem, wenn die Menschen das mondkraterartige Trümmerfeld betrachten, verstummen sie: Ein angesengtes Schild „Café Grün“ vor der Straße, in der drei Häuser total zerstört wurden, erinnert an das einst friedliche Leben in jener Siedlung mit zwei Einkaufszentren, drei Tankstellen und der dominierenden chemisch-pharmazeutischen Fabrik Dr. Thomas. Ein leitender Angestellter dieses 3000-Mann-Unternehmens berichtete über den Moment des Schreckens: „Ich leitete gerade eine Sitzung. Plötzlich wackelten Tische und Möbel. Ein Riesenknaul, unvergleichlich lauter als der übliche Lärm der Düsenjäger. Dann ein Feuerball, der in den Himmel schoß. Viele Mitarbeiter rannten aus dem Betrieb“ - hinein in jene Unglücks-Siedlung, wo sie wohnen.

Die Feuerwehr der Firma war dann als erste am Katastrophort. Dort spielten sich schreckliche Szenen ab, während Hunderte von Sanitätern, Bundeswehrsoldaten und andere Helfer in einem chaotischen Durcheinander Tote und Verletzte aus den brennenden Trümmern herauszuholen versuchten. So hoffte ein 52-jähriger Chemiker der Thomas-Werke, vor den Trümmern seines Hauses sitzend, immer noch auf das Auftauchen seiner Frau. Der schwerbeschädigte Mann wurde von den Rettungsmannschaften nicht vor-

gelassen. Stundenlang saß er am Straßenrand: „Hilft mir denn niemand? Ich warte auf meine Frau.“ Sie gehört sehr wahrscheinlich zu den Opfern.

Ein 68-jähriger Spätaussiedler: „Es war wie im Kriege bei einem Bombardement. Als ich die Feuer-säule sah und den Donner hörte, dachte ich, der Krieg ist ausgebrochen.“ Als alter Soldat warf er sich flach auf den Boden, und schon flogen die Stahlgeschosse um mich herum. Meinen Kopf hielt ich mit den Händen fest.“ Dem Mann passierte nichts.

Maria Hermann, die Bewohnerin eines der getroffenen Häuser im Meisenweg, konnte sich „nur im Unterrock bekleiden“ in letzter Sekunde retten. Ihren Mann brann-ten bereits die Haare - er ist außer Lebensgefahr.

Nicht nur Scherben, Splitter, Glas und Gesteinsbrocken flogen durch die Gegend. Es wurde viel grausiger. Die Leute sind entsetzt: „Leichensteine“ sagen sie. Leichensteine flogen durch die Luft. „O Gott“, murmelte eine Frau, „was für grauenhafte Bilder mußte man erleben.“

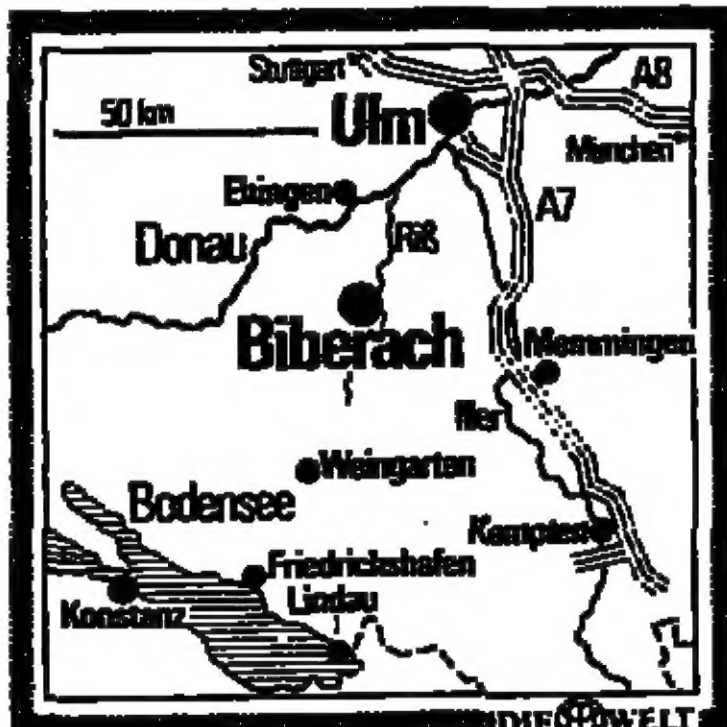
Zu den Opfern gehören der Pilot

der Mirage, ein Oberleutnant, die beiden 42-jährigen Geschäftsleute aus der Sportmaschine und vier Bewohner der zerstörten Häuser. Trotzdem spricht man im Ort noch vom „Glück im Unglück“. Wäre das Flugzeug Bruchteile von Sekunden früher, etwa auf die Pharma-Fabrik, die Einkaufszentren oder gar auf die Tankstellen gestürzt, das Ausmaß wäre nicht auszu-denken gewesen.

Ein Taxifahrer: „Offenbar hat der französische Mirage-Pilot sich selber geopfert und den Schleudersitz nicht betätigt. Er wollte wohl versuchen, auf freiem Feld zu landen, hat es leider nicht geschafft.“ Dort, auf freiem Wiese, standen noch am Abend Bundeswehr- und Sanitäts-hubschrauber bereit, um weitere Verletzte abzutransportieren.

Nicht wenige Biberacher brachten gleichzeitig ihre Empörung über die Tieffliegerei von Militärflugzeugen zum Ausdruck. Seit Jahren ist doch bekannt, wie gefährlich das ist, es kam doch immer wieder zu Beinahe-Zusammenstößen in der Luft. „Wenigstens jetzt, so hoffen sie, muß doch etwas dagegen unternommen werden. Dann hätte dieses Unglück trotz allem noch einen Sinn gehabt.“

Zu den Opfern gehören der Pilot



LEUTE HEUTE

Konkreter Rekord

Durchaus konkrete Millionenrekorde wurden bei einer Versteigerung abstrakter Kunst in London aufgestellt. Für eine 51 Zentimeter große Mondrian-Komposition mit Rot, Blau und Gelb zahlte der japanische Händler Shigeaki Kameyama sechs Millionen Mark. Der bisherige Höchstpreis für ein abstraktes Gemälde waren 3,1 Millionen Mark für ein Werk de Koonings.

Der Höhepunkt

Drei Tage nach seiner Visite in der Bundesrepublik Deutschland konnte US-Vizepräsident George Bush bei seinem Besuch in Schweden einen Erfolg verbuchen - auf dem Tennissplatz. Der 59-jährige Amerikaner gewann in der königlichen Tennishalle von Stockholm mit dem fünfmaligen Wimbledon-Sieger Björn Borg ein Doppel gegen den 48-jährigen, ehemaligen schwedischen Davis-Cup-Star Erik

Landquist und den 60-jährigen US-Botschafter Wilhelm Wachtelmeister mit 3:6, 6:1, 6:3. Kommentar von Bush: „Das war der Höhepunkt meines Lebens und das bisher Erregendste der ganzen Europareise.“

Scheidung in Monte Carlo

Die prunkvoll geschlossene Ehe zwischen dem einzigen deutschen Spitzenmodell Ellen Erhardt (30) - Branchennamen: Fritid - und dem englischen Millionenerben Michael Pearson (39) ist nach sechs Jahren zu Ende. „Geheiratet haben wir in Deutschland, geschieden wird in Monte Carlo“, wird der Steuerflüchtling Person zitiert. Die Hochzeit eines Tages den Adelstitel einer Lady zu erwerben, hat sich damit für Fritid zerschlagen. Pearson ist der älteste Sohn des Groverlegers (Penguin-Taschenbücher, Longman-Buchverlag, „Financial Times“) Viscount Cowdray.

Zum zweiten Mal entkam Roll durch dasselbe Fenster

Bundesweite Fahndung nach dem geisteskranken Kidnapper, auf dessen Konto drei Entführungen gehen

HORST DALCHOW, Hamburg

Einer der gefährlichsten Kindesentführer der Bundesrepublik ist zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit entkommen. Der 44-jährige Jörg-Hagen Roll hat aller Wahrscheinlichkeit nach bereits weitere Verbrechen geplant. Die Fahndung ist auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt worden. Der Alarm erreichte die Polizei am Montag gegen 18.25 Uhr, nachdem der abstrakte Verbrecher aus dem Krankenhaus im Hamburger Stadtteil Ochsenzoll verschwunden war. Von dort war Roll durch dasselbe Fenster am 29. Januar dieses Jahres entkommen und konnte erst 26 Tage später im Harz gefasst werden. Auch diesmal gelang ihm die Flucht durch die Hilfe eines Mitgefängnisses, obwohl er ständig unter Aufsicht stehen sollte. Der 31-jährige Komplize ist eben-

falls geflüchtet. Er war in dem Zimmer untergebracht, dessen Fenster Jörg-Hagen Roll am 29. Januar schon einmal durchgesägt hatte. Bis heute ist es nicht gelungen, dieses Fenster auszubuchsen zu machen. Nach Angaben eines Sprechers der Justizbehörde seien damals Teile aus Spezialstahl bestellt, jedoch nicht geliefert worden. Wie Roll oder sein Komplize in den Besitz von Sägebältern gekommen sind, müsse noch geklärt werden. Wahrscheinlich habe jemand von außen geholfen. Roll sei nur fünf bis sieben Minuten ohne Aufsicht gewesen. Er konnte sein Zimmer nur durch einen Wachsraum verlassen, der offenbar vorübergehend nicht besetzt war. Zu diesem Zeitpunkt muß das Fenstergitter des Nachbarzimmers jedoch längst durchgesägt gewesen sein. Niemand hatte es bemerkt, obwohl „Kontakte

zu anderen Patienten“ der geschlossenen Anstalt nach Meinung des Krankenhaus-Direktors „nicht ganz zu verhindern“ sind.

Der entkommene Häftling war 1982 zu zehn Jahren Freiheitsentzug und Unterbringung in einer Heilanstalt verurteilt worden. Er hatte in Hamburg-Blankenese einen achtjährigen Jungen entführt und in einem Gartenhaus an der Ostseeküste gefangen gehalten. Unmittelbar nach der Übergabe der geforderten Lösegeldsumme von 900 000 Mark konnte Roll jedoch festgenommen werden. Bereits 1970 hatte er in München einen fünfjährigen Jungen entführt, 25 000 Mark kassiert und war entkommen.

Er konnte erst ein Jahr später gefasst werden, als er für die Freilassung eines in Bad Godesberg entführten siebenjährigen Jungen

200 000 Mark in Empfang nehmen wollte. Ein Gericht in München verurteilte Roll 1972 zu 13 Jahren Haft. Er wurde jedoch bereits am 27. Juni 1980 zur Bewährung entlassen. Die Gefängnisverwaltung hatte ihm „tadelloses Verhalten“ bescheinigt. Hinweise von Mitarbeitern, Roll plane bereits weitere Entführungen, wurden nicht ernst genommen. Schon während des Prozesses in München waren Gutachter zu dem Schluß gekommen, daß die Handlungen des Angeklagten „läppisch“ seien und die Gefahr einer Wiederholung nicht bestünde.

Erst ein Richter in Hamburg erkannte die abstrakte Veranlagung des Jörg-Hagen Roll. Durch sein Urteil wurde er sicherstellen, daß der Kidnapper „nie wieder an ein Kind herankomme“. Seine Absicht wurde nun durch Nachlässigkeit zunichte gemacht.

Jäger trifft Jogger in Fuß

Von seinem Hochsitz aus hat ein 55-jähriger Jäger in einem Wald bei Wallmoring (Landkreis Traunstein) auf einen Jogger geschossen. Die Kugel aus seinem Gewehr durchschlug den linken Fuß des 24-jährigen, dem Schuß war offenbar ein Streif vorausgegangen. Der Schütze will auf den Walddäuser geschossen haben, nachdem dieser versucht habe, den Jäger vom Hochsitz zu stoßen.

Kein Urteil im Fall Calvi

Der aufsehenerregende Tod des italienischen Bankiers Roberto Calvi, der vor einem Jahr an einer Thrombose in London erkrankt war, wurde, bleibt weiter für Spekulationen offen. Das ist die Folge eines Untersuchungsverfahrens, das jetzt in der britischen Hauptstadt zu Ende ging. Eine Jury konnte sich nicht entscheiden, ob der 62-Jährige als gewordener Bankier sich selbst tötete oder ob er umgebracht wurde. Die Geschworenen verzichteten auf ein Urteil.

Unfallserie in der „DDR“

In den vergangenen vier Tagen hat es in der „DDR“ eine Serie von schweren Verkehrsunfällen gegeben. Wie die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN gestern meldete, haben in diesem Zeitraum bei 671 Verkehrsunfällen 32 Menschen ihr Leben verloren, 626 Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Das beste ist: eine gute Versicherung.

Jederzeit Sicherheit
SIGNAL
VERSICHERUNGEN

ZU GUTER LETZT

Johannes Paul II., der sich als drei Stunden lang ohne Unterbrechung mit Januszke, dem polnischen Aus der Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Donnerstag, 30. Juni 1983

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner

35.00 bbf, Döner